

Politische Berichte



9. Oktober 1982
Jg. 3 Nr. 21

G 7756 D Preis:
2,50



Lohnbewegung: IG-Metall Vorstandsbeschuß läßt der Lohnbewegung Chancen Seite 10



Energieprogramm: CDU/CSU: „Die Energiepolitik steht und fällt bis 1995 mit dem Durchsetzen der Kernkraft“ Seite 13



Italien: Spadolini flankiert Kapitalisten: Plünderpaket und keine Tarifverträge Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>Inhalt</i>	<i>21 /1982</i>	
<i>BDI und BDA: „Wirtschaftspolitische Kurswende“: Abschaffung sämtlicher Steuern der Kapitalisten – Schrankenlose Ausbeutung.....</i>	Seite 3	
<i>In ausgezeichnete(r) Verfassung!</i>	Seite 4	
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6	
<i>Libanon: Die israelischen Truppen setzen sich unter dem Schutz der USA fest.....</i>	Seite 7	
<i>DEMINEX: CDU/CSU will Erweiterung der Aktivitäten</i>	Seite 7	
<i>Polizeiapparat: Fiebelkorn und andere Affären – Ergebnis „liberaler Rechts- und Innenpolitik“</i>	Seite 8	
<i>Beamtenrecht: Ein Richter muß linientreu sein</i>	Seite 9	
<i>Mikrozensus: Ausforschung der Lohnabhängigen verschärft</i>	Seite 9	
<i>Lohnbewegung: IG-Metall Vorstandsbeschluß läßt der Lohnbewegung Chancen.....</i>	Seite 10	
<i>Handelsflotte: Wieder mehr Schiffe unter deutscher Flagge</i>	Seite 11	
<i>US-Eisenbahn: Reagan diktiert Streikverbot bis 1984 ...</i>	Seite 12	
<i>Energieprogramm: CDU/CSU: „Die Energiepolitik steht und fällt bis 1995 mit dem Durchsetzen der Kernkraft“</i>	Seite 13	
<i>Steinkohlebergbau: Höchste Tonnenleistung zur Ausdehnung der „nationalen Energiebasis“</i>	Seite 14	
<i>Warum die westdeutsche Bourgeoisie den Schnellen Brüter will</i>	Seite 16	
<i>Lambsdorff berichtet: Marktwirtschaftlich gesteuertes Energiesparen erfolgreich</i>	Seite 17	
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18	
<i>„Grundlehrgang Metall“: Verschlechterung der Ausbildung in der Metallindustrie wird vorbereitet.....</i>	Seite 19	
<i>Fuba: Unwahre Überstundenbegründungen enthüllt ...</i>	Seite 19	
<i>Einzelhandel: Über drei Monate schon tarifloser Zustand im Westberliner Einzelhandel.....</i>	Seite 20	
<i>Veranstaltungsverbot: CSU: Neonazis sind „unpolitischer Natur“</i>	Seite 21	
<i>NRW: „Ruhrgebietsoffensive“ der CDU.....</i>	Seite 21	
<i>Arbeitsschutz: Krankenhausträger erpressen die Beschäftigten mit „Patienteninteressen“</i>	Seite 22	
<i>Ärztammerwahlen in Baden-Württemberg: Liste gegen reaktionäre Standespolitik</i>	Seite 22	
<i>Rekrutengelöbisse: Auch ohne Großer Zapfenstreich reaktionär</i>	Seite 23	
<i>Sozialgerichte: Starke Zunahme der Klagen</i>	Seite 23	
<i>Niedersachsen: Abbau der Leistungen in Kindertagesstätten</i>	Seite 24	
<i>Studenten: Amnestiegesetz abgelehnt</i>	Seite 24	
<i>Jugendzentrum: Ein halbes Jahr CDU-Politik in Neumünster: Die Liquidierung fortschrittlicher Jugendarbeit ist das Ziel</i>	Seite 25	
<i>10 Jahre Kampf für ein endgültiges, selbstverwaltetes Jugendzentrum.....</i>	Seite 26	
<i>Stichwort: Reaktionäre Bildungspolitik</i>	Seite 27	
<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 28	
<i>Italien: Spadolini flankiert Kapitalisten: Plünderpaket und keine Tarifverträge</i>	Seite 29	
<i>Großbritannien: Gute Wirkungen der Solidaritätsstreiks.....</i>	Seite 29	
<i>Belgien: Regierung fordert Arbeitslosengeld zurück ...</i>	Seite 30	
<i>Frankreich: Kostendämpfung im Gesundheitswesen ...</i>	Seite 30	
<i>Japan: Regierung versucht drastische Lohnsenkungen ..</i>	Seite 31	
<i>Indien: Zunehmende Klassenauseinandersetzungen ...</i>	Seite 31	
<i>Kanadische Indianer: „Es gibt kein häßliches Monster als den modernen Nationalstaat“</i>	Seite 32	
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34	
<i>Costa Gavras „Vermißt“: Menschliches gegen die amerikanische Bourgeoisie und die Militärs in Chile</i>	Seite 34	
<i>Zusammengestückelte Denunziation der RAF</i>	Seite 34	
<i>Danzer auf der Suche nach dem Glück</i>	Seite 34	
<i>Reinwaschung von Kriegsverbrechern</i>	Seite 35	
<i>GAL Hamburg: Auf der Parlamentsbühne einige Tritte gegen rechts.....</i>	Seite 35	
<i>Großdeutschland: Hausse für die Steigbügelhalter eines neuen Ostlanddrittes?</i>	Seite 36	
<i>Gertrud Höhlers Zeitgeist: Christlich-abendländische Werte psychologisch aufbereitet</i>	Seite 37	
<i>Großbetriebe: Erst mehr, dann weniger Beschäftigte ...</i>	Seite 38	

„Wirtschaftspolitische Kurswende“: Abschaffung sämtlicher Steuern der Kapitalisten – Schrankenlose Ausbeutung

Am Tag als die SPD/F.D.P.-Koalition scheiterte, erklärte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) auf Anfrage in zwei Sätzen kurz und energisch: „Der BDI erwartet, daß mit dem heutigen Bruch der Koalition die schon zu lange Phase der Unsicherheit beendet wird, um das notwendige Vertrauen und Zuversicht zu schaffen, die einen wirtschaftlichen Auftrieb begünstigen. Erforderlich ist ein konstruktives und zukunftsweisendes Gesamtkonzept einer neuen Regierung, in dessen Rahmen die notwendigen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen getroffen werden.“

Bereits im März 1981 hatte BDI-Präsident Rodenstock auf der Jahresmitgliederversammlung eine „wirtschaftspolitische Kurswende“ gefordert. Dabei ging es ihm nicht einfach um eine Regierungsbildung durch die CDU/CSU. Er forderte „Taten“ und nicht nur „Verständnis“ von der Bundesregierung. „Die Wirtschaftspolitik muß unverzüglich den beschwerlichen, aber stabilitäts- und wachstumsgerechten Weg gehen, auf dem die Kosten gesenkt und die Angebotsbedingungen für die private Wirtschaft deutlich verbessert werden!“ Er sprach sich gegen „Konjunkturspritzen“ aus und forderte eine grundlegende Änderung der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer. Vorstellungen über eine „Sanierung“ des Bundeshaushaltes entwickelte Rodenstock mit der Forderung: „Auch der Sozialtransfer darf kein Tabu sein“.

Nach der Jahresmitgliederversammlung setzte im Herbst 1981 die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) unter Führung Otto Essers mit einem ausführlichen Forderungspaket nach Streichung von sozialen Leistungen nach. Der BDA veröffentlichte einen ausführlichen und detaillierten Arbeitsentwurf „Soziale Sicherheit in der Zukunft“, in dem der BDA der Bundesregierung unter anderem vorwarf, daß die Kosten der Wirtschaft für das Lohnfortzahlungsgesetz von 1970 bis 1980 200 Milliarden DM betragen hätten. Auch wenn sich die Kapitalisten zu diesem Zeitpunkt mit der Forderung nach Abschaffung der Lohnfortzahlung nicht durchsetzen konnten, gelang ihnen ein Propagandaerfolg. Man diskutierte über die Abschaffung erkämpfter Rechte – Selbst- und Eigenbeteiligung im Sozialversicherungswesen waren die Folgen.

Anfang dieses Jahres verabschiedete der Bundestag endgültig den Haushalt

1982. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung wurden gesenkt, die Rentenkasse geplündert, die Sozialhilfe gekürzt, Kostendämpfungsmaßnahmen beschlossen und die Tabaksteuer erhöht. Die Kapitalisten erhielten ein Investitionsprogramm von 40 Milliarden DM, die Forderung des DGB nach Ergänzungsabgabe blieb unberücksichtigt.

Das führte aber keinesfalls zur Beruhigung bei den Kapitalisten. Auf der diesjährigen Jahresmitgliederversammlung des BDI im Mai wurde Rodenstock heftiger:

„Aber bei aller gebotenen Objektivität muß ich zu der Feststellung gelangen, daß die Unternehmer kaum je in einem solchen Dunkel herumtappen mußten wie seit 1980 ... Dieses wirtschaftspolitische „Leipziger Allerlei“ kann bestenfalls einen Scheinerfolg bringen: Durch die Ankündigung einer Investitionszulage wurde ein gewisser Attentismus (abwartendes Verhalten, d. Red.) mit Nachholwirkungen hervorgerufen, der dann bei der Kurzfristigkeit der Geltungsdauer zu Ende des Jahres noch von Vorzieheffekten begleitet sein wird. Mit derartigen Verschiebungen kann beschäftigungs- und wachstumspolitisch nichts erreicht werden.“ Rodenstock entwickelte in seinem Vortrag acht Thesen zur weiteren Wirtschaftspolitik:

Keine Steuererhöhungen für Unternehmer; finanzpolitische Neuorientierung, mit dem Sparen soll ernst gemacht werden; schrittweise Senkung

der ertragsunabhängigen Steuern; gemeinsame Anstrengung zur Beseitigung von Irrtümern, die Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung schaffen wollen – keine Veränderung im Arbeitsschutzgesetz bezüglich der Überstundenregelung; ein Beschäftigungsprogramm, das den Staat nichts kostet; mehr Forschung und Entwicklung; fairer Wettbewerb bei internationaler Arbeitsteilung mit weniger Steuerbelastungen durch Staatskassen anderer Länder; anerkannte gesellschaftliche Werte – keine Sinnentleerung des Arbeitslebens.

Mit diesen Äußerungen kritisierte Rodenstock die Politik der Regierung in einer bisher nicht gekannten Weise. Erbst verteidigte der Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff die Politik der Regierungskoalition:

„Sie leugnen die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und erwecken den Eindruck des Gegenteils. Die Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung vom Frühjahr war nicht kurzatmig.“

Lambsdorff wies auf die weitgehenden Mietrechtsänderungen zugunsten der Kapitalisten hin und erklärte energisch: „Fast unterschlagen werden von Ihnen die steuerlichen Verbesserungen der vergangenen Jahre. Ich erinnere an die Körperschaftssteuerreform, die Lohnsummensteuer, die Gewerbe- und Vermögenssteuer, die Tarifkorrektur bei der Lohn- und Einkommenssteuer oder den Verlustrücktrag. Und was den Abbau der Investitionshemmnisse



Kapitalisten Esser (BDA) und Sohl (BDI) im Gespräch mit Kohl.

angeht, so verstecken Sie die Fortschritte, die wir im Telekommunikationsbereich, im Wohnungsbau oder im Energiebereich vorzuweisen haben – oder Sie erwähnen sie überhaupt nicht. Und was die wirtschaftspolitische Lage angeht, so unterdrücken Sie Positives und heben Negatives hervor ... Ich verweise auf die Leistungsbilanzentwicklung, auf die Zinsentwicklung, auf den Rückgang des Preisanstiegs, die Höhe der Lohnabschlüsse oder die Umkehr in der Ertragsentwicklung der Unternehmen ... Denn wer seinen Bericht so abfaßt, wie Sie es tun, der ruft die bösen Geister, die er eigentlich beschwören will.“ Lambsdorff meinte damals, eine viel freundlichere Politik für die Kapitalisten sei nicht möglich und eine andere hemmungslosere Wirtschaftspolitik würde nicht weiterhelfen: „Ich weiß ja, daß viele von Ihnen meinen, mit einer anderen Koalition in Bonn würde alles anders und besser. Aber Sie können ganz sicher sein, wie ich es auch bin: Auch in diesem Fall würde sich an der Wirtschaftspolitik, wie sie jetzt betrieben wird, nicht viel, nichts Wesentliches ändern.“

Noch vor den Sommerferien wurde sich die SPD/F.D.P.-Koalition über den Haushalt '83 in Form eines Antrags an den Bundestag einig. Als Ende August Änderungen des Haushalts nicht ausgeschlossen wurden, beschloß das Präsidium des BDI am 6.9. eine „Initiative für Wachstum und Beschäftigung“, mit der der BDI für eine Änderung der „verteilungspolitischen Einseitigkeit“ eintrat. Der BDI wollte eine vollständige Änderung der Steuerpolitik. Die direkten Steuern sollten auf die indirekten, die Mehrwertsteuer, verlagert werden. Private Investitionserleichterungen sollten im Mittelpunkt der Regierungspolitik stehen. Diese BDI-„Initiative“ fand zur gleichen Zeit statt, als am 1. September Graf Lambsdorff von Bundeskanzler Schmidt beauftragt wurde, ein Positionspapier vorzulegen, mit dem Lambsdorff dann am 9. September an die Öffentlichkeit trat. Er begründete seine „Überlegungen“ damit, daß die „Voraussetzungen für einen baldigen Aufschwung“ sich „erneut verschlechtert“ hätten. Die Absicht des Papiers lag darin, die noch wenigen wirtschaftspolitischen Vorbehalte, die die

SPD hatte, einzureißen und eine Diskussion zu ermöglichen, die den Kapitalisten jeden denkbaren Spielraum ermöglichten.

Den Kapitalisten reichen die eingetretenen Lohnsenkungen bei weitem nicht aus. Sie werden 1982 etwa 52 Milliarden DM Steuergelder zahlen, die sie jetzt abgeschafft wissen wollen, obwohl ihr Steueraufkommen gegenüber dem Lohnsteueraufkommen nur halb so groß ist wie etwa in den Jahren 1965 bis 1968. Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie und Handelstages (DIHT), forderte kürzlich nicht nur die Abschaffung der Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer, Gewerbe- und Lohnsummensteuer, sondern auch eine Änderung des Sozialversicherungswesens. All dies begründen die Kapitalisten demagogisch damit, daß eine Bewältigung der Krise nicht anders möglich sei. Dies begreifen sie dann auch als Verfassungsauftrag, den die Parteien verwirklichen sollen.

Graf Lambsdorff folgte dem und schrieb: „Die Konsequenz eines Festklammerns an heute nicht mehr finanzierbare Leistungen des Staates bedeu-

In ausgezeichneter Verfassung!

Nebenstehend ist ein Aspekt der Bundestagsdebatte dokumentiert, der als einziger von *allen* Debattenrednern berührt wurde. Der Bundestag legte seinen Kurs zur Behandlung einer Grün/Alternativen Opposition fest. Konkret: unter dem Deckmantel eines Angebotes zur Zusammenarbeit mit Grünen bzw. Alternativen erklärten sich SPD und FDP Repräsentanten (ausgenommen Wehner, Baum, Hamm-Brücher) recht deutlich zu einem Vorgehen gegen Grüne bzw. Alternative mit rechtsstaatlichen Mitteln bereit. Im Schlußteil der Debatte nimmt Geißler die Angebote der neuen Opposition auf, um sie mit Wucht gegen diese zu kehren. – Inzwischen laufen Erörterungen über eine Verfassungsänderung zur Erleichterung der Auflösung des Bundestages. Dies unter dem Deckmantel der Notwendigkeit, zu Neuwahlen im März zu kommen, wahrscheinlich aber um die Möglichkeit zu besitzen, nach einer unvorteilhaften Wahl den Bundestag auflösen, sodann rechtsstaatliche Mittel einsetzen und das Ganze auch noch durch Neuwahlen einsegnen zu können.

Zuerst Schmidt:

„Die meisten jungen Menschen sind sich der Freiheitlichkeit unseres Staates bewußt, auch wenn sie keineswegs allem zustimmen, was in unserem Staat geschieht;

das tun wir ja auch nicht, und sie tun es noch weniger. Aber es gibt Gruppen, die den *Wert der Freiheit* unterschätzen. Wir wollen jene neue Gruppe, die jetzt in den Hessischen Landtag einziehen wird, nicht unter Quarantäne stellen. Aber die Wortführer der Grünen müssen wissen, daß die freiheitlich-demokratische Ordnung nicht zur Disposition steht.

Sie müssen Klarheit darüber gewinnen, daß die *Demokratie* sich gegen *Gewaltanwendung* zu wehren hat.“

So weit Schmidt. Nun Barzel:

„Unser Volk wählt Abgeordnete. Unser Volk wählt am Wahltag nicht den Kanzler. Der Kanzler stellte das soeben alles auf den Kopf.“

Deshalb ist es notwendig, den Art. 38 des Grundgesetzes noch einmal in die Erinnerung zu rufen. Da heißt es:

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Allein das was hier steht und dem wir soeben mit Recht alle zugestimmt haben – wie sollte es anders sein! –, allein das ist der Wählerauftrag.“

So weit Barzel, nun Wehner:

„Kann man es insbesondere eigentlich unseren jüngeren Mitbürgern verdenken, die von Politikern Charakter, Gradlinigkeit, Glaubwürdigkeit verlangen, wenn sie sich angewidert abwenden? Die Herren Genscher und Graf Lambsdorff mit ihrer Gefolgschaft versündigen sich vor allem an der jungen Generation, indem sie statt Ehrlichkeit Manipulation erlebbar machen.“

Soweit Wehner, nun Geißler:

„Herr Wehner, Sie haben von der ‚Manipulation‘ gesprochen; ich habe gesagt: wir

müssen das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie neu festigen.

Wenn das Parlament ein verfassungsmäßiges Recht, nämlich die Wahl eines neuen Bundeskanzlers, für sich in Anspruch nimmt, dann darf keine demokratische Partei diesen Vorgang des kalten Machtwechsel, ‚politischen Verrat‘, ‚Komplott‘, oder ‚Machenschaft‘ kompromittieren.“

So weit Geißler, nun Mischnik:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade das, was wir durch Emotionalisieren in manchen Bereichen erreicht haben, ist ja durch den Ausruf des Mitgliedes des Bundesvorstandes der Grünen, Herrn Dieter Burgmann, nach der Hessen-Wahl sehr deutlich geworden. Er hat gesagt, Wir würden es begrüßen, wenn es in Bonn zu ähnlichen Verhältnissen käme. – Das rüttelt am Bestand unserer Demokratie. Alle in diesem Hause müssen sich einig sein, daß wir uns dagegen wehren müssen.“

So weit Mischnik, nun Brandt:

„Ich denke nicht daran, meinen kritischen Sinn an der Garderobe der Jugend abzugeben. Das habe ich übrigens auch 1968 nicht getan, wer sich daran erinnern mag.

Meine *Kriterien für Begegnungen* sind klar. Erstens. Die *Absage an Gewalt* steht bei uns und für uns am Anfang und Ende. Hier gibt es keinen Kompromiß; denn wer Gewalt sät, muß wissen, daß er Gewalt erntet.

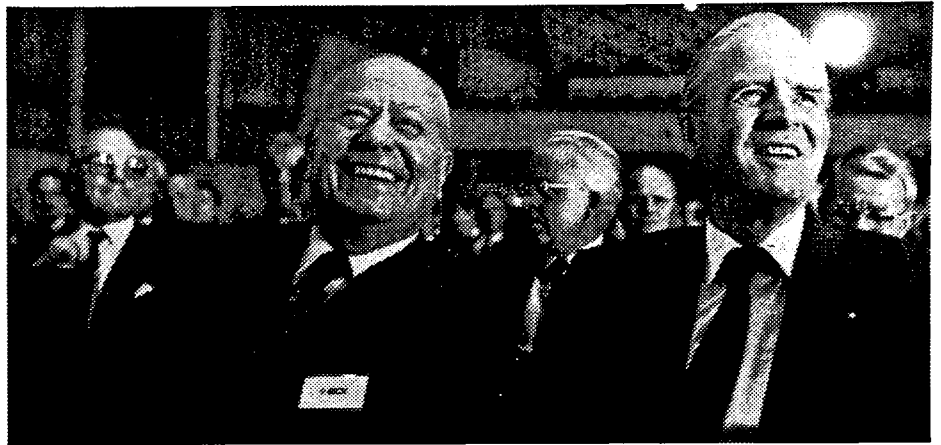
Aber ich füge fairerweise hinzu: Selten sind Demonstrationen von Hunderttausenden so gewaltfrei verlaufen, wie die beiden Friedenskundgebungen in Bonn im letzten Herbst und in diesem Frühjahr.

Das zweite Kriterium ist *Respekt vor dem, was in unserer Verfassung steht*, und vor den Einrichtungen, die dazu da sind, die Verfassung zu handhaben.

tet nur die weitere Verschärfung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sowie eine Eskalation in den Umverteilungsstaat, der Leistung und Eigenvorsorge zunehmend bestraft und das Anspruchsdenken weiter fördert – und an dessen Ende die (unterstrichen im Papier) *Krise des politischen Systems* steht.“

Wenn die Kapitalisten in den letzten Wochen immer wieder darauf hinweisen, „die Grenzen der parteipolitischen Neutralität nicht überschritten“ zu haben, dann mit der Absicht, daß die Parteien die politische Verantwortung für die Durchsetzung einer hemmungslosen Wirtschaftspolitik ergreifen müssen. Gegen die „Krise des politischen Systems“ soll die neue Regierung die Verschärfung der Inneren Sicherheit setzen. Die neue CDU-CSU/FDP-Regierung ist zu allem bereit. Mit ihr sind die Kapitalisten schneller handlungsfähig.

Das konnte man bereits sehen. Sperrte sich vor kurzem die CDU/CSU gegen eine Mehrwertsteuererhöhung und die F.D.P. gegen eine Investitionsanleihe als Pflichtabgabe bei steuerpflichtigen Einkommen ab 50000 DM



Carstens beim BDI: „Es scheint mir jedoch an der Zeit, gewisse Ungereimtheiten und Mißbräuche zu korrigieren und so das Vertrauen in die Haltbarkeit des sozialen Netzes zu stärken.“

(Ergänzungsabgabe), so sind diese Forderungen vor allem auf Drängen der Kapitalistenverbände im Regierungsprogramm.

Der neue Familienminister Geißler sieht im Bundestag schon das Henkerbeil schwingen, was wird passieren, wenn trotz schärfster Unterdrückung eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise und eine noch höhere Ar-

beitslosigkeit nicht abwendbar ist? Gefährlich in jeder Hinsicht!

Quellenhinweis: BDI: Wirtschaftspolitische Kurswende gefordert; Konditionsschwäche der Wirtschaftspolitik überwinden; Jahrestagung 1982; Information + Meinungen 9/82 – BDA: Soziale Sicherung in der Zukunft; Otto Esser, Sozialpolitische Perspektive 1982/83 vor der Unternehmertagung Ruhr/Lenne 1982 – DIHT: Otto Wolff von Amerongen, Steuerliche Rahmenbedingungen im Lichte der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – Otto Graf Lambsdorff, Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; Die Zeit, 24.09.

Das dritte ist die Bereitschaft, die *Regeln unserer parlamentarischen Demokratie* zu achten und auch zu nutzen.

Das vierte ist die Einsicht, daß unser Staat durch Verträge, die von unserem Volk in seiner Mehrheit gutgeheißen werden, in die *Europäische Gemeinschaft* eingebunden ist, die es weiterzuentwickeln gilt, daß unser Staat ferner als Ergebnis der Entwicklung nach dem letzten Weltkrieg und zu seinem Schutz Mitglied der *Atlantischen Allianz* ist und es bleiben muß, bis eine Ordnung des Friedens für Europa die Auflösung des Militärbündnisse erlaubt oder sogar gebietet.“

So weit Brandt, nun Baum:

„Ich befürchte, meine Damen und Herren: das Bild, das Politik jetzt bietet, das Bild, das wir jetzt bieten, hat die Zahl derer vermehrt, die die politischen Parteien ablehnen. Darüber müssen wir uns doch Gedanken machen, daß es eine große Zahl in der Jugend gibt, die uns, uns alle ablehnt. Es werden bald noch mehr Bürger die politischen Parteien ablehnen, wenn es nicht gelingt, zurückzufinden zu *glaubwürdigem Engagement für politische Inhalte*, zu Eindeutigkeit und Klarheit.“

So weit Baum, nun Hamm-Brücher:

„Ich finde, daß beide dies nicht verdient haben, Helmut Schmidt, ohne Wählervotum gestürzt zu werden, und sie Helmut Kohl, ohne Wählervotum zur Kanzlerschaft zu gelangen. Zweifellos sind die beiden sich bedingenden Vorgänge verfassungskonform. Aber sie haben nach meinem Empfinden das *Odium des verletzten demokratischen Anstands*.“

Sie beschädigen – und das entnehme ich so vielen Zuschriften sehr ernsthafter Menschen in diesem Jahre – quasi – Für Sie, Kollege Jenninger, mag das auch gar nicht so relevant sein, wie das für uns in unserer Gewissensentscheidung ist.

So weit Hamm-Brücher, nun Hansen:

„Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich eine kurze Bemerkung zu dem machen, was Sie eben gesagt haben, Herr Kollege Mischnik. Sie haben an einer Stelle in Ihrer Rede ausgeführt, daß es das Ende der Demokratie bedeuten würde, wenn eine Gruppierung der Grünen/Alternativen in dieses Parlament einzöge. Diesem Demokratieverständnis möchte ich entgegenhalten, daß das Grundgesetz auch nicht bestimmt, daß die dritte Partei unbedingt die FDP sein muß.“

So weit Hansen, nun Geißler:

„Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die persönliche Erklärung der Frau Abgeordneten Hamm-Brücher, aber auch die Erklärung, die der frühere Innenminister hier abgegeben haben, veranlassen mich, eine zusätzliche Erklärung hier abzugeben. Frau Hamm-Brücher, ich möchte sie fragen: Wie können sie in dieser Debatte die Behauptung aufstellen, eine Entscheidung des Parlamentes nach Art. 67 des Grundgesetzes verstoße gegen moralische oder sogar christliche Grundsätze? Können sie sich nicht vorstellen, daß Abgeordnete ihre Gewissensentscheidung ausrichten in der Verantwortung dem Bürger gegenüber, von dem sie das Mandat haben? Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ich heute hier gehört haben, gegenüber dem Willen der Fraktionen der Union und der Fraktion der Freien Demokraten, dem Willen, ein verfassungsmäßiges Recht auszuüben, was ich hier gehört habe an Apellen, an Ressentiments und auch an Emotionen, kann ich teilweise nur verstehen als einen Anschlag auf unsere Verfassung. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die Wahrnehmung der

Rechte nach dieser Verfassung können niemals unmoralisch sein – niemals unmoralisch!“

So weit Geißler, nun Schmidt:

„Wenn die freie Meinungsäußerung eines Abgeordneten oder einer Abgeordneten, die ankündigen, nach ihrem Gewissen zu reden und zu handeln, bezeichnet wird als ein Anschlag auf die Verfassung, (unterbrochen durch Unionstumulte) als ein Anschlag auf unsere Verfassung, (unterbrochen durch Unionstumulte) dann muß die Führung – (unterbrochen durch Unionstumulte) – Ich habe nur die Absicht drei Sätze zu reden, und ich bitte, mich ausreden zu lassen; noch habe ich das Recht, hier zu reden.“

Wenn das ein Anschlag auf die Verfassung sein soll, dann muß ich die Führung der FDP fragen, ob sie wirklich mit solcher Illiberalität und Intoleranz eine Verbindung eingehen will.“

So weit Schmidt, nun Kohl:

„Jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestages hat selbstverständlich sein Recht, hier seine Meinung zu vertreten. Es ist ebenso selbstverständlich, daß sie das heute wie in Zukunft haben.“

So weit Kohl, nun Mischnik:

„Der Herr Kollege Geißler hat eine Meinung geäußert, die ich in dieser Form nicht teile; ich bin anderer Auffassung. Die Frau Kollegin Hamm-Brücher hat eine Meinung geäußert, die ich nicht teile. Aber niemand wird je auf die Idee kommen, das Recht zu bestreiten, diese Meinung hier zu äußern.“

So weit Mischnik, nun Ehmke:

„Ich bin Herrn Kollegen Kohl sehr dankbar, daß er versucht hat, nicht mehr Scherben entstehen zu lassen, als nötig sind.“

AEG: Sanierung zum Rüstungskonzern

Schon vor Einleitung des AEG-Vergleichsverfahrens waren Unternehmensteile, die kräftig Profite einfuhren, ausgegliedert worden: Die AEG-Telefunken Kabelwerke AG Rheidt, ATM Computer München, die AEG-Telefunken Nachrichtentechnik ATN, an der sich Bosch und Mannesmann beteiligt haben. Diese sind alle von dem Vergleichsverfahren nicht betroffen. Daß diese Konzernteile zusammen mit der nach Ausgliederung von Hausgeräten und Unterhaltungselektronik übrig bleibenden AEG-Technik einen gewaltigen Rüstungskonzern abgeben würden, liegt so offen auf der Hand, daß es auch von der bürgerlichen Presse erwähnt wird. In zwei Bereichen reicht allerdings eine bloße Neuzusammenfassung westdeutscher Firmen nicht aus: in der militärischen Anwendung der Mikroelektronik und in

der Luft- und Raumfahrtindustrie. Auf diesen Gebieten sind die BRD-Imperialisten bestrebt, sich durch Kooperationen den Vorsprung der US-Imperialisten anzueignen. Auf eine große Anfrage der CDU/CSU zum Thema Mikroelektronik antwortete die Bundesregierung am 16.9.82: „Für die Bundesrepublik Deutschland ist die Frage der Verfügbarmachung dieser Technologie wichtig für die Sicherung der zukünftigen Verteidigungsfähigkeit.“ Die Maßnahmen dafür sind eingeleitet. Am 22.9.82 unterzeichnete AEG-Telefunken und der US-Rüstungskonzern United Technologies (UTC) einen Kooperationsvertrag. Danach wird zum 1. November die Telefunken Elektronische Bauelemente GmbH gegründet, an der AEG und UTC mit je 49% beteiligt sind. Das Kapital wird zum Jahresende auf 93,75 Mio. DM

erhöht. UTC ist in den USA führend in der Entwicklung solcher Mikroelektronik-Bausteine für spezielle militärische Anwendungsfälle, wie sie der westdeutschen Industrie im Augenblick noch nicht verfügbar sind. Für die Übertragung solcher Technologie ist eigens eine gemeinsame Tochterfirma, Telemos, gegründet worden, wie das „Handelsblatt“ zu berichten weiß. Nur eine Woche später bahnte sich auf dem Sektor Luft- und Raumfahrtindustrie eine entsprechende Abrundung an: am 25.9. trafen sich in München hinter streng verschlossenen Türen Alexander Haig, Ex-US-Außenminister und davor NATO-Oberbefehlshaber, derzeit Vorsitzender des internationalen Beirats von UTC, F.J. Strauß und L. Bölkow von Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), um über die Rüstungsaktivitäten der beiden Konzerne zu beraten.

Totale Verkehrskontrolle

Eine Kommission für Verkehrssicherheit unter Vorsitz des CSU-Politikers und Ex-Innenministers Hermann Höcherl legte jetzt der Öffentlichkeit einen ausführlichen Bericht vor. Die Kommission kritisiert die Zahl der Verkehrstoten, die im Vergleich zu anderen Industriestaaten sehr hoch liege. Der Bericht kritisiert den Gebrauch des Autos als „Statussymbol“ für eine „unbegrenzte individuelle Freiheit“ statt als „nüchterner Gebrauch dieses technischen Gegenstands in Verantwortung gegenüber der menschlichen Gesellschaft.“ Diese Demagogie lenkt vom eigentlichen Grund der hohen Zahl von Verkehrstoten völlig ab: Die beständige Zentralisierung des Staatsapparates und der Fabriken, die Auflösung kommunaler Einrichtungen und Wirtschaftsstrukturen verlangt von den Lohnabhängigen seit Jahren steigende Fahrtleistungen, sei es, um Schul- und Studien- und Arbeitsplätze in weiter Entfernung aufzusuchen, sei es, um den Warenumsatz zwischen den großen Produktionsstätten, die mit einem überdimensionierten Bundesstraßen- und Autobahnssystem verbunden sind, zu bewältigen. Die Höcherl-Kommission

tritt stattdessen für Unterdrückungsmaßnahmen ein. Sie fordert die Ausweitung der Registrierung im Verkehrszentralregister Flensburg, unabhängig von der Höhe des Bußgeldes. Wer sich nicht angurtert, soll im Verkehrszentralregister eingetragen werden, Geschwindigkeitsübertretungen von über 10 km/h sollen nicht mehr als Bagatelle behandelt werden. Neue Führerscheine sollen zuerst nur für drei Jahre ausgeschrieben werden. Bei neuzugelassenen Autos soll ein Kurzwegschreiber nicht den Unfall verhindern, sondern eine Strafverfolgung erleichtern und eine umfassende Kontrolle ermöglichen. Für die Finanzierung dieser „Unfallbekämpfung“ hat die Kommission auch einen Vorschlag. Ein Anteil der Mineralöl- oder Kraftfahrzeugsteuer, die dann der Erhöhung „bedarf“.

Südafrika: Folter „aus Christenpflicht“

Im Juni veröffentlichte die südafrikanische Regierung einen neuen Erlass zur Inneren Sicherheit, der im Juli in Kraft trat. Statt, wie sich oppositionelle Kräfte erhofft hatten, vor willkürlichen Verhaftungen und vor Mißhandlungen im Gefängnis zu schützen, erweiterte dieser Erlass den Spielraum der Exekutivkräfte. In

schönster Rechtsstaatlichkeit können die Sicherheitskräfte jeden, den sie wollen, ins Gefängnis werfen und zwar ohne Haftbefehl und ohne Anklage. Sie müssen dafür nur einen der folgenden drei Gründe angeben: Verdunkelungsgefahr, Festnahme zwecks Beweisermittlung und Vorbeugehaft. Justizminister Coetsee erläuterte einer Kirche der Farbigen gegenüber: Er halte es für seine christliche Pflicht, daß „manche Personen in Sicherheitsgewahrsam genommen werden müssen, weil ihr subtiles Vorgehen es nicht immer ermöglicht, ihnen konkrete Straftaten vor Gericht vorzuwerfen“. Bei anderen wiederum dauere die Beweisaufnahme aus den gleichen Gründen sehr lange. Schließlich müßten manche Personen einfach vorbeugend inhaftiert werden. Über die Art und Weise der Beweisaufnahme gegen derart Inhaftierte berichtet eine südafrikanische Menschenrechtsgruppe: „Sie werden systematisch gefoltert.“ Sie beweist das mit Aussagen von 70 ehemaligen Häftlingen, die entweder geschlagen, mit Elektroschocks mißhandelt oder an den Genitalien gefoltert wurden. Von den auf Grund der „Terroristengesetze“ Inhaftierten sind allein im Juli und August drei durch Folter ermordet worden.

„Am Kapitalmarkt hat man sich durch die Bonner Berichte, wonach eine ehrliche Rechnung für den Etat 1983 ein Haushaltsdefizit von mindestens 50 Mrd. DM ergebe, nicht schrecken lassen“, meldete am 24.9. das „Handelsblatt“. Wieso das? Hatte nicht die Kapitalistenmeute monatelang gezetert, die hohe Staatsschuldenaufnahme verderbe ihr das Geschäft? Aber nicht doch, erläutert das „Handelsblatt“ nachsichtig: „Die Finanzierbarkeit eines Haushaltsdefizits ... hängt ... entscheidend von der Glaubwürdigkeit eines Etats in seiner ganzen Gestalt ab ... Im positiven Fall ... können riesige Beträge mobilisiert werden, die kurzfristig in den sog. Vorhöfen des Kapitalmarkts geparkt sind.“ Einer dieser „Vorhöfe“ ist die Deutsche Bundesbank, deren Gold- und Devisenreserven von über 100 Mrd. DM die mit Abstand größten der Welt sind. Am 23.9. beschloß der Zentralbankrat der Bundesbank, die Mindestreserven, die die Banken bei ihr hinterlegen müssen, um 10% zu senken. Knapp 5,5 Mrd. DM flossen flugs an bundesdeutsche Banken. Das „Handelsblatt“ fachmännisch: Das bedeute „Freie Fahrt“ für die neue Regierung, der so billiges Geld angekündigt werde. Freie Fahrt bedeutet das aber zuerst einmal für die Banken, die dadurch Zinskosten von 350 Mio. DM „einsparen“. Weitere Zinssenkungen durch die Bundesbank sind schon angekündigt. Noch im Oktober soll der Diskontsatz — das ist der Zins, den die Banken für die Einreichung von Wechseln bei der Bundesbank zahlen müssen — erneut um ein halbes Prozent gesenkt werden. Zins„ersparnis“ der Banken hierdurch: weitere 275 Mio. DM. Ob sich diese Beschlüsse der Bundesbank freilich in einer wachsenden Anlage von Kapital der Kapitalisten in der BRD niederschlagen werden, ist eine ganz andere Frage. Vorerst blüht der Kapitalexport. Bis Juli legten die BRD-Imperialisten bereits erneut 5,2 Mrd. DM in den Kauf neuer Fabriken im Ausland an. Zusätzlich kauften sie ausländische Aktien, Wertpapiere und Staatsschuldenscheine wie nie zuvor. Mit insgesamt 8,1 Mrd. DM übertrafen diese „Portfolioinvestitionen“ in den ersten sechs Monaten 1982 bereits die gesamten Portfolioinvestitionen des Vorjahres.

Libanon

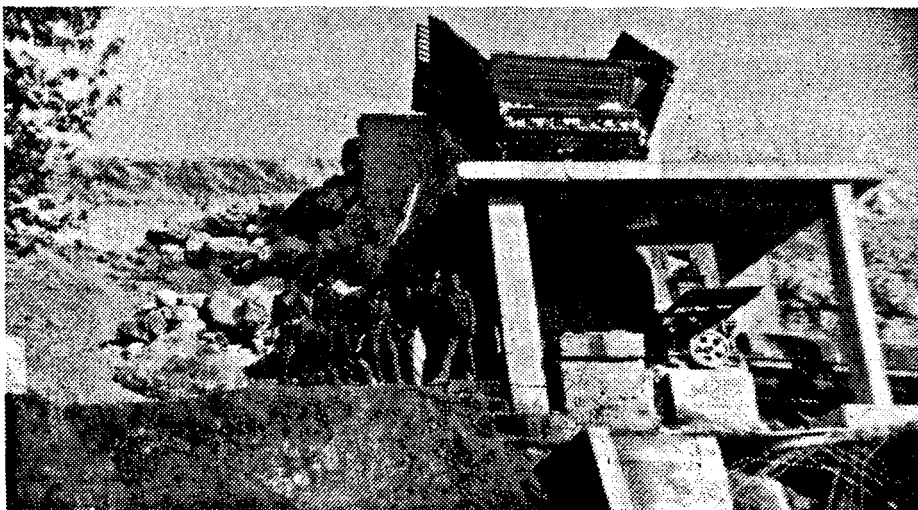
Die israelischen Truppen setzen sich unter dem Schutz der USA fest

Zum zweiten Mal innerhalb von fünf Wochen zogen am 22.9. US-Marinesoldaten in Beirut ein, nachdem Tage zuvor schon Einheiten der französischen und italienischen Armee erneut Stellungen in Westbeirut bezogen hatten. Über den Auftrag der US-Truppen und die Dauer ihres Aufenthaltes erklärte US-Präsident Reagan am 28.9. auf einer Pressekonferenz: „Über das Zeitelement kann ich nichts sagen.“ Er machte den Abzug der Soldaten davon abhängig, ob die libanesische Regierung „in der Lage sein wird, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten“

Überfall auf Westbeirut und die darauf folgenden Massaker in den Palästinenserlagern selbst geschaffen.

Die Äußerungen Reagans zeigen, daß die USA willens sind, notfalls auch mit eigenen Truppen den Erfolg der israelischen Aggression gegen den Libanon zu sichern. Entschieden ist über den Erfolg der Operation „Frieden für Galiläa“ noch nicht.

Die israelische Armee muß Nachschubwege sichern von einer Länge wie bisher höchstens auf dem Sinai – nur muß der Nachschub diesmal durch den besiedelten Libanon geführt werden.



Die Stellungen der PLO im Nordlibanon sind die nächsten Angriffspunkte für die israelische Aggression. Die PLO hat ihre Truppen wieder verstärkt mit Kämpfern aus Syrien.

und darüberhinaus davon, daß *alle* fremden Truppen aus dem Libanon abgezogen sein müßten (1). Diese Bedingungen sind das Diktat einer imperialistischen Besatzungsmacht, die ihren Abzug abhängig macht von Umständen, die sie selbst diktiert.

Nichtsdestotrotz firmieren die US-Truppen als „Friedenstruppen“ im Libanon. Mit der Kritik am Einmarsch der israelischen Truppen in Westbeirut, den Krokodilstränen über das zionistische Massaker in den Lagern Sabra und Shatila verschafften sich die US-Imperialisten die moralische Begründung, zum ersten Mal seit ihrer Niederlage in Vietnam in einem Staat Besatzungstruppen zu installieren, ohne der öffentlichen Kritik und dem Widerstand in den USA selbst ausgesetzt zu sein. Tatsächlich haben die USA mit dem frühen Abzug ihrer Truppen aus Beirut am 10.9., bevor die libanesische Armee ganz Beirut besetzt hatte, die Möglichkeit für den zionistischen

Schon jetzt müssen die israelischen Truppen die Besetzung eines Landes aufrechterhalten, in dem nahezu so viele Menschen leben wie in Israel selbst. Das kostet sie täglich Verluste.

Sowohl der Vertreter der „Nationalen Bewegung des Libanon“ (MLN) als auch Abdallah Frangi, der Vertreter der PLO, haben am 25.9. in Bonn darauf hingewiesen, daß die Guerillaverbände beider Organisationen reorganisiert sind und gemeinsam operieren. Der Anschlag auf den Bus mit israelischen Soldaten am 3.9. in Aley, der die zionistischen Besatzer sechs Tote und 22 Verletzte kostete, ist ein Beweis dafür, daß diese Verbände gemeinsam schlagkräftig operieren können.

Der neue libanesische Präsident Amin Gemayel hat den islamischen Parteien und der MLN vor seiner Wahl die Einhaltung von acht Punkten zugesagt, die unter anderem den Abzug der israelischen Truppen, keinen Friedens-

vertrag mit Israel und keine Anerkennung Israels enthalten sowie die Zusage, daß – außer in Beirut – die Milizen nicht entwaffnet werden und ihre Bewegungsfreiheit behalten. Die Rechnung der Zionisten, die libanesische Falange-Partei so in das Massaker in den Lagern zu verwickeln, daß diese vollständig an die Besatzungsmacht gekettet ist, ist nicht aufgegangen.

Die Gefahr für die Zionisten, in einem langandauernden Guerillakrieg im Libanon verwickelt zu werden, in dem sie sich auf keine politische Kraft im Libanon stützen können, ist beträchtlich. Dagegen soll die Stationierung der „Friedenstruppe“ ein erster Schutz sein. Zudem beschlossen die US-Imperialisten kürzlich die Zahlung eines weiteren 2,6 Mrd. Dollar-Geschenks Militär- und Wirtschaftshilfe an Israel. Eigene militärische Operationen der US-Soldaten schließt Reagan nicht aus, „wenn die Soldaten angegriffen werden“. Für alle Fälle verlegen die USA derzeit einen weiteren Flugzeugträger mit 1000 Soldaten ins Mittelmeer.

Unter diesem Schutz der US-Truppen fühlen sich die israelischen Truppen sogleich ermutigt, ihre Angriffe auf die PLO-Truppen und die syrischen Truppen im Norden des Libanon zu verstärken. Am 28.9. erklärte Begin, wenn Syrien die Unterstützung der PLO-Truppen im Libanon nicht einstelle, werde Israel Damaskus angreifen. Die israelischen Artilleriestellungen seien schließlich nur 25 km entfernt.

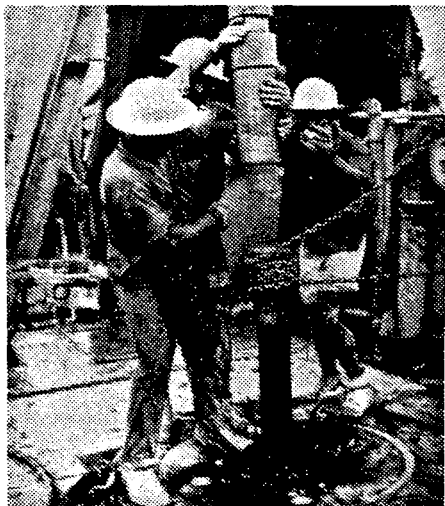
(1) Wireless Bulletin from Washington, 29.9.82; weitere Quellenhinweise: FAZ vom 10.9. – 5.10.82; Xinhua News Agency, Bulletins vom 24.8. – 30.9.82; Palästina-Bulletin 34/82

DEMINEX CDU/CSU will Erweiterung der Aktivitäten

Hat die DEMINEX (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft) die mit ihrer Gründung 1969 verbundene Zielsetzung erfüllt? Sollte die Aufgabenstellung der DEMINEX in Zukunft nicht erweitert werden? Diese Fragestellung ist Kern einer kleinen Anfrage der CDU/CSU, welche am 10.9. von der Bundesregierung beantwortet wurde. 1981 wies die DEMINEX erstmals einen Gewinn von 227 Mio. DM aus. Doch das ist nur eine Begleiterscheinung ihrer erfolgreichen Tätigkeit. „Die energiepolitische Zielsetzung des DEMINEX-Programms ist die Beseitigung der Wettbewerbsnachteile der nichtintegrierten deutschen Raffineriegesellschaften gegenüber Ölgesellschaften mit eigener Rohölförderung

und die Verbesserung der langfristigen Versorgungssicherheit dieser Raffineriegruppe.“ Zu dieser Gruppe gehören: die VEBA, die inzwischen über 25% der Raffineriekapazitäten in der BRD kontrolliert, Wintershall (BASF-Tochter), Hoechst usw.

Ölfelderwerb, Feldentwicklung und Aufschlußvorhaben sind mit 1,5 Mrd. DM Bundesmitteln unterstützt worden. 1981 förderte die DEMINEX 2,4 Mio. t Rohöl im Ausland. Nach erfolgreichen Probebohrungen haben Konzerne wie Wintershall die Ausbeutung vieler Felder selber übernommen, so



Probebohrung in Nigeria

daß 1981 von 77 Mio. t importierten Rohöls bereits 6,1 Mio. von Feldern westdeutscher Ölgesellschaften stammen. Die Rohölreserven der DEMINEX vor allem in der britischen und norwegischen Nordsee sowie im Persischen Golf und in der Elfenbeinküste haben sich von 25 Mio. t 1975 auf jetzt 60 Mio. t vergrößert.

Eine für die BRD-Imperialisten erfreuliche Bilanz. Doch was bewegt die CDU/CSU zu ihrer Anfrage? Sie wittert die Chance, die westdeutsche Rohöl- und Erdgasbasis entscheidend zu verbessern. DEMINEX ist in Griechenland, Ägypten und Indonesien fündig geworden. Wintershall besitzt Konzessionen für große Erdgaslager im Persischen Golf. Die Ruhrgas AG ist an der Erschließung gewaltiger Erdgasvorräte in Kamerun und Nigeria beteiligt. Ist es da nicht an der Zeit, sämtliche Anfangsbeschränkungen in der Aufgabenstellung der DEMINEX zu beseitigen und die Tätigkeit jetzt auch auf Erdgassuche und Erdgasgewinnung zu erweitern? Alle diese Länder sind gegenüber der BRD hochverschuldet. Die CDU/CSU will, daß trotz „reduzierter Bundeshaushaltsansätze“ die Schlagkraft der DEMINEX erhöht wird, damit alle Erpressungsmöglichkeiten genutzt werden.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/1971, Erdöl und Kohle, Jg. 82

Polizeiapparat

Fiebelkorn und andere Affären – Ergebnis „liberaler Rechts- und Innenpolitik“

Der Faschist und Söldner J. Fiebelkorn wird seit Mitte September von der italienischen Justiz gesucht, weil er sich an dem Attentat von Bologna beteiligt haben soll, bei dem vor zwei Jahren 85 Menschen getötet wurden. Fiebelkorn erfuhr von dem Haftbefehl, meldete sich beim Bundeskriminalamt und wurde dem Haftrichter Ulrich in Frankfurt vorgeführt, der ihn noch am selben Tag wieder laufen ließ. Die Ermittlungen seien „unpräzise“ und die Akten „mangelhaft“ gewesen. Wie der Richter in den sieben Stunden nicht nur Fiebelkorn verhören, sondern auch noch 129 Seiten in italienisch abgefaßte Unterlagen genau studieren konnte, wissen wir nicht. Bekannt wurde nur, daß sein Rechtsanwalt und ein nicht genannter Zeuge angegeben haben, Fiebelkorn wäre an dem Tag des Attentats mit einem Putsch in Bolivien beschäftigt gewesen. Der italienische Richter Gentile fühlte sich daraufhin gelehrt: „Vor einigen Monaten haben wir die deutschen Geheimdienste um einen Bericht über den Söldner gebeten. Diese bestätigten, daß sich Fiebelkorn während des Massakers in Bologna aufgehalten hat. Jetzt dagegen wird behauptet, er sei gerade am Tag des Attentats in Bolivien gewesen.“ Und er deutete an, daß Fiebelkorn gedeckt würde, weil er für einen westdeutschen Geheimdienst in der Wehrsportgruppe Hoffmann tätig war.

Fiebelkorn ist nicht der erste Faschist, von dem bekannt wird, daß er Beziehungen zum Verfassungsschutz, BND oder zur Polizei hat. Ein Untermieter bei VSB-D-Busse stellte in München am 20.10. 1981 nicht nur einen

PKW des Verfassungsschutzes zur Verfügung, sondern beteiligte sich selbst an der Vorbereitung eines Banküberfalls. Der Bombenlieferant Lepzien wurde im Braunschweiger Otte-Prozess als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes enttarnt. Dann die Fälle, in denen die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich zog, weil Spuren zum Oktoberfestattentat führen: Lembke, der ein riesiges Waffenlager in der Lüneburger Heide betreute, wurde zum „Alleingänger“. Faschisten, Mitglieder des Polizeisportvereins Bielefeld, die zu Lembke Verbindung hatten, waren „Waffennarren“. Und trotz zahlreicher gegenteiliger Hinweise behauptet die Bundesanwaltschaft immer noch, Köhler, der „mutmaßliche Verursacher“ des Anschlages am 26.9. 1980 in München, habe keine Mittäter gehabt. Und warum entgeht der Bundesanwaltschaft trotz der intimen Kenntnisse faschistischer Kreise, daß die Wehrsportgruppe Hoffmann auch nach ihrem Verbot offensichtlich weiter tätig ist? Die Polizei hat vor kurzem in Nürnberg bei einem Toten nicht nur Waffen und Hakenkreuzfahne sondern auch ein Flugblatt der Wehrsportgruppe gefunden. Dennoch behauptet der Pressesprecher Rebmanns: „Wir ermitteln gegen keine Wehrsportgruppe Hoffmann. Ich weiß gar nicht, wo die jetzt existent sein soll.“

Die Beziehungen zwischen Staatsschutzorganen und Neonazis sind keine einzelnen Affären oder Pannen. Sie sind vielmehr Bestandteil eines in „13 Jahren liberaler Rechts- und Innenpolitik“ systematisch hochgezogenen Spitzel- und Agentennetzes.



Baum übergibt einen Polizeiapparat, der zu allem bereit ist.

Aus einer Rede Schmudes – noch als Justizminister – vor Polizeibeamten im September 1982 geht hervor, daß keineswegs die Absicht bestand, einem weiteren Ausbau etwas in den Weg zu legen. „In engem Zusammenhang mit dem Strafrecht und dem Strafprozeßrecht werden eine Fülle von Vorschlägen diskutiert, die zum Teil recht einschneidend sind und einer sorgfältigen Prüfung bedürfen. Ich nenne hier nur die Forderung nach weitergehenden Möglichkeiten zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs, zum Belauschen von Gesprächen mittels technischer Einrichtungen, zum Betreten und zum Aufenthalt von verdeckt handelnden Polizeibeamten in Wohnungen oder zur Erleichterung der Polizeiarbeit im Bereich der Datensammlung.“

Was anderes außer einer „sorgfältigen Prüfung“ konnte Schmude auf „einschneidende Vorschläge“ aus Polizeikreisen auch antworten? Die SPD hatte schließlich 1968 mit der Zustimmung zu den Notstandsgesetzen das Belauschen, das Abhören u.ä. legalisiert. Die sozialliberale Regierung hat 1973 das Bundeskriminalamt zur „Zentralstelle für das Informationswesen der deutschen Polizei“ erklärt und damit die Voraussetzung für den Aufschwung der „Datensammlung“ geschaffen. Im INPOL-System des BKA sind inzwischen alle „polizeilich relevanten Personen“ erfaßt, die wegen „schwerer“ oder „überregional bedeutsamer“ Straftaten in einer Kriminalakte erfaßt wurden. Im System PIOS-Terrorismus waren nach Auskunft des damaligen Innenministers Baum vom 27.7. 1982 die Daten von 80000 des „Terrorismus verdächtiger“ Personen erfaßt. Im NADIS-System des Verfassungsschutzes sind mindestens 663000 Personendaten im „Extremismusbereich“ gespeichert. Zuletzt 1981 hatte Baum mit „Richtlinien für die Führung kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen“ für Effektivierung gesorgt (in der Öffentlichkeit ließ er sich dafür als „Datenschutzler“ feiern).

Der „verdeckt handelnde Polizeibeamte“ wurde in seiner Rechtsstellung gestärkt. Er braucht mit seinen Aussagen nicht in Gerichtsprozessen aufzutreten. Es genügt, wenn ein anderer Beamte seine Aussage vorträgt. Zwar wurde dieser „Zeuge vom Hörensagen“ bereits 1962 höchststrichterlich bestätigt, im großen Umfang und inzwischen nicht mehr auf beamtete Spitzel beschränkt, tritt er seit den RAF-Prozessen auf. Ebenfalls ein Kind „liberaler Rechtspolitik“ ist der „Kronzeuge“. Erstmals mit Ruland in RAF-Prozessen gerichtsmäßig eingeführt, ist er inzwischen bei den Tatbeständen „kriminelle Vereinigung“ und „Betäubungsmittelvergehen“ gesetzlich abge-

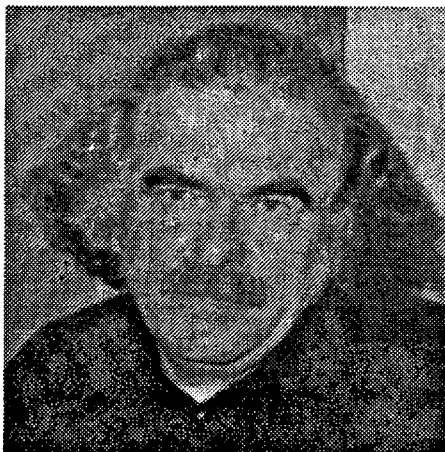
sichert. Diese Möglichkeit, daß Polizei und Verfassungsschutz gemeinsam mit den Staatsanwälten Strafverschönerung und -milderung versprechen können, hat die Zahl der angeworbenen Spitzel und Provokateure rasch wachsen lassen und zwar solcher, die ohne Rücksicht auf das „Ansehen der Polizei“ bei jeder Schandtat einsetzbar sind.

Zimmermann braucht sich einen Polizeiaparat, der zu allem fähig ist, nicht erst heranzuziehen. Baum hat ihn übergeben.

Quellenhinweis: Dr. Schmude, Rede auf der Tagung der GdP, 10.9.82; Stern 39/82; L'unità, 16.9.82

Beamtenrecht Ein Richter muß linientreu sein

Der niedersächsische Dienstgerichtshof für Richter beim Oberlandesgericht Celle hat letztinstanzlich entschieden: Der Präsident des Oberlandesgerichts Celle, Franzki, hat rechtens gehandelt,



Ulrich Vultejus, Amtsrichter in Hildesheim. Sein Protest gegen Berufsverbot wurde mit Verweis geahndet.

dem Hildesheimer Amtsrichter und Mitglied des Bundesvorstands der Fachgruppe Richter in der Gewerkschaft ÖTV einen Verweis zu erteilen.

Ulrich Vultejus hatte unter Nennung seines Berufes als Amtsrichter eine Petition des Kreisverbandes Hannover der GEW unterschrieben, die am 28.11.1980 unter der Überschrift „Kein Berufsverbot für Matthias Wietzer“ als Inserat in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ erschien. In dem Inserat wird das Landesarbeitsgericht gebeten, „dem Grundgesetz Geltung zu verschaffen und dem bewährten Lehrer Matthias Wietzer zu seinem Recht – zur Einstellung in den Schuldienst – zu verhelfen“.

Höchstpersönlich wies der damalige Justizminister Niedersachsens, Schwind, am 3.12.1980 den Präsidenten des Landgerichts Hildesheim dar-

aufhin an, die Unterzeichnung der Petition durch Richter Vultejus unter dienstrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Als dieser das Vorermittlungsverfahren einstellte, wurde der Präsident des Oberlandesgerichts Celle, Franzki, ins Feld geführt. Franzki erteilte Richter Vultejus am 5.3.1981 den vom niedersächsischen Justizministerium erwünschten Verweis. Auf Antrag von Vultejus mußte dieser Verweis Ende 1981 vom Niedersächsischen Dienstgericht für Richter beim Landgericht Hannover aufgehoben werden. Dagegen ging Schwind wiederum höchstpersönlich in die Berufung, um nun endgültig eine der Albrecht-Politik entsprechende Rechtsprechung zu erreichen.

Ende September 1982 erklärte der niedersächsische Dienstgerichtshof beim Oberlandesgericht Celle, Vultejus müsse sich vorwerfen lassen, „an einer Aktion teilgenommen zu haben, deren erklärtes Ziel es war, in einem schwebenden Gerichtsverfahren das zur Entscheidung berufene Gericht massiv zu beeinflussen“. Die Grenze zwischen grundgesetzlich garantierter Meinungsfreiheit und Druckausübung werde überschritten, wenn „eine mitgliederstarke Gruppe ... unter Hervorhebung der Namen und der beruflichen Stellungen einer großen Zahl von Mitgliedern oder Sympathisanten“ eine öffentliche Erklärung abgebe, die nur eine einzige Entscheidung als rechtmäßig gelten lasse und jede abweichende Meinung als von vornherein verfassungswidrig hinstelle. „An derartigen Druckmaßnahmen darf sich ein Richter nicht beteiligen, schon gar nicht unter Hinweis auf sein Richteramt.“ Damit ist die Meinungsfreiheit erneut wie im KPD-Verbotsurteil definiert: Eine Meinung darf man zwar haben, aber verboten ist, eine mitgliederstarke Gruppe zu bilden, um die Meinung durchzusetzen.

Mikrozensus Ausforschung der Lohnabhängigen verschärft

Am 30. September behandelte der Bundestag in erster Lesung den „Entwurf eines Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensusgesetz)“. Wie das 1982 auslaufende geltende Gesetz soll es befristet werden, um 1990 „den Bestand an Informationsbedürfnissen zu überprüfen und gegebenenfalls den gewandelten Anforderungen anzupassen“ (Wernitz, SPD).

In seiner Einbringungsrede erklärte Schmude, Justiz- und Innenminister in einem, die Kritik, daß „mit einzelnen

Fragen sehr weit in die Privatsphäre eingedrungen werde“, sei nicht berechtigt. Der Datenschutz sei im „Höchstmaß“ gewährleistet, und die Beantwortung von Fragen zur Gesundheit sei freiwillig.

Dieser Datenschutz ist unerheblich für die Zwecke des Gesetzes, die Lebensumstände der Lohnabhängigen auszuforschen und Ansatzpunkte für die Verschlechterung zu finden.

Die wesentlichen Fragen müssen beantwortet werden, neuerdings auch von Minderjährigen mit eigenem Hausstand. Jährlich sollen 600 000 Bundesbürger Angaben machen zur Familie, zur Nutzung der Wohnung, über die Beteiligung am Erwerbsleben, Quellen des Lebensunterhalts, Höhe des Einkommens sowie zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung. Die Fragerei zur gesetzlichen Rentenversicherung soll in größeren Abständen ergänzt werden durch Fragen zur privaten Alterssicherung. Auskunftspflichtig sind auch Heimleiter.

Verschärft werden die an Ausländer gerichteten Fragen. Der Staat maßt sich an, „Aufenthaltsdauer, Zahl und Verwandtschaftsverhältnisse der im

Ausland lebenden Familienangehörigen“ zu erfassen.

Zum ersten Mal seit 1965 soll wieder gefragt werden nach Führerscheininhabern und Ausnutzung der Fahrerlaubnis. Gegenüber dem Bundesrat bestand die Regierung darauf mit der Behauptung, noch immer würden 90% aller Verkehrsunfälle „durch menschliches Fehlverhalten“ verursacht. Sie verschwie, daß sich auf diese Statistik auch eine Notstandsplanung aufbauen läßt. Zustimmung erhielt der Bundesrat bei seinem Ansinnen, die Befragung nach „Flüchtlings- und Vertriebeneneigenschaft“ beizubehalten.

Den einstimmigen Beifall der CDU/CSU-Fraktion verhiß der Abgeordnete Broll. Das Gesetz könne „auch bei dem bevorstehenden Regierungswechsel und den neuen Machtverhältnissen im Bundestag so beschlossen werden“, würdigte er dessen reaktionären Charakter, „es sei denn, die SPD-Kollegen entdeckten noch irgendwelche zu konservative Züge in dieser Volkszählung“.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/1970; Bundestagsprotokoll 9/117

2. Die IG Metall ist bereit und entschlossen, in den kommenden Jahren einen tarifpolitischen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Beschäftigung zu leisten. Dazu gehört zum einen die aktive Lohn- und Gehaltspolitik zur Sicherung der Realeinkommen, zum anderen Arbeitszeitverkürzung durch tarifliche Regelungen.

3. Für die Tariffbewegung 1982/83 wird der Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen absolut Vorrang eingeräumt. Mit Nachdruck unterstreicht der Vorstand, daß es in dieser Tariffbewegung in erster Linie um die Sicherung der Realeinkommen durch Ausgleich der Preissteigerungsrate geht.

Auf Grundlage der Meinungsbildung in Betrieben, Verwaltungsstellen und Tariffkommissionen wird der Vorstand nach Beratung die notwendigen Entscheidungen über Höhe und Struktur der Forderungen treffen.

4. Der Vorstand der IG Metall bekräftigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit der Schwerpunkt qualitativer Tariffpolitik ist. Vorrang erhält dabei die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die aufgrund der Kündigungsmöglichkeiten der entsprechenden tarifvertraglichen Bestimmungen im Jahre 1984 angegangen werden kann.

5. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit soll vorrangig auf gesetzlichem Wege angegangen werden.

Die IG Metall gibt der Verkürzung der Lebensarbeitszeit aus sozial- und beschäftigungspolitischen Erwägungen größte Bedeutung.

Der Vorstand der IG Metall fordert daher erneut und mit allem Nachdruck, daß angesichts der dramatischen Zuspitzung der Beschäftigungskrise Bundesregierung und Bundestag umgehend gesetzliche Initiativen zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze ergreifen.“

So weit der Beschluß des Vorstandes der IG Metall; zweifellos ein Kompromißpapier. Im Zusammenhang der Beschlußentwicklung des IG Metall-Vorstandes betrachtet, stellt er jedoch einen Rückgriff auf tatsächliche Interessen der Arbeiter und Angestellten dar, und macht IG Metall-Mitgliedern möglich, über die kommende Lohnbewegung zu beraten, ohne sich von vornherein in Gegensatz zur Beschlußlage zu bringen.

Der erste Punkt verknüpft den „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ mit der „Sicherung des sozialen und materiellen Besitzstandes der Arbeitnehmer“. So merkwürdig die Bezeichnung des Arbeitslohnes als „materielles Besitzstand“, auf dem Boden von Vorstandbeschlüssen befindet sich danach, wer wegen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit Lohn einbußen und

Lohnbewegung

IG-Metall Vorstandsbeschluß läßt der Lohnbewegung Chancen

Während der Regierungsumbildungstätigkeit des Bundestages gingen in der Presse zwei Ereignisse fast der Berichterstattung verloren, die sonst gewiß breiten Raum eingenommen hätten: der außerordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV, und die Klausurtagung der IG Metall, die zur Festlegung der tarifpolitischen Linie stattfand. Der Gewerkschaftstag der ÖTV wählte Frau Dr. Wulff-Mathies zur neuen Vorsitzenden und faßte unter dem Ti-

tel „Arbeitslosigkeit bekämpfen – Sozialstaat sichern“ einen Beschluß über aktuelle Forderungen der ÖTV. Die Klausurtagung der IG Metall faßte einen Beschluß, der zwar jeder aktuell denkbaren Regierungspolitik Gefolgschaftssicherungsversprechen macht, dabei aber doch so weit der Lage gerecht wird, daß der durch die Beschönigung der Lohnniederlagen der letzten Jahre bekannt gewordene Janßen über die Notwendigkeit seines Rücktrittes öffentlich nachzudenken anfang.

Wegen der unzureichenden Presse zitieren wir den Beschluß des IG Metall-Hauptvorstandes vollständig und den des ÖTV-Gewerkschaftstages in Auszügen:

„Der Vorstand der IG Metall hat sich in der Klausurtagung vom 20. bis 22. September 1982 in Ludwigsburg ausführlich mit der politischen und wirtschaftspolitischen Situation und der absehbaren Entwicklung beschäftigt und Weichenstellungen für die Tariffbewegungen der kommenden Jahre getroffen.

1. Der Vorstand der IG Metall sieht in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Sicherung des sozialen und materiellen Besitzstandes der Arbeitnehmer die wichtigste gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre.



Der ÖTV-Gewerkschaftstag reagierte auf die Lohnsenkungspläne der Reaktion im öffentlichen Dienst mit bередtem Schweigen.

Minderung der Versicherungsleistungen nicht hinnehmen will.

Im zweiten Punkt stellt sich die IG Metall die Aufgabe der Sicherung der Realeinkommen aus Lohn und Gehalt, erweitert um die Aufgabe der Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit. Der Hauptvorstand bezeichnet dies als tarifpolitischen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit, eine leicht angreifbare Begründung. Dies mag sich aber als nicht so schlimm herausstellen, eröff-

ezutreten, sie würde sonst immer Schwierigkeiten mit dem Unmut bekommen, der bei so vielen durch Progressionszugriff der Steuer entstanden ist. Weiter wichtig: Der Vorstand will nach einer breit angelegten Diskussion entscheiden. Daraus könnte man schließen, daß auch der Vorstand es leid ist, die Kraft der Lohnbewegung in einem Dutzend tarifbezirklicher Kleinkämpfe und dem unvermeidlichen Modellabschluß zu verzetteln.



Der IGM-Vorstand hat einen „Ausgleich der Preissteigerungsrate“ als Abschlußmarke für die Tariffbewegung 1982/83 festgelegt.

nete der frische Kohl die Polemik doch mit dem (sinngemäss zitierten) Kanzlerwort, er bezweifle, ob es das Glück eines deutschen Menschen ausmache, 35 statt 40 Stunden zu arbeiten, er wisse aber, daß das Glück Deutschlands davon abhinge, daß die Deutschen auf jeden Fall viel arbeiteten.

Im dritten Punkt setzt die IG Metall den Ausgleich der Preissteigerungsrate als Tarifabschlußmarke. Dies ist in Betracht der Vergangenheit, wo man sich stets zu hüten wußte, Abschlußmarken anzugeben, beachtlich. Klarzustellen wäre allerdings, ob nun die Inflationsverluste aus den vergangenen Jahren mit veranschlagt werden oder aber nicht, ob die Realeinkommen brutto oder netto gemeint sind, ob effektiv oder tariflich. Üblicherweise müßte der Inflationsverlust veranschlagt werden, seitdem ein solcher zu verzeichnen ist. Üblicherweise müßte das Realeinkommen brutto und effektiv angesetzt werden. Setzt man so an, dann wird allerdings zweierlei zwingend: Die Forderung muß erheblich über der laufenden Inflationsrate liegen; sie muß in den unteren Lohnbereichen relativ erheblich höher sein als in den mittleren und hohen Gehaltsbereichen, denn der Effektivlohndrift hat – so viel wir bis jetzt wissen – nur in diesen Bereichen zu Inflationsverlusten geführt. Ferner müßte die IG Metall sich aber dann entschließen, für eine Reform der Steuer

Die Verlagerung der Forderung nach Herabsetzung des Rentenalters aus dem tariflichen in den gesetzlichen Bereich ist vernünftig. Ob die IG Metall das Ziel der Verkürzung der Wochenarbeitszeit allein und auf tariflichem Wege überhaupt erreichen kann, bleibt fraglich; eine Gemeinschaftsinitiative aller DGB-Gewerkschaften hätte schon eher Aussicht und würde vielleicht zu einer gesetzlichen Festlegung führen können.

Zusammenfassend: In der IG Metall sind neben anderen auch Kräfte nicht nur da, sondern bis in die Beschlußfassung des Hauptvorstandes wirksam, die, wie auch immer theoretisch begründet, den Einsatz der Organisation wollen, statt dem Dahinschmelzen von Lohn, Gehalt und Arbeiterrechten fern zuzusehen.

Derselbe Gewerkschaftstag der ÖTV, der Frau Dr. Wulff-Mathies zur Vorsitzenden wählte, fühlte sich berufen, der ÖTV noch einen Initiativantrag zu verpassen, dessen Inhalt hoffentlich bald der Mitgliederdiskussion zum Opfer fällt. Unter dem Titel „Arbeitslosigkeit bekämpfen – Sozialstaat sichern“ ist da (unter anderem) folgendes beschlossene Sache geworden:

„Vollbeschäftigung ist nur durch wirtschaftliches Wachstum zu erreichen. Mehr Arbeitsplätze sind nur durch mehr Nachfrage und mehr Pro-

duktion zu schaffen ... Die Staatsverschuldung darf nicht verteuert werden. Zusätzliche Kreditaufnahme des Staates ist gerade jetzt konjunkturpolitisch geboten. Neue Einnahmequellen müssen erschlossen werden. Die von den Gewerkschaften geforderte Ergänzungsabgabe höher Verdienender und der Arbeitsmarktbeitrag für Beamte, Freiberufler und Selbstständige wären wirksame Mittel dazu ... Trotz allen Sparwillens sind die Arbeitnehmer nicht bereit, zur Sanierung der Haushalte, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft einseitige Maßnahmen zu ihren Lasten hinzunehmen.“

So weit Auszüge aus dieser Kapitulationsurkunde. Nicht enthalten ist in diesem Initiativantrag etwa: eine Stellungnahme zu dem ungeheuerlichen Verfahren, das sich Bund, Länder und Gemeinden mit den Beamten leisten, und zu den Lohnverlusten der Beschäftigten in öffentlichen Diensten im allgemeinen. Im Gegenteil: Der ÖTV-Gewerkschaftstag führt eine stille Polemik gegen die IG Metall in Sachen Arbeitszeitverkürzung und gegen die kommende Lohnbewegung; das eine, indem man eine Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Beschäftigung glatt bestreitet, das andere, indem man Opferbereitschaft zusichert, so sie nur nicht einseitig ausgenutzt werde.

Selbstverständlich ist nichts an diesem Antrag neu, Frau Dr. Wulff-Mathies hatte ja schon länger Gelegenheit, ihre Promotionsfrüchte in die Tätigkeit der ÖTV einzubringen. Neu ist allerdings, daß dies auf eine Weise geschieht, die immerhin berechtigten, wenn auch schlecht begründeten Kampagnen anderer Gewerkschaften in die Quere schießt und gleichzeitig überaus wortreich von den aktuellen Tarifproblemen im Bereich der öffentlichen Dienste zu schweigen weiß.

Quellenhinweis: Beschluß des Vorstandes der IG Metall zu tarifpolitischen Schwerpunkten, IGM-Hauptvorstand, Frankfurt/Main

Handelsflotte Wieder mehr Schiffe unter deutscher Flagge

„Der Bundestag beobachtet mit Sorge die in den letzten Jahren zunehmende Ausflagung deutscher Schiffe.“ So beginnt ein CDU-Antrag an den Bundestag, der mittlerweile auch von der FDP und der SPD unterstützt wird.

Viele Länder der Dritten Welt und auch die Gewerkschaft ÖTV bekämpfen seit langem die Machenschaften der kapitalistischen Reeder, durch das Verbringen ihrer Schiffe unter eine Billigflagge die jeweils nationalen Standards im Lohn, den Arbeitsbedingungen und bezüglich der Schiffssicherheit

zu unterlaufen. Auf diese Weise können die Reeder pro Stückgutfrachter und Jahr bis zu 1 Mio. DM mehr Profit auspressen.

Nun hat die CDU natürlich ganz andere Sorgen, wenn sie sich gegen die zunehmende Ausflagung richtet. Die Schlagkraft der deutschen Flotte soll gestärkt werden. Bundespräsident Karl Carstens wurde am 7. Mai 1982 auf dem Überseetag in Hamburg (unser Bild) deutlich: Zum 75-jährigen Bestehen des Verbandes Deutscher Reeder (VDR) zog er eine geschichtliche Lehre. „21 Jahre nach dem Ende des Er-



75-Jahr-Feier VDR im Mai 1982.

sten begann Hitler den Zweiten Weltkrieg. Wieder wurden die großen Schlachten zu Lande geschlagen, auch wenn die deutsche Kriegsflotte, insbesondere die U-Bootwaffe, weitaus größere Aktionen entfaltete. Bestimmend für das Ergebnis des Krieges aber war wiederum der Eintritt der großen überseeischen, von Deutschland und seiner politischen Führung erneut unterschätzten Macht Amerika ... Das Schicksal Deutschlands war nicht mehr, wie Jahrhunderte zuvor ‚landbestimmt‘, es war in gleicher Weise land- und seebestimmt geworden ... Dies ist eine historische Wegmarke, meine Damen und Herren, wer sie erkennt, wird aus der Geschichte nicht lernen.“

In dem Antrag der CDU, FDP und SPD soll die Stärkung der Handelsflotte dem „leistungsfähigen, rationellen und damit preiswürdigen Transport der Außenhandelsströme“, der „Versorgung in Krisenzeiten“, einem „positiven Beitrag zur Leistungsbilanz“ und der „Beschäftigung deutscher Seeleute“ dienen.

Es gibt gegenwärtig keinen Punkt, an dem die Kapitalisten nicht versuchen, beim Ausbau ihrer Kampfpositionen um mehr Macht und Einfluß auf der Welt so zu tun, als ginge es ihnen um den Erhalt der Arbeitsplätze.

In Wirklichkeit brauchen sie eine schlagkräftige deutsche Handelsflotte, um die „Versorgung in Krisenzeiten“ sicherzustellen. Aus einem Auswertungsbericht über den Malvinenkrieg geht die Bedeutung der Handelsflotte deutlich hervor. „Eine der wichtigsten Erfahrungen der Briten war der Einsatz von Handelsschiffen. 54 zivile Schiffe wurden während des Krieges von der Regierung beschlagnahmt. Sie alle wurden für die Treibstoffversorgung auf hoher See umgerüstet. Daraus wird der Schluß gezogen, daß alle westlichen Staaten schon in Friedenszeiten auf Regierungskosten derartige Einrichtungen auf bestimmten Handelsschiffen für den Kriegsfall einbauen sollten. Ohne die Handelsflotte hätte London den Krieg verloren.“

Die bürgerlichen Politiker vermuten, daß die ausgeflaggten Schiffe nicht zur Verfügung stehen, wenn es losgeht. Auf der anderen Seite sollen die Reeder die gleichen Profite haben, wenn sie unter der schwarz-rot-goldenen Flagge fahren. Deshalb fordern CDU, FDP und SPD, die Reeder verstärkt zu fördern, die neue Schiffsbesetzungsverordnung zu verabschieden, nach der die Besatzungsstärke auf modernen Schiffen reduziert und die Arbeitsbereiche der Patente ausgeweitet ist, und der deutschen Flagge einen angemessenen Ladungsanteil zu sichern. Zum Zweck der Ladungssicherung soll jetzt auch der „Kodex für Linienkonferenzen“ unterzeichnet werden, der den beteiligten Ländern jeweils 40% der Ladung im Linienverkehr sichert. Seit acht Jahren liegt der UNO-Beschluß zur Ratifizierung vor. Die Reeder und Verloader haben so lange gezögert, weil sie auf mehr als 40% gesetzt hatten – vergeblich.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/1829, 9/1872 (neu); Seefahrt, ÖTV-Mitteilungsblatt, 1-3/82; Bulletin der Bundesregierung, Bonn, 12.5.82; Hamburger Abendblatt, 20.8.82

US-Eisenbahn Reagan diktiert Streikverbot bis 1984

Durch Notstandsgesetz haben Reagan-Regierung und US-Kongreß den Streik der Lokführergewerkschaft verboten. Die Lokführergewerkschaft hatte seit dem 19. September die 26000 Mitglieder in einem bundesweiten Streik organisiert und den Fracht- und Passagierverkehr weitgehend lahmgelegt, um die Forderungen nach Erhöhung der Löhne in der Höhe, wie sie die Kapitalisten mit anderen Gewerkschaften schon seit Ende des letzten Jahres abgeschlossen hatten, und nach der Erhöhung der Erbschwerniszuschläge durchzusetzen.

Mit dem Verbotsgesetz haben Reagan-Regierung und US-Kongreß die

Lokführer zugleich den Beschlüssen unterworfen, die ein von Reagan eingesetzter Notstandsausschuß angefertigt hatte. Die Löhne sollen im Durchschnitt um 28% im Zeitraum von 39 Monaten erhöht werden. Für die Laufzeit des diktierten Vertrages mußte die Gewerkschaft unterschreiben, daß sie während der Vertragsdauer bis zum 1. Juli 84 keinen Streik organisiert für andere Verträge. Andere Eisenbahnergewerkschaften hatten diesem Streikverbot schon früher zustimmen müssen.

Bei diesem Schlag gegen den gewerkschaftlichen Kampf stützte sich die Regierung auf das Eisenbahn-Arbeitsgesetz (Railway Labor Act) von 1926. Dieses Gesetz schreibt die Zwangsschlichtung für alle Streitigkeiten über die Auslegung von *bestehenden* Tarifverträgen vor. Für die Auseinandersetzung um *neue* Tarifverträge kann die Regierung seitdem zunächst ein Streikverbot von 60 Tagen verhängen, was Reagan im Juli erließ. Unterwirft sich die Gewerkschaft nicht den Vorstellungen der eingesetzten Kommission, kann der Präsident per Gesetz einen durchgeführten Streik verbieten und der Gewerkschaft Bestimmungen, die er für richtig hält, aufzwingen.

Mit dem jetzt beschlossenen Streikverbot bis 1984 hat die Regierung den Eisenbahnkapitalisten den Weg freigemacht für geplante Lohnkürzungen und umfassende Entlassungen. Schon im Zeitraum von Mai 1981 bis '82 hatten die Eisenbahnkapitalisten 51000 Beschäftigte entlassen. Jetzt wollen sie die Zugbesatzungen verkleinern. Als erstes wollen sie die bisher mitgeführten Bremserwagen beseitigen. Die Kapitalisten sprechen davon, daß sie dabei 400 Mio. \$ pro Jahr einsparen. Für die zusätzliche Arbeit der verringerten Zahl der Zugmannschaften haben sie bestimmte Lohnerhöhungen angedeutet. Die Lokführer haben bisher pro Tag eine Zulage von 4 \$ und Zuschläge für die Fahrt von mehr als 100 km am Tag bekommen. Entsprechend der möglichen Erhöhungen beim Lohn der anderen Arbeiter will die Lokführergewerkschaft den Kampf für die Erhöhung der Zuschläge führen. Durch das aufgezwungene Streikverbot bis 1984 hat die Regierung den Gewerkschaften die Kampfmittel aus der Hand geschlagen, wirksam Widerstand zu entwickeln gegen die Auswirkungen scharfer Rationalisierungen, die die Kapitalisten über die Fusionierung großer Gesellschaften eingeleitet haben.

Nach der Zerschlagung des Fluglotsenstreiks hat die Regierung jetzt mit dem Streikverbot einen zweiten schweren Schlag gegen die erkämpften Rechte der Beschäftigten in den öffentlichen Dienstbereichen geführt.

Quellenhinweis: Railway Labor Act, United States Code, Title 45, §§ 151-164, Edition 1976; Business Week 27.9.82

CDU/CSU: „Die Energiepolitik steht und fällt bis 1995 mit dem Durchsetzen der Kernkraft“

Der alte und neue Wirtschaftsminister Lambsdorff, FDP, brachte unter der alten SPD/FDP-Bundesregierung die 3. Fortschreibung des Energieprogramms mit den Worten ein: „Die gesamte Welt befindet sich heute im größten Strukturierungsprozeß seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ... Wir in der BRD können heute sagen, daß wir unser Bestes, wenn auch längst noch nicht alles getan haben, um eine Strategie zu entwickeln, damit diese energiepolitisch Anpassung so rasch und so dauerhaft wie möglich vorgenommen wird. Wir sind zu weiteren Anstrengungen bereit, nicht zuletzt zu internationaler Kooperation, ohne die das Weltenergieproblem bei noch so großen nationalen Bemühungen niemals gelöst werden kann. Wir sind da-

rungs-Krise“ so schlau herauszukommen, daß sich daraus ein Konkurrenzvorteil gegenüber den Konkurrenten und vor allem gegenüber der Dritten Welt heraus schlagen läßt. Die erdölproduzierenden Länder haben 1973 der Ausplünderung ihrer Ressourcen Barrieren gezogen und die Preise erhöht. Damit ergab sich für die Imperialisten die Notwendigkeit, ihre bis dahin auf schlichten Raub von Rohstoffen gegründete Energiepolitik umzustellen. Hinzu kommt: „Der heutige Weltdurchschnitt des Energieverbrauchs liegt bei umgerechnet zwei kWh pro Kopf; in mehr als 80 Ländern liegt der Energieverbrauch bei nur einem Zehntel dieses Werts. Diese Verteilungsstrukturen können nicht auf Dauer aufrecht erhalten werden.

Preisen sind für die nationalen Wirtschaften der Dritten Welt die Konkurrenzvorteile der Imperialisten erdrückend, vor allem sind ihnen hochwertige technologische Produktionen unmöglich. Für die Imperialisten ergäbe sich damit ein gewaltiger Konkurrenzvorteil und die Chance, noch mehr in die Energieversorgungsprobleme der Dritten Welt einzudringen. Das alles steht und fällt mit der Frage, ob sie in der Lage sind, billigen Strom zu produzieren oder nicht.

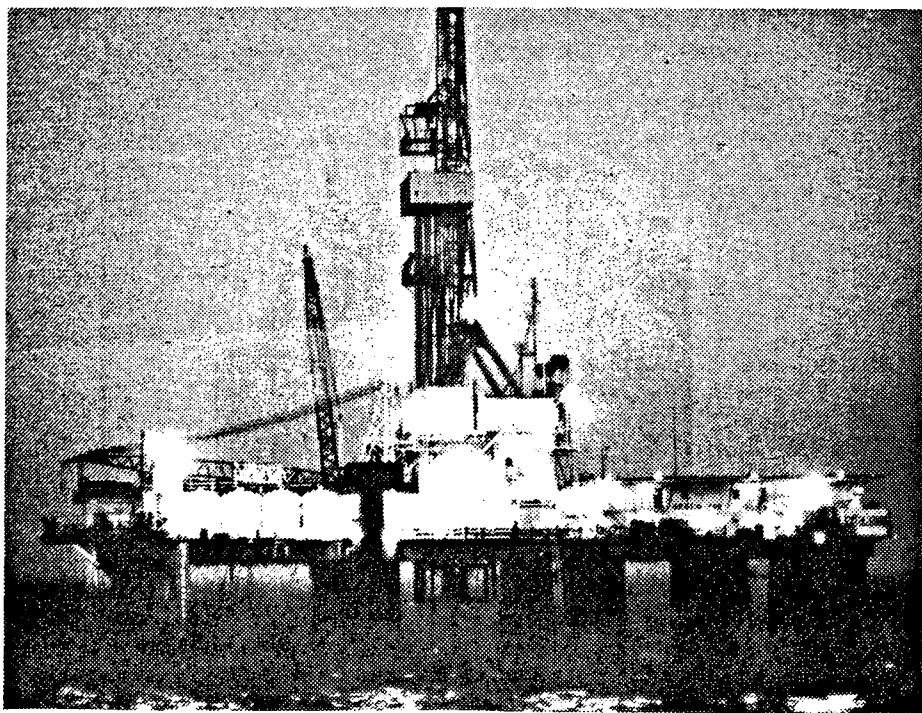
Die 3. Fortschreibung des seit 1973 aufgelegten Energie-Programms der Bundesregierung liefert den Rahmen für den ehrgeizigen Plan der BRD-Imperialisten, dieses Geschäft zu machen. Voraussetzung dafür ist raschester Durchlauf des dazu nötigen „Strukturierungsprozesses“, der darin besteht, die Struktur der Energieversorgung völlig umzuwälzen. Die Tabelle enthält hierzu einige Daten der wissenschaftlichen Institute, die die Vorlagen für das Energieprogramm errechnet hatten:

**Struktur des Endenergieverbrauchs
nach Energieträgern, gemessen in
Millionen Tonnen
Steinkohleeinheiten (SKE)**

Energieträger	1978	für 1995 geplant
Feste Brennstoffe	23,0	28,6
Braunkohle	13,2	11,6
Mineralölprodukte	152,0	119,8
Erdgas, Erdölgas	34,8	56,3
Strom	37,6	62,2
Fernwärme	5,4	10,9

Das heißt, der Anteil der Mineralölprodukte am Energieverbrauch soll um mehr als 30% gesenkt werden. Dafür soll der Anteil von Gas um 61% und der Anteil von *Strom* um 65% erhöht werden. Diese Festlegung ist die Antwort der Imperialisten auf die Veränderung der energiepolitischen Situation: „Das zunehmende Gewicht technologisch hochwertiger Produktionsprozesse in der deutschen Wirtschaft wird einen weiter *überproportional steigenden Stromverbrauch* mit sich bringen.“ (3. Fortschreibung)

Überhaupt soll *nur* in der Industrie der Stromverbrauch steigen – und zwar gewaltig, nämlich von 1978 88,6 Mio. t SKE auf 1995 110 Mio. t SKE. Bei den Haushalten soll der Stromverbrauch sowohl relativ wie absolut gesenkt werden, nämlich von 71,4 Mio. t SKE auf 68 Mio. t SKE.

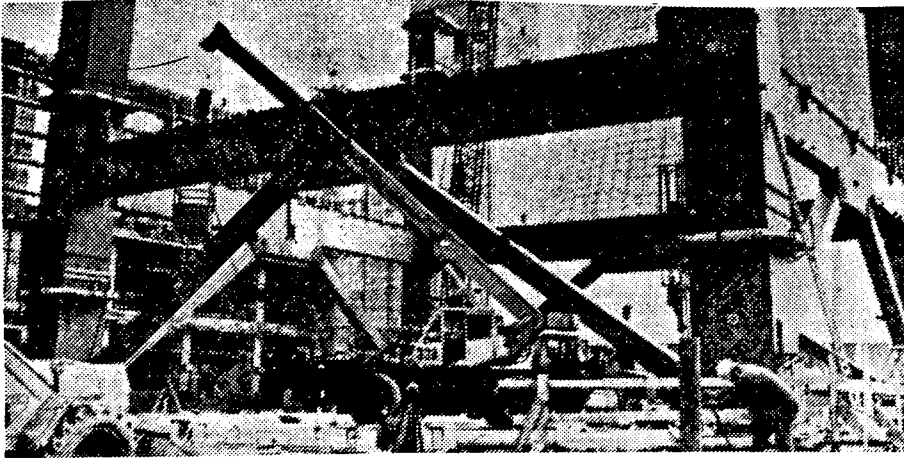


Erdölförderung in der Nordsee

von überzeugt, daß wir auf diese Weise einen wirksamen Beitrag zur Festigung der weltwirtschaftlichen Beziehungen – ich sage das ohne jedes Gefühl der Übertreibung – zur Wahrung des Friedens in der Welt leisten.“

Das „Weltenergieproblem“ der Imperialisten reduziert sich im wesentlichen auf ein Energiepreis-„Problem“, womit natürlich der Lebensnerv ihrer Wirtschaft, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, getroffen ist. Im weiteren besteht ihr Problem darin, aus dieser „Energie-Rohstoff-Verteue-

Selbst unter bescheidenen Annahmen rechnen alle seriösen Prognosen mit einer Verdoppelung des Energiebedarfs in den nächsten zwei Jahren.“ (Eberle, baden-württembergischer Wirtschaftsminister, CDU) Bei steigendem Energiebedarf bedeutet die Rohölverteuerung für die Länder der Dritten Welt ein viel schärferes Problem als für die Imperialisten: Sie haben keine Devisen, um Öl einzukaufen, da ihnen die einheimische Wirtschaft nicht gehört oder auch fehlt. Ohne große Mengen an elektrischem Strom zu günstigen



In Ibbenbüren entsteht mit über 800 Megawatt eines der größten Kohlekraftwerke in Europa. Der Kühlturm soll eine Endhöhe von 126,5 m und der Schornstein eine Höhe von 275 m haben.

Steinkohlebergbau: Höchste Tonnenleistung zur Ausdehnung der „nationalen Energiebasis“

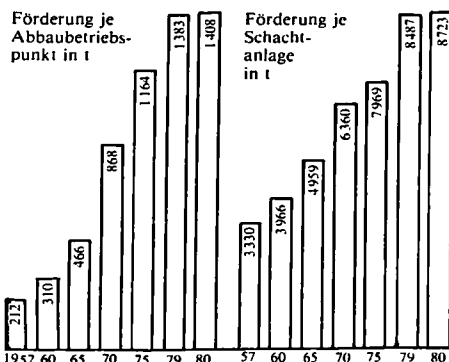
Als „Bestimmungsfaktoren für die energiewirtschaftliche Entwicklung“ nennt der „Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus“ „rationellste Energieverwendung, Bereitstellung aller geeigneten Alternativen zum Öl.“ „Der Faktor Zeit“ sollte „als das beherrschende Problem der Energieversorgung, der Energiepolitik herausgestellt“ werden.

Spätestens seit Anfang der siebziger Jahre, als die erdölfördernden Länder aufhörten, nur Spielball imperialistischer Interessen zu sein und mehr oder minder selbständige Politik entfalteten, die auch einen höheren Ölpreis für die imperialistischen Länder einschloß, wurde die Formel „weg vom Öl“ wieder neu entdeckt.

Schon einmal war es für die deutsche Bourgeoisie brennend, eine eigene Energiebasis zu schaffen. 1935, kurz nach der Machtergreifung, wollten die Faschisten einen „Treibstoffdiktator“ einsetzen, der die Belange der Energieversorgung regeln sollte.

Hitler ernannte dann dafür 1936 Göring zum Rohstoff- und Devisenkommissar. Dies war die „höchste wirtschaftliche Kommandostelle“. Hinzu noch Raeder, damals einer der höchsten Offiziere; er hatte ab 1928 die Marineleitung. „Nun ist eine Marine mit ihrer Leistungsfähigkeit in einem Krieg davon abhängig, daß ihr der benötigte Brennstoff voll zur Verfügung steht. Brennstoffmangel schränkt die Operationsmöglichkeiten und damit die Freiheit des Entschlusses ein. Auch zur Friedensausbildung gehört ein angemessenes Be-

triebsstoffkontingent. Eine Flotte, die nicht fahren kann, verkümmert im Frieden und kann im Krieg nichts leisten, denn die Waffen des Seekrieges – Minen, Artillerie, Torpedos – müssen an den Gegner herangetragen werden.“



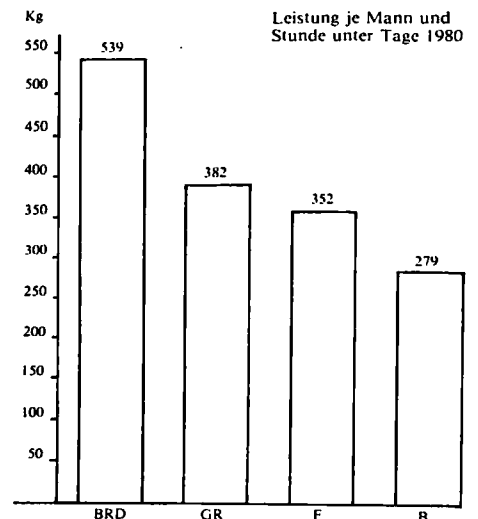
Entwicklung der geförderten Steinkohlemengen je Abbaubetrieb und je Schachtanlage 1957 bis 1980.

Ebenso läßt sich dies natürlich auf die Kriegsproduktion wie für die jetzige Produktion hier auch sagen: Ohne Energie stehen die Räder still. 1973 trat in der BRD als eines der ersten Länder überhaupt ein Energieprogramm in Kraft. „Abhängigkeit von Ölförderländern verringern, Öl durch Kohle und Kernenergie ersetzen“ war einer der Schwerpunkte des Programms. Weil aber gerade der Widerstand der Bevölkerung Kohle- und Kernkraftwerksneubauten verhinderte bzw. aufschob, wurde das „energiepolitische Zeitproblem verschärft“.

Von dem Kraftwerksbestand in der BRD von 87000 Megawatt werden

rund 30% von Kohlekraftwerken (einschließlich Mischfeuerung, Gas und Öl) abgedeckt. Über ein Drittel der Kohlekraftwerke sind älter als 20 Jahre, bei einer Lebensdauer von 25 bis 30 Jahren. Über 70% der Steinkohlekraftwerke haben eine Leistungsfähigkeit unter 300 Megawatt. Zu Zeit sind Steinkohlekraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 9400 Megawatt im Bau. Aber was für die westdeutsche Kapitalistenklasse besonders schwer wiegt, ist, daß zur Zeit Steinkohlekraftwerke mit einer Kapazität von 13400 Megawatt „im Genehmigungsverfahren stecken geblieben sind, und es ist ungewiß, ob diese Kraftwerke am Ende ihren Betrieb aufnehmen dürfen“.

Was die Steinkohle für die Energiekapitalisten erst profitabel macht, ist ein hoher Ausbeutungsgrad der Bergarbeiter und reichlich fließende Subventionen aus Steuergeldern. Allein von 1970 bis 1980 wurde der Steinkohleabbau und Kohlennutzung mit 27 Milliarden subventioniert. Nicht eingerechnet die Milliarden aus dem sogenannten „Kohlepfennig“. Mit diesen Geldern wurde eine unvergleichliche Rationalisierungs- und Konzentra-



Vergleich der kg-Leistungen je Mann und Stunde zwischen der BRD, Großbritannien, Frankreich und Belgien.

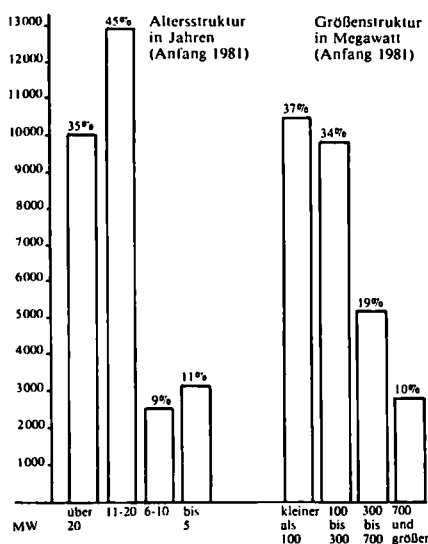
tionswelle im Steinkohlebergbau durchgeführt. „Gegenüber 1957 erbringt der Bergbau heute fast 60% der damaligen Förderung mit rund 30% der damaligen Belegschaft“.

Von 1957 bis 1980 stieg die Leistung je Mann und Schicht von 1,6 Tonnen auf über 4 Tonnen; mehr als doppelt so viel. Die Schichtleistung im Streb hat sich in der gleichen Zeit mehr als

vervielfacht. „Unter vergleichbaren geologischen Verhältnissen wird diese Leistung von keinem anderen Land erreicht“. Dies beruht auch auf einer nahezu vollmechanisierten Kohleförderung (1980: 90%). Zum Vergleich: 1957 waren es 17%. Außerdem nimmt mit zunehmender Teufe, der tiefste Schacht liegt zur Zeit bei knapp 1500m, die Höhe des Kohleflözes zu, was auch einen höheren Ertrag möglich macht. Für die Bergleute heißt das oft, unter unzumutbaren Bedingungen zu arbeiten. 45 bis 50 Grad Hitze und eine Luftfeuchtigkeit von 85 bis 90% sind dabei keine Seltenheit.

Bei der Konzentration der Steinkohleförderung in der Zeit von 1957 bis 1980 auf „leistungsfähige Anlagen“ wurde die Zahl der Schachtanlagen von 173 auf 40 abgebaut. Von den 607300 Beschäftigten im Steinkohlebergbau 1957 sind 1980 ganze 181100 Beschäftigte übrig geblieben.

Der Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus mit seinem Vorsitzenden Dr. Karl-Heinz Bund fordert weitere Rationalisierungen: „Vor allem in dem Kohleabbau nachgeschalteten Bereichen, die zur



Altersstruktur und Größenstruktur der Steinkohlebetriebe in der BRD 1981.

Zeit noch etwa 50% des gesamten Arbeitsaufwand ausmachen. Vor allem in der Kohleveredelung und in der Verwaltung. Hier besteht noch ein großes Produktivitätspotential“.

Quellenhinweis: Veröffentlichungen der Bundesregierung: Bonner Almanach 1973, 1980/81 Mut zur Zukunft, Regierungspolitik 1980-84, Verantwortung für die Zukunft, Sichere Energie für eine lebenswerte Umwelt; Bild der Wissenschaft 2/1980; Jahresbericht des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlebergbaus 1979-81; Wilhelm Meier-Dörnberg, Ölversorgung der Kriegsmarine 1935-45

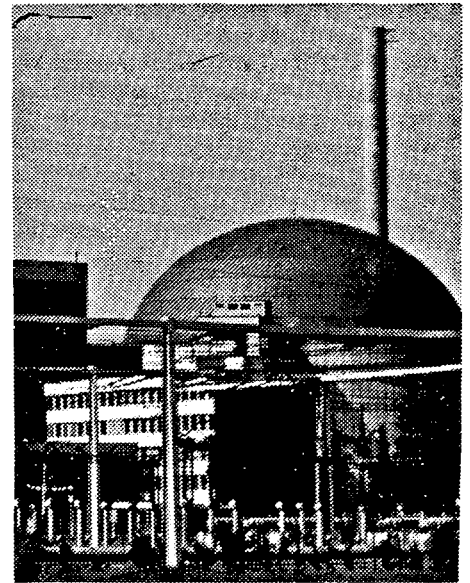
Dieser hohe Anteil von elektrischer Energie hat für die Kapitalisten entscheidende Vorteile: sie erreichen damit einen Vorteil insbesondere bei hochwertiger Technologie, für die stets zunehmende Anteile von elektrischer Energie notwendig werden und die sich die Kapitalisten subventionieren lassen können. Strom läßt sich über das Verteilungsnetz nach bewährter Methode im wesentlichen über die Haushaltstarife finanzieren, während für die Industrie mit Hilfe der Sondertarife Schleuderpreise gelten. Dreh- und Angelpunkt der 3. Fortschreibung des Energieprogramms ist die eindeutige Bejahung und Forderung des zusätzlichen Einsatzes von Kernenergie, um den geplanten Stromzuwachs *billig* zustande zu kriegen. Hierüber besteht im kapitalistischen Lager absolute Einigkeit. Lambsdorff in der Bundestagsdebatte zur 3. Fortschreibung hierzu: „Der breite Konsens in den Grundfragen unserer Energiepolitik ist die Basis dafür, daß in den zentralen Fragen der Kernenergiepolitik mehr Übereinstimmung erreicht werden konnte ... Die Entscheidung, ob ein weiterer Zubau von Kernkraftwerken notwendig ist, ist eine Frage nach den sonst einsetzbaren Alternativen. Wir sind uns alle einig, daß Öl und Gas in Zukunft möglichst weniger und nicht etwa mehr zur Stromerzeugung beitragen sollten.

Bei *Braunkohle* und *Wasserkraft* – beides sehr kostengünstig – ist das Potential in unserem Lande begrenzt. Im übrigen wird die Verfügbarkeit der Braunkohle mittelfristig mit dem Einsatz zur Kohlevergasung eher abnehmen. Der Platz der *Steinkohle* ist – vor allem aus Kostengründen – in der sogenannten Mittellast und nicht in der Grundlast, in der die Kraftwerke rund um die Uhr Strom produzieren. Ein noch stärkerer Ausbau von Kohlekraftwerken als geplant, stößt in unserem dichtbesiedelten Land auf Umweltgrenzen ... Es bleibt dabei: für die Anpassung der Stromerzeugungskapazität an den Bedarf im Grundlastbereich ist *stärkerer Kernenergieeinsatz* notwendig.“ Der Sprecher der CDU, Riesenhuber: „Wenn Zahlen irgendwas bedeuten, dann steht und fällt Ihre Energiepolitik bis 1995 mit dem *Durchsetzen der Kernkraft*.“

Der Sprecher der CSU, Probst, an die SPD gewandt: „Ich würde mich sehr zurückhalten, hier gegen die Kernenergie Stimmung zu machen, wenn ich hinterher doch zustimmen muß, und Sie werden zustimmen!“ In direkter Replik der SPD-Sprecher Reuschenbach: „Sie und Ihre Kollegen haben offensichtlich immer noch nicht begriffen, daß Sie mit der Gretchenfrage an die Koalition oder an die SPD, ja oder nein zur Kernenergie, schon lange ins Leere laufen.“

Noch 1977 bei der 2. Fortschreibung des Energieprogramms war die SPD bezüglich der Kernenergie von der sogenannten „Restbedarfsphilosophie“ ausgegangen, d.h. Bau von Kernkraftwerken nur noch, um den restlichen Bedarf an elektrischer Energie abzusichern. In der 3. Fortschreibung wird der „Zubau von Kernkraftwerken im Rahmen des Bedarfs“ gefordert.

Die Bedarfsermittlung wird den Kapitalisten überlassen: „Das volkswirtschaftlich notwendige Ausmaß des



Kernenergie zur Stromproduktion

Ausbaus wird bestimmt von der tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den weiteren Energieeinsparungen ... und den Investitionsentscheidungen der Wirtschaft.

Lambsdorff: „In diesem Bundestag besteht Übereinstimmung darin, daß die Kernenergie auch *industriepolitisch* (also nicht mehr nur ‚energiepolitisch‘, d. Verf.) von großer Bedeutung ist. Es geht dabei nicht nur um den Einfluß von Kernenergieinvestitionen auf Konjunktur und Beschäftigung. Es geht auch um *wettbewerbsfähige Strompreise* im Vergleich zu unseren Konkurrenten am Weltmarkt. Kernenergie ist in der Grundlast auch bei Einrechnung aller Kosten des Brennstoffkreislaufes neben Braunkohle und Wasserkraft die kostengünstigste Stromerzeugung. Sie wird es in absehbarer Zeit auch bleiben.“

Hinzu kommt: die Entscheidung für einen überproportionalen Anstieg der Stromproduktion erfordert den Einsatz von noch mehr Primärenergie, also den Rohstoffen, aus denen der Strom erzeugt wird. Bereits im letzten Jahr ist der Endenergieverbrauch nur noch um 0,7% gestiegen, während im gleichen Zeitraum zur Erzeugung dieser Endenergie 1,4% mehr Primärenergie benötigt wurde. Das heißt, es werden zunehmend mehr Energieträger

Warum die westdeutsche Bourgeoisie den Schnellen Brüter will

Die Entwicklung der Kernspaltungsreaktoren hat zur Herauskristallisierung dreier Reaktorkonzepte geführt:

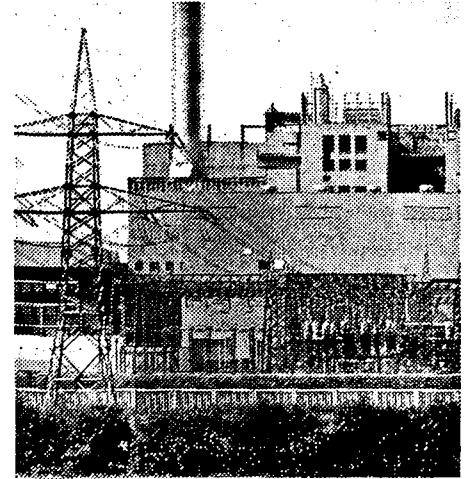
1. Leichtwasserreaktoren (LWR). Sie stellen den Hauptteil der sich derzeit in Betrieb befindlichen Reaktoren. Bereits 1977 stellte die Bundesregierung eine weltweit führende Rolle der BRD in Handel mit dem LWR und seiner Technik fest. Die Herstellung und Anwendung des LWR ist bereits profitabel und privatwirtschaftlich organisiert.

2. Schnelle Brüter (SNR). Neben der Energieerzeugung haben sie die Aufgabe, aus dem nicht spaltbaren, aber in der Natur vorwiegend vorkommenden Uran 238 den spaltbaren LWR-Brennstoff (Uran 235) zu erbrüten. Für diesen Brutvorgang werden schnelle, energiereiche Neutronen benötigt. Es gibt aber noch keinen Werkstoff, der diese Bestrahlung aushält. Diese Materialermüdung verkürzt die Lebensdauer des Reak-

tors; der Chef der Betreibergesellschaft des SNR Kalkar geht von sieben Jahren aus. Zweitens werden besondere Kühlmittel nötig, die die Neutronen nicht abbremsen. Man wählte flüssiges Natrium, das nicht nur hochgradig radioaktiv wird, sondern beim Kontakt mit Wasser oder Luft (Sauerstoff) explosionsartig reagiert (ähnlich wie der Phosphor der Brandbomben des Zweiten Weltkrieges; je mehr Wasser man in die Flammen goß, desto heißer wurden sie). Selbst wenn der Prototyp SNR in Kalkar nur 90% seines Verbrauchs an LWR-Brennstoff erbrütet, besteht doch die Möglichkeit, die Vorräte mit heimisch hergestelltem Uran 235 zu strecken. Die Anfälligkeit der langen Transportwege (USA, Kanada, Südafrika) gerade im Kriegsfall und die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten wäre gemindert.

Zudem ist der SNR die Einlage der BRD beim Poker um große Brutreaktoren und eine weltweit führende Rolle auf diesem Gebiet: „Bei einer Einstel-

lung der Arbeiten (wären) die deutschen Industriefirmen ... nicht mehr in der Lage ..., später etwaige Lizenzen aus einem anderen Land zu nutzen. Darüber hinaus sichert nur die Erfüllung der internationalen Verträge über den SNR 300 die spätere ausländische Beteiligung an einem großen deut-



30000 demonstrierten am 2.10. in Kalkar gegen Schnellen Brüter und HTR

benötigt, um Strom zu produzieren; der Einsatz der Energieträger wird erheblich schneller zunehmen als die durch sie erzeugte Energiemenge. Die 3. Fortschreibung hierzu: „Die deutlich stärkere Zunahme des Primärenergieverbrauchs im Verhältnis zum Endenergieverbrauch erklärt sich vor allem aus dem überproportionalen Wachstum der Elektrizitätserzeugung und den damit verbundenen größeren Umwandlungs- und Transportverlusten“ beim Transport auf dem Leitungsnetz. Das ehrgeizige Programm der westdeutschen Imperialisten, mit dem sie im Endenergiebereich den Stromverbrauch noch erhöhen wollen, wird diese Differenz noch verstärken.

Mit einem Wort: von „rationellem Umgang mit erschöpflichen Rohstoffreserven“ kann keine Rede sein, verschwenderische Energieverluste sind einkalkuliert für eine optimale Ausnutzung der Energieformen in der internationalen Konkurrenz.

Die unbedingte Befürwortung und Forderung nach verstärktem Einsatz der Kernenergie zur Stromgewinnung kann sich nur daraus ergeben, daß die Stromgestehungskosten aus Kernenergie tatsächlich erheblich niedriger liegen als bei Kohle oder anderen fossilen Energieträgern.

Dies gilt nicht für Länder wie z.B. die USA, die im Tagebau an Kohle oder andere fossile Brennstoffe herankommen oder über eigene Ölvorkommen verfügen. Da dies für sie billiger

ist, spielt die Kernenergie für sie eine untergeordnete Rolle. Ganz anders bei den imperialistischen Ländern in Europa bzw. Japan, die außer Großbritannien über keine eigenen Rohstoffquellen verfügen bzw. eigene Rohstoffe nur teuer abbauen können.

Gegenwärtig sind z.B. die Strompreise in Schweden und der Schweiz, wo Strom fast ausschließlich aus Kernenergie und Wasserkraft erzeugt wird, am niedrigsten in ganz Europa. In der Bundestagsdebatte wurde davon ausgegangen, daß die Strompreise in Frankreich 30% billiger als in der BRD



Braunkohle für die Kohlevergasung

sind. Sicherlich stimmt es nicht, daß diese Preise nur wegen des höheren Kernenergieeinsatzes in Frankreich um 30% niedriger liegen (die Preise waren schon immer etwas niedriger, da sie staatlich festgesetzt werden). Nicht von der Hand zu weisen ist aber, daß der massive Einsatz von Kernkraftwerken den französischen Imperialisten für die BRD-Konkurrenten schmerzliche Preisvorteile sichert.

Die Durchsetzung weiterer Kernkraftwerke in der BRD ist zudem die Voraussetzung für eine Steigerung des seit Jahren rückläufigen Exports von Kerntechnologie in die Dritte Welt. Das ist aber das Mittel, von dem sich die Imperialisten angesichts der Energieprobleme der Dritten Welt weitgehende Einmischung und Bevormundung dieser Länder versprechen.

Mit der bedingungslosen Festlegung auf die Durchsetzung der Kernkraftwerke wurde die Dritte Fortschreibung mit einer Allparteienkoalition bereits vor dem Regierungswechsel beschlossen. Die Kritik der CDU/CSU bezog sich auch nur auf mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Programms seitens der SPD. Zur Zielsetzung des Programms stellte die CDU fest, daß damit ihr eigenes Energieprogramm von 1977 verwirklicht worden sei. An Durchsetzungsbemühungen wird es die CDU/CSU/FDP-Regierung wohl kaum fehlen lassen.

Die 3. Fortschreibung stellt als eigentliche Schwierigkeit bei ihrem Pro-

schen Demonstrations-Brüterkraftwerk SNR-II im Gegenzug zu der deutschen Beteiligung am französischen Super-Phenix.“ („Atomwirtschaft“).

Im übrigen bewerten verschiedene Studien das Plutonium aus dem Brutmantel des SNR als höchst interessant für die Waffentechnik, also zur Herstellung atomarer Waffen.

3. Hochtemperaturreaktoren (HTR). Sie sind zur Erzeugung von Wärme für chemische Prozesse, insbesondere Kohleverflüssigung und -vergasung gedacht. Gasförmige und flüssige Brennstoffe sind einfacher zu transportieren und besser in der Handhabung als die nur verlustreich zu verbrennende Kohle. (Dieses führte zusammen mit dem Preisargument zur Ablösung der Kohle durch Erdöl und später Gas.) Doch sind auch hier – insbesondere im Kriegsfall – die Transportwege anfällig. Mit der billigen Wärme des HTR könnte so veredelte Kohle eine sichere Energiequelle werden.

Quellenhinweis: TAZ, 4.2.82.; Energieforschungs- und Energietechnologieprogramm 1977 – 1980, Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Bonn 1977; O. Ahlhaus etc.: Taschenlexikon Energie, Düsseldorf

gramm fest, „die bestehenden Investitionshemmnisse und Akzeptanzprobleme schnell und nachhaltig abzubauen“. Das „Akzeptanzproblem“ besteht in der breiten Bewegung gegen Kernkraftwerke. Zwar tragen Teile dieser Bewegung, z.B. die Grünen, Begründungen zur Ablehnung des Kernenergieprogramms vor, die nicht immer richtig sind. Beispielsweise stimmt die Behauptung, Kohlestrom sei billiger als Kernenergiestrom, allem Anschein nach nicht. Ebenso wenig dürften ihre Strombedarfsprognosen stimmen, da sie nicht berücksichtigen, daß die Imperialisten ihre Energiestruktur völlig umstülpen, weitgehend zugunsten von Strom. Die Grünen gehen hingegen von einem kontinuierlichen Zuwachs des Strombedarfs im Rahmen der letzten Jahresdurchschnitte aus.

Baden-Württembergs Eberle, bei dem das KKW Wyhl zur Entscheidung ansteht, schreibt: „Energie sei der nervus rerum (Lebensnerv) einer Volkswirtschaft“. Daraus ergibt sich die Bedeutung, die gegenwärtig jeglicher Widerstand gegen die imperialistische Energiepolitik hat – sei er auch in seiner Begründung oft falsch: Solange dieser Widerstand nicht durch Koalitionsverheißungen weichgeklopft ist, steht er in einem ganz wesentlichen Punkt den imperialistischen Zielsetzungen zur Erringung weiterer Vormachtstellungen entgegen.

Quellenhinweis: Protokoll der Bundestagssitzung v. 14.1.82; 3. Fortschreibung des Energieprogramms, BT-Drucksache 9/983; Atomwirtschaft Nov. 1980

Lambsdorff berichtet: marktwirtschaftlich gesteuertes Energiesparen erfolgreich

Das Ministerium Lambsdorff legte Anfang September 1982 einen „Energiesparbericht“ vor, der mit der Bemerkung beginnt: „Die grundsätzlich marktwirtschaftliche Steuerung der Energieversorgung hat sich nach Auffassung der Bundesregierung bewährt. Sie gewährleistet jene Flexibilität, die im Hinblick auf die Unsicherheiten der künftigen Entwicklung erforderlich ist. Es kommt hinzu, daß bei der Energieeinsparung die Wirkungen von Markt und Preis einerseits zwar zu den erwünschten tendenziell gleichartigen Zwängen oder Anreizen zu rationellerem Verhalten führen, andererseits aber dem einzelnen Verbraucher nicht von vornherein die Möglichkeit nehmen, die für seine individuelle Situation angemessenen und optimalen Konsequenzen zu ziehen.“

Die allseits gelobte Marktwirtschaft, ergänzt durch Staatsmaßnahmen „zur Beschleunigung des Anpassungsprozesses“ wie etwa Erhöhung der Mineralölsteuer oder der staatlich beaufsichtigten Strompreise, haben dazu geführt, daß der Verbrauch an Primärenergie 1981 um rund 1,2% niedriger war als 1973. Das Ifo-Institut hat festgestellt, daß ohne die Energiesparmaßnahmen der Verbrauch 1980 um 3,5% höher gelegen hätte.

Aber von wegen „gleichartigen Zwängen und Anreizen“. So wurde – der „individuellen Situation“ des „einzelnen Verbrauchers“ angemessen – am 1. April 1981 die Mineralölsteuer für den „Verbraucher“ in der kapitalistischen Industrie um 3,60 DM/hl für schweres Heizöl erhöht, dagegen die Steuer auf Benzin und leichtes Heizöl, die in den Konsum der lohnabhängigen Haushalte eingehen, um 7,00 DM/hl. Das Haus Lambsdorff berichtet erfreut: „Haushalte und Kleinverbrauch: Der Energieverbrauch ging hier allein zwischen 1979 und 1981 um etwa 12,3% zurück. Der Verbrauch an leichtem Heizöl verringerte sich von 1973 bis 1981 um über 20%, obwohl sich die Zahl der Wohnungen erhöht und die Wohnqualität erheblich verbessert hat.“ Nachdem so die zugedrehte Heizung zur „verbesserten Wohnqualität“ gehört, wird ebenso befriedigt festgestellt, daß das Fahrradfahren wieder zu Ehren kommt: „Die Zuwachsraten des Benzinverbrauchs ist insbesondere 1979 deutlich hinter der PKW-Bestandsentwicklung zurückgeblieben. 1981 ist der Benzinverbrauch sogar rd. 6%

gesunken, obwohl der PKW-Bestand (mit Benzinantrieb) um etwa 1,5% zugenommen hat.“

Trotz der marktwirtschaftlich erzwungenen Bemühungen der lohnabhängigen Haushalte beim „Energiesparen“ mußten sie auf andere Ausgaben verzichten, um die gestiegenen Heizungs- und Benzinkosten zahlen zu können. 1973 gab ein 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt 73 DM für Energie aus, das waren 5% aller Ausgaben. 1981 mußte er mit 162 DM monatlich 6,4% seiner Ausgaben dafür aufwenden. Ähnlich beim Benzin: 1973: 39 DM oder 2,7%; 1981: 101 DM oder 4% seiner monatlichen Aufwendungen.

Die Kapitalisten dagegen erhielten Investitionszulagen u.ä. Diese „Zwänge und Anreize“ bewirkten: Von 1973 bis 1981 „ging der Endenergieverbrauch in der Industrie absolut um rd. 12% zurück, während das Nettoproduktionsvolumen um etwa 8% zunahm. Dies zeigt, daß der spezifische Energieverbrauch (d.h. je



Trotz geringerem Verbrauch höhere Ausgaben der Arbeiter für Energie.

Produkteinheit, d. Verf.) in der Industrie deutlich rückläufig ist. Der spezifische Stromverbrauch stieg allerdings leicht an. Diese Entwicklung spiegelt die starke Rationalisierung in den Produktionsprozessen wieder.“ So hat Lambsdorff's marktwirtschaftlich gesteuertes Energiesparen die Lohnabhängigen nicht nur frieren lassen. Über den Strompreis (für die Industrie 1978 der 2,9fache von 1968, dagegen für die Haushalte der 3,4fache) erhielten die Kapitalisten Mittel, um Hunderttausende auf die Straße zu setzen.

Quellenhinweis: Bundestags-Drucksache 9/1953, 7.9.82

Tarifrunde 1982/83 Festgeldforderung

Auf der Arbeitskonferenz der IG Metall am 25.9. in Hamburg gab der 1. Bevollmächtigte, Joh. Müllner, einen Bericht über die Klausurtagung des Vorstandes ab. Für die Tarifrunde 1982/83 hat die Sicherung des Reallohneinkommens absoluten Vorrang, nachdem dies die letzten beiden Jahre nicht gelungen ist. Joh. Müllner sprach sich für eine Festgeldforderung aus, da gerade die unteren Lohngruppen durch die staatliche Gebührenpolitik und die Preissteigerungen die stärksten Belastungen zu tragen haben. Im November entscheidet der Vorstand über Struktur und Höhe der Forderung.

Aktionen für Verbot der Neonazis

Bochum/Bünde. Vom 19. bis 24. September wurde die nordrhein-westfälische Landeszentrale der NPD in Bochum-Wattenscheid belagert. Die von mehreren Gewerkschaften initiierte Aktion richtete sich unter der Losung „Keine Freiheit den Volksverhetzern!“ vor allem gegen die rassistische Propaganda der

Im Rahmen des Friedenszuges der DGB-Jugend Baden-Württemberg fand in Heilbronn am 11.9.82 eine DGB-Demonstration mit 500 Teilnehmern statt. Der Jugendvorsitzende Hägele erklärte in seiner Rede: „Es geht jetzt für das Kapital um die Sicherung der Rohstoffquellen, der Absatzmärkte und Profite ... die Politik des Kapitals äußert sich im Innern durch Lohnabbau, Einschränkungen demokratischer Rechte, Rotstiftpolitik, Bespitzelung von Gewerkschaftskollegen durch den Verfassungsschutz.“

NPD. Etwa 200 Leute bekräftigten auf der Kundgebung zu Beginn der Aktion die Forderungen des Aufrufs nach Verbot der NPD und der „Bürgeraktion Ausländerstopp“, die ihren Sitz in den Räumen der NPD hat. Neben ständigen Wachen fanden an den folgenden Tagen allabendlich Veranstaltungen gegen die Neonazis statt, direkt vor ihrem Haus. – In Bünde, Kreis Herford, wo die NPD noch in diesem Herbst ihren Parteitag durchführen will, hat sich inzwischen ebenfalls ein Aktionsbündnis gebildet, das Gegenaktionen ankündigt.



30000 Argentinier demonstrierten am 22.9. in Buenos Aires unter der Forderung „Brot, Frieden und Arbeit“. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft CGT. Zum ersten Mal seit der Machtübernahme durch das Militär 1976 hatten die Machthaber eine Demonstration der Gewerkschaft erlaubt. Die Demonstranten verlangten „höhere Löhne, keine höheren Preise“, „freie Wahlen“ und „Beendigung der Militärdiktatur“. Auf der Kundgebung übergab der Generalsekretär einem Regierungsvertreter eine Forderungsschrift: Anhebung der Löhne, sofortige freie Betätigung der Gewerkschaften und Freilassung der politischen Gefangenen. Weiter verlangt die Gewerkschaft eine Untersuchung des Malwinen-Krieges und der Auslandsschulden. Ähnliche Kundgebungen fanden in anderen Städten statt. 1981 sind die Einzelhandelspreise um 152% gestiegen. Das Bruttoinlandsprodukt sank um 6,1%, im ersten Halbjahr '82 um 7%. Die Auslandsverschuldung beträgt 38 Mrd. Dollar. Die Militärmachthaber hatten einen Tag vor der Demonstration eine Anhebung des Mindestlohns angekündigt, die CGT hat die Erhöhung als unzureichend angegriffen.

Lehrer setzen Aktionen fort

Bremen. Nach fünf Wochen beendeten die Gymnasiallehrer der Sekundarstufe I den Boykott gegen die vom Bremer Bildungssenator verordnete Mehrarbeit von zwei Stunden pro Woche. Die 250 an der Aktion beteiligten Lehrer müssen mit Disziplinarmaßnahmen durch den Dienstherrn rechnen, erklärten aber, ihren Widerstand gegen die Politik des Bremer Senats fortzusetzen. Die erste Aktion wurde am Schulzentrum Butjadinger Straße mit gewerkschaftlicher Unterstützung durchgeführt, wo 131 Unterrichtsstunden in der Woche ausfallen, obwohl in Bremen 800 Lehrer arbeitslos sind. Zehn arbeitslose Lehrer ersetzen für ein bis zwei Stunden die sonst in den Klassen eingesetzten Lehrer. Vom Bildungssenator wurde diese Aktion sofort für unrechtmäßig erklärt. Als die Schulleitung gegen die Organisatoren ermitteln wollte, erklärten sich 45 Lehrer für diese Aktion verantwortlich.

DGB-Bildungskongreß

Am 11.9.82 führte der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg eine Bildungspolitische Konferenz durch. Delegierte aller 17 Einzelgewerkschaften befaßten sich in drei Arbeitsgruppen mit den Themen: 1. Erziehung: Ziele und Werte, 2. Arbeitnehmerinteressen und Schule, 3. Arbeitnehmerinteressen und Weiterbildung. In der Eröffnungsrede kritisierte IGM-Vorstandsmitglied Hans Preiss die Zielrichtung der Tendenzwende, die

der Schule die Abrichtung des Menschen, d.h. seine Anpassung an die bestehenden Lebens- und Arbeitsverhältnisse, zuweise. Die Zementierung der Dreigliedrigkeit des Schulsystems solle durch einen unhaltbaren Begabungsbegriff abgesichert werden, wonach Begabungen überwiegend angeboren seien und das Begabungs- und Fähigkeitsprofil im Alter von 10 Jahren endgültig entwickelt und feststellbar sei. – Der DGB will, dem Beispiel des bayerischen Landesverbands folgend, jetzt eine Initiative zur Propagierung der integrierten Ganztags Gesamtschule ergreifen. DGB-Ortskartelle sollen gemeinsam mit Eltern und Lehrern die gefährdete Existenz der sechs bestehenden Gesamtschulen in Baden-Württemberg unterstützen und Initiativen zur Errichtung von neuen durchführen.

Streik gegen Betriebsverlegung

Die Belegschaft der Knecht-Filterwerke GmbH in Lorch (550 Beschäftigte) erzwang durch spontanen Streik den Abzug einer mit der Demontage von Maschinen beauftragten Fremdfirma. Teile der Produktion, bei der mit phenolharzhaltigen Stoffen gearbeitet wird, sollen nach Kärnten/Österreich ausgelagert werden. So sollen Umweltschutzaufgaben in der BRD umgangen und gleichzeitig das niedrige Lohngefüge im ländlichen Kärnten ausgenutzt werden. Der Betrieb gehört zu 80% der Mahle-Konzerngruppe, die als sogenannte „Anthroposophen“ vorgeben, stets den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen und z.B. die Waldorfschulen finanzieren.

„Grundlehrgang Metall“

Verschlechterung der Ausbildung in der Metallindustrie wird vorbereitet

Sigmaringen. Vom 1.1.1981 bis 1.1.1982 wurde bundesweit der Bestand an Ausbildungsstellen um 36000 abgebaut, über 250 Ausbildungsplätze im Metallbereich wurden im Raum Sigmaringen, Tuttlingen, Balingen von den Kapitalisten nicht mehr besetzt. Allein die zehn größten Firmen im Arbeitsamtsbereich Balingen besetzten in zwei Jahren 55 Ausbildungsstellen nicht mehr. 63 Schulabgänger konnten 1982 bis jetzt noch nirgends untergebracht werden und sind arbeitslos, das Arbeitsamt gibt aber zu, daß es in Wirklichkeit weit mehr sein können, da sich viele nicht melden.

Die Fürstlich Hohenzollernsche Hüttenverwaltung Laucherthal hat im gewerblichen Bereich (Schlosser, Dreher, Mechaniker) 1980 drei, 1981 acht und 1982 niemand eingestellt, obwohl zuvor immer zehn bis fünfzehn Auszubildende eingestellt wurden. Die Geschäftsleitung klagt über die hohen Ausbildungskosten, 600000 DM im Jahr. Diese Kosten müßten gesenkt werden – gleichzeitig wurden auf Kosten von Grundlehrgängen und Schweißen mehr Produktivarbeiten in die Lehrwerkstatt verlegt. Für das Jahr 1982 wurde nun erstmals von der FHH und dem Arbeitsamt, Außenstelle Sigmaringen, ein „Grundlehrgang Metall“ angeboten, an dem zwölf Jugendliche teilnehmen. Vermittelt wird in einem Jahr: Feilen, Bohren, Reiben, Senken, Schaben, Meißeln, Sägen und Grundkenntnisse an Werkzeugmaschinen. Alles wird jedoch sehr oberflächlich vermittelt. Nach einem Jahr werden die meisten wieder auf der Straße stehen, nur zwei sollen in ein zweites Ausbildungsjahr übernommen werden. Die Kosten des „Grundlehrgang Metall“ trägt voll das Arbeitsamt, was für ein Jahr über 100000 DM sein werden. Der Grundlehrgang wird nicht als erstes Ausbildungsjahr (wie z.B. das BGJ) anerkannt, obwohl dasselbe, aber oberflächlich, vermittelt wird.

Bezahlung erfolgt keine, außer es besteht ein Anspruch nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz.

Mit der Einführung des „Grundlehrgang Metall“ verfolgen die Kapitalisten folgende Ziele:

– Die Ausbildungskosten sollen gesenkt, bzw. auf die Allgemeinheit (Arbeitslosenversicherung) übergewälzt werden. Hauptsächlich über Senkung, bzw. Abschaffung der Ausbildungsvergütung, was wiederum bedeutet, daß die Kosten der Ausbildung voll auf die Eltern übergewälzt werden.

– Die Auslesemöglichkeiten werden verbessert. Nach einem Jahr kann der Betrieb sehen, welche Auszubildenden gut und welche schlecht sind. Das Auswahlkriterium ist dabei die Leistung, was aber auch bedeutet, daß die Auszubildenden vom ersten Tag an in Konkurrenz zueinander treten sollen. Auf kaltem Wege versuchen hier die Kapitalisten, Tarifverträge zu durchbrechen und eine Variation der Stufenausbildung wieder einzuführen, die ja erst nach langen gewerkschaftlichen Kämpfen beseitigt werden konnte. Nach einem Jahr könnten die Jugendlichen auch als Metallwerker eingesetzt werden. Insgesamt werden die Ausbildungsbedingungen und Ausbildungs-



Grundlehrgang Metall: Kenntnisse werden nur oberflächlich vermittelt.

möglichkeiten, aber auch die Qualifikation der Ausbildung verschlechtert.

Die Jugendvertretung der FHH lehnt diese Form der Ausbildung ab. Der Betriebsrat konnte sich noch nicht zu einer einheitlichen Meinung durchringen, weil zum Teil davon ausgegangen wird, daß so Jugendliche von der Straße weggeholt werden können. Der Ortsjugendausschuß der IG Metall Albstadt hat im September beschlossen, Grundlehrgänge der Form, wie sie in der FHH und bei der Firma Hartner (Albstadt) praktiziert werden, auf das Schärfste zu verurteilen. Das Mindeste sei eine Anerkennung als erstes Ausbildungsjahr. Abzulehnen sei auch, Ausbildungskosten auf die Arbeitslosenkasse überzuwälzen. Die Allgemeinheit soll für die Kapitalisten zahlen. Der OJA der IGM fordert: Umwandlung des Grundlehrgangs in reguläre Ausbil-

dungsverträge! Keine weitere Einrichtung solcher Grundlehrgänge! Bezahlung einer Ausbildungsvergütung in Höhe der abgeschlossenen Tarifverträge! Keine Stufenausbildung! Schaffung neuer Ausbildungsplätze! Für eine qualifizierte Berufsausbildung! Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten! In der Zeitung des OJA wird jetzt ein Artikel gegen den Grundlehrgang veröffentlicht. In der nächsten Jugendversammlung und Betriebsversammlung soll die Jugendvertretung Stellung gegen den Grundlehrgang beziehen.

Eine weitere Gefahr, neben der Bezahlung und Anerkennung als erstes Ausbildungsjahr besteht darin, daß jetzt auch andere Firmen einen derartigen Grundlehrgang einrichten wollen. Die Presse spricht von „kostenlosen Ausbildungsmöglichkeiten bei der FHH“. Eine Verschlechterung der Ausbildungsmöglichkeiten ist von der IHK und den Metallkapitalisten geplant und muß verhindert werden.

Fuba

Unwahre Überstundenbegründungen enthüllt

Bad Salzdetfurth/Hildesheim. Durch eine unbedachte (oder bedachte?) Äußerung eines Hauptabteilungsleiters bei Fuba kam heraus, daß Überstundenbegründungen der Geschäftsleitung gegenüber dem Betriebsrat nicht wahrheitsgemäß gegeben wurden. Recherchen der Vertrauensleutkörperleitung ergaben, daß die Kalkulationen der Betriebsleitung auf Grundlage der einzelnen Abteilungen, bzw. Kostenstellen entstehen.

Jede Abteilung muß mit soundsoviel Beschäftigten soundsoviel Aufträge bewältigen können. Angenommen wird ein durchschnittlicher betrieblicher Krankenstand von sieben Prozent. Logischerweise, und das ist der Geschäftsleitung auch bewußt, überschreiten meistens kleinere Abteilungen diesen magischen Prozentsatz. Der Betriebsrat mußte bisher davon ausgehen, daß *nur* der betriebliche Schnitt als Kalkulationsfaktor für Produktivitätsberechnungen herangezogen wurde. Bewußt ist er von der Betriebsführung falsch unterrichtet worden. Bei den Überstundenbegründungen wurden drohende Entlassungen vorgeschoben, falls Termine nicht gehalten werden könnten. Dann müßten Konventionalstrafen gezahlt werden – wie schon häufiger – oder in Aussicht stehende neue größere Aufträge könnten nicht hereingeholt werden.

Ende September enthüllte ein Facharbeiter aus dem Prüfungsbereich Undurchsichtigkeiten während der Be-

triebsversammlung. Er wies nach, daß in seiner Abteilung Entlassungen vorgenommen wurden, weil *Überkapazitäten* abgebaut werden sollten. Drei Monate später mußten Überstunden geleistet werden weil *Unterkapazität* durch einen Krankenstand von 25% herrschte. Drei von zwölf Abteilungsmitgliedern waren krank. Aus seiner Abteilung könne er berichten, daß alles, was über dem Durchschnitt liege, also momentan 18%, trotzdem als produktiver Faktor geführt werde. Eine Arbeiterin, die Mutterschaftsurlaub hat, und ein Arbeiter, der wahrscheinlich frühverrentet werden muß, seien bewußt vorübergehend nicht ersetzt worden, obwohl die Länge ihrer Ausfallzeiten klar war. Hinzu käme, daß

sie auch noch als Lohnkostenfaktor geführt würden, obwohl schon lange die Krankenkasse zahlen würde.

Die Geschäftsleitung äußerte sich zu diesen Angriffen nicht sofort. Erst als der Betriebsrat sein Unverständnis für solche Vorgehensweise zum Ausdruck brachte, meldete sich auch ein Geschäftsführer zu Wort. Ihm sei es völlig unverständlich, wie so etwas passieren konnte. Solche Kalkulationen zu betreiben wäre nicht in seinem Sinn. Tosendes Gelächter der Belegschaft war die Antwort. Der Betriebsrat griff sein Unverständnis auf und verwies auf die nächste Verhandlung. Dort könne man es ja für alle verständlich machen und durch Personalaufstockungen so etwas ja auch verhindern.

1979 reduzierte sich die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte im Bereich Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren um 45,7%, pharmazeutische, kosmetische und medizinische Erzeugnisse um 47,6%, Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen um 24,6%. Während 1978 81% der Einzelhandelsbetriebe 26% des Gesamtumsatzes erzielen, erreichen 1% der Betriebe bereits 32% des Gesamtumsatzes.

Zusätzlich zu dieser Entwicklung wirkt die Reduzierung des Personals in den Warenhäusern und Verbrauchermärkten auf die Beschäftigten im Einzelhandel. Allein der Hertie-Konzern reduzierte die Zahl der Beschäftigten in Westberlin in der Zeit von 1978 bis 1981 von 12400 auf 10500. Mitte September wurde die Schließung von zwei Hertiekaufhäusern mit ca. 250 Beschäftigten angekündigt.

Gerade im Bereich der Warenhäuser und Verbrauchermärkte hat sich der Aufbau der Teilzeitarbeitsplätze schwungvoll entwickelt. Nach Untersuchungen des Betriebsrates der Fa. Albrecht Discount (Aldi) liegt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 1980 bei 70%. Mit Umsatzprämien treibt Aldi die Beschäftigten zu Höchstleistungen. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer liegt bei drei bis fünf Jahren. Stichproben haben in einigen Filialen einen Fluktuationsgrad von 100% in 18 Monaten ergeben.

Im Hertie-Konzern lag die Fluktuation 1980 bei 22%. Die verstärkte Einführung der computergesteuerten Warenwirtschaft und die „Ausdünnung“ des Verwaltungsbereiches nach Methoden der Unternehmensberatungsfirma Mc. Kinsey Gemeinkostenwertanalyse haben diese Entwicklung erheblich beschleunigt.

Erstmals seit Jahren haben die Gewerkschaften HBV und DAG in diesem Jahr das Angebot der Einzelhandelskapitalisten für die Tarifrunde gemeinsam abgelehnt. War es in den letzten Jahren so, daß zumindest die DAG Tarifverträge abschloß, auch wenn die Forderungen nicht annähernd erfüllt wurden, so schafft die einheitliche Ablehnung des diesjährigen Angebotes gute Voraussetzungen für einheitliche, vor allem aber erfolgreiche Aktionen.

Nachdem im September die Beschäftigten des Zentrallagers der Fa. Bolle einen über vierstündigen Warnstreik durchführten, fanden in den nahe zusammenliegenden Warenhäusern zeitgleiche und langandauernde Betriebsversammlungen statt. So mußten sich z.B. einige hundert Besucher des größten Kaufhauses auf dem europäischen Kontinent, dem KaDeWe, bis 12.45 Uhr gedulden, ehe die Pforten geöffnet wurden. Nach den Aktionen im Be-

Einzelhandel

Über drei Monate schon tarifloser Zustand im Westberliner Einzelhandel

Westberlin. Seit dem 1. Juli dieses Jahres sind die Tarifverträge im Westberliner Einzelhandel ausgelaufen. Mit Nachdruck hatten die Gewerkschaften HBV und DAG in Vorbereitung der Tarifrunde die überproportionale Anhebung der Löhne und Gehälter für die Einzelhandelsbeschäftigten gefordert; die Gewerkschaft HBV geht mit einer Festgeldforderung von 150 DM für alle in die Verhandlung. Daß die Westberliner Einzelhandelskapitalisten trotz zahlreicher Aktionen beider Gewerkschaften die überproportionale Anhebung bislang verweigern und bei einem Tarifangebot von umgerechnet z.B. 80 DM für eine gelernte Verkäuferin in der Endstufe die Verhandlungen abbrechen können, liegt wesentlich an zwei Entwicklungen.

1970 waren im Westberliner Einzel-

handel noch 107557 Arbeitskräfte beschäftigt. Zehn Jahre später sind es noch 89260. Allein in der Zeit von 1970 bis 1977 hat sich die Zahl der Betriebe um ca. 25% reduziert. 1979 existierten noch 15729 Ladengeschäfte insgesamt, 6861 verschwanden seit 1968. Gleichzeitig stieg jedoch die Verkaufsfläche von 1970 = 2,6 Mio. qm auf 1977 = 2,8 Mio. qm. Der Umsatz stieg im gleichen Zeitraum von 8,2 Mrd. DM auf 12,4 Mrd. DM. Fazit der 70er Jahre: 51% höhere Umsätze, 8,2% mehr Verkaufsfläche, 21% weniger Beschäftigte, wovon in einer Reihe von Betrieben mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze als Teilzeitarbeitsplätze eingerichtet wurden.

Welche Rolle dabei Warenhäuser und Verbrauchermärkte spielen, zeigen folgende Entwicklungen: Von 1968 bis



Kaufhof senkt betriebliche Altersversorgung, Hertie den Personalrabatt

reich Wilmersdorfer Str. und Tauentzienstr./Kurfürstendamm sind gleiche Aktionen für den Bereich Karl-Marx-Str. und Schloßstr. geplant. Auf außerordentlichen Mitgliederversammlungen haben die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder des Bereichs Einzelhandel über die Fortführung von Kampfkaktionen beraten.

Die kommenden drei „verkaufsstarken“ Monate bieten hervorragende Möglichkeiten, die Einzelhandelskapitalisten wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen und eine überproportionale Anhebung der Löhne und Gehälter durchzusetzen.

Daß Streikmaßnahmen trotz des relativ niedrigen Organisationsgrades im Bereich Einzelhandel breit unterstützt werden, haben die Tarifauseinandersetzungen vor drei Jahren gezeigt, die nur durch das Aussteigen der DAG beendet werden konnten. Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt dieser Auseinandersetzungen war auf jeden Fall der große Zugang neuer Mitglieder für die Gewerkschaft HBV.

Veranstaltungsverbot CSU: Neonazis sind „unpolitischer Natur“

München. Am 26.9.80 fand der faschistische Oktoberfest-Anschlag in München statt. Anlässlich dessen hatten unter der Parole „Es klagen an“ Opfer des Terroranschlags und von der CSU-Staatsregierung politisch Verfolgte eine Kundgebung angemeldet.

Eine Aktionseinheit von politischen Organisationen wurde nicht gewünscht. Das CSU-Kreisverwaltungsreferat verbot diese Kundgebung mit folgender Begründung: Beleidigungen des Ministerpräsidenten Strauß stünden eventuell in Aussicht; der Oktoberfest-Anschlag sei laut Landeskriminalamt „unpolitischer Natur“ gewesen, während die Veranstalter wider besseren Wissens behaupten würden, er sei von Neonazis durchgeführt worden und die Kundgebung ginge „verkehrstechnisch“ nicht, weil ja Oktoberfest sei. Die erste Instanz des Bayerischen Verwaltungsgerichts bestätigte das Verbot in vollem Umfang, die zweite Instanz hielt die „Verkehrsprobleme“ für ausreichend, das Verbot aufrechtzuerhalten.

Daraufhin meldeten die Veranstalter jetzt die Kundgebung erneut an auf den 9.10., weil da ja die „Verkehrsprobleme“ entfallen würden, zugleich gewannen sie 2 SPD-Landtagsabgeordnete, die anstelle der verbotenen Kundgebung zu einer Veranstaltung am 26.9. am selben Ort aufriefen. Diese Veranstaltung durfte stattfinden. Die



Etwa 1000 Menschen nahmen an der Ersatzveranstaltung gegen den Oktoberfestanschlag teil

1000 Menschen, die daran teilnahmen, dürften darüber aber nicht so glücklich gewesen sein, weil diese SPD-Kundgebung sicher nicht den Intentionen der ursprünglichen Veranstalter entsprach.

Die ganze Angelegenheit wurde als ein „bayerisches Problem“ der „autoritären Staatsführung des Herrn Strauß“ aufgeworfen. Damit trat in den Hintergrund, was sich die Reaktion erst einmal über ihre Gerichte hatte bestätigen lassen und auch vorläufig durchgesetzt hat: 1. Das Demonstrationsrecht wurde beseitigt. 2. In diesem Land hat jeder davon auszugehen, daß es keine faschistischen Organisationen und Banden gibt. Wer „wider besseren Wissens“ etwas anderes darüber weiß, darf das nicht öffentlich äußern. 3. Auf dieser Grundlage kann gegen die Gewerkschaften vorgegangen werden, die nach wie vor von der Täterschaft der Neonazis in ihrer Berichterstattung ausgehen.

Die Reaktion hat damit bereits die Notstandsgesetzgebung in Anwendung, die staatliche Willkür weit über die existierende Ausbeuterordnung hinaus ermöglicht.

NRW „Ruhrgebietsoffensive“ der CDU

Essen. Einige Mühe will die CDU investieren, um erneut in größerem Umfang im Ruhrgebiet Fuß zu fassen. Seit Mitte der 50er Jahre stellt sie in keiner der 13 Großstädte des industriellen Ballungszentrums mit rund 5,3 Mio. Einwohnern mehr den Oberbürgermeister. Ein Direktmandat in einem der Bundestagswahlkreise des Ruhrgebiets hat sie ebenfalls lange nicht mehr erreicht. Bei den letzten Bundestagswahlen lag der Stimmenanteil der CDU bei

31,9%. Er ist in dem Maße zurückgegangen, wie der Einfluß der eng mit der CDU verflochtenen katholischen Kirche, der auch in der Arbeiterbewegung beträchtlich war, zurückgedrängt wurde. Jetzt soll der Aufwind, den die Unionsparteien seit einigen Jahren verzeichnen, auch im Ruhrgebiet für die „Wende“ sorgen.

Vorgeschmack für den Wahlkampf der Bundestagswahlen, der Kommunalwahlen 1984 und der Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag 1985 waren die „Ruhrtage“ der CDU vom 26. September bis 2. Oktober. Auf Initiative des rheinischen CDU-Vorsitzenden und Kohl-Günstlings Worms traten fast alle Spitzenpolitiker der CDU auf über 200 teilweise auf bestimmte „Zielgruppen“ ausgerichteten Veranstaltungen auf.

Die CDU wollte sich damit als „große lebensfrohe und optimistische Volkspartei“ darstellen, so Worms in Anklang an beste Volksgemeinschaftsmanner. Dabei nutzt die CDU erneut die nach wie vor enge Verbindung mit der katholischen Kirche.

Seit Jahren führt die katholische Kirche Kampagnen gegen die „gleichmacherische Schulpolitik der SPD-Landesregierung“ und weitet den Einfluß ihrer kirchlichen Privatschulen aus. CDU-Vorsitzender Kohl unterstützte bei der Eröffnung der Ruhrtage in Gelsenkirchen die vom Ruhrbischof Hengsbach initiierte Kampagne für eine erneute Verschärfung des Abtreibungsverbotes und gegen die Einrichtung einer Pro-Familia-Beratungsstelle mit angeschlossener Klinik in Essen. Bietet dies doch genügend Möglichkeiten, „Verzicht“ und „Selbstbeschränkung“ der Familien der Lohnabhängigen zu propagieren.

Den Schwerpunkt legt die CDU aber auf „eigenes Profil“ vor allem in punkto Wirtschaftspolitik. Die mit 10,2% überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet muß zur Begründung der Notwendigkeit, „Investitionshemmnisse“ zwecks „Gesundung des Reviers“ aufzuheben, herhalten. CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender Biedenkopf schlug auf dem Parteitag der CDU-Westfalen regional unterschiedliche, den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßte Tarifaabschlüsse vor. Die CDA-Rheinland tritt für stärkere Umwandlung von Lohnbestandteilen in vermögenswirksame Leistungen, also in Kapital, ein.

Weil offensichtlich alle Bank- und Vorstandsetagen gewohnte CDU-Spitzenpolitiker Schwierigkeiten damit haben, solche Absichten als Interesse der Lohnabhängigen auszugeben, ließ Biedenkopf extra ein Sprach-Brevier mit Tips für einfaches Auftreten herausgeben. Und Worms ließ sich von Wirten ausführlich über „gängige Kneipengespräche“ unterrichten.

Krankenhausträger erpressen die Beschäftigten mit „Patienteninteressen“

Im Dezember 1981 veröffentlichte das Ministerium für Arbeit- und Sozialordnung einen Referentenentwurf für ein neues Arbeitsschutzgesetz. Darin waren als zwingende Vorschriften u.a. vorgesehen:

- eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden, wöchentlich maximal 40 Stunden
- Beschränkung der Nachtschicht auf ebenfalls acht Stunden
- eine arbeitsfreie Zeit zwischen zwei Schichten von mindestens elf Stunden
- Pausen müssen Freizeit sein in dem Sinne, daß man den Arbeitsplatz verlassen kann, auch nachts
- Frauen dürfen keine schwere Lasten über 15 kg heben und tragen
- Bereitschaftsdienste, die die Arbeitszeit auf 36 bzw. 24 Stunden erhöhen, sind unzulässig.

Der Entwurf stieß auf die herbe Kritik der Krankenhausträger, vertreten durch ihren Spitzenverband, die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Unter Berufung auf das Wohl der Patienten wollen sie die katastrophalen Verhältnisse in den Krankenhäusern aufrechterhalten, für die sie selbst verantwortlich sind. Wir zitieren aus ihrem Schreiben an die Bundesregierung von März 1982:

„Die DKG lehnt die im Referentenentwurf vorgesehenen Regelungen ab, weil es nicht notwendig ist, sie neu und wie entworfen zu kodifizieren. Die vorgesehenen Bestimmungen für die Arbeitszeit werden vor allem infolge der Verkürzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit und Beschränkung der Nachtarbeitszeit auf acht Stunden die Arbeitsbedingungen für den einzelnen Mitarbeiter nicht verbessern; sie werden darüberhinaus die Bedingungen für Humanität in der Patientenversorgung wesentlich verschlechtern ... In den Krankenhäusern läßt sich ein Schichtdienst, wie er in der Industrie in einem Acht-Stunden-Takt üblich ist, wegen des dadurch bedingten häufigen Wechsels der Bezugspersonen für den

Patienten nicht organisieren. Es würde zeitweise zu personeller Überbesetzung führen. Unwirtschaftlichkeit wäre damit vorprogrammiert.

Enge Vorgaben über Pausenregelungen, arbeitsfreie Zeiten und Deklaration der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit würden darüberhinaus nicht nur zu einem weiteren Bedarf an Pflegekräften und Ärzten führen, sondern auch erhebliche Mehrkosten verursachen ...

Die absolute Beschränkung der schweren Arbeiten, insbesondere das Verbot für weibliche Arbeitnehmer, schwere Lasten von über 15 kg zu heben, kann im Krankenhaus überhaupt nicht eingehalten werden ... Die vorgesehenen Regelungen würden zu Kostensteigerungen führen, die mit der derzeit prekären Finanzlage im Gesundheits- und Krankenwesen nicht zu vereinbaren sind.

Die DKG bittet die Bundesregierung, auf die Kodifizierung eines neuen und umfassenden Arbeitsschutzrechtes und insbesondere der entworfenen Regelungen zu verzichten.“

Die am 21. Juli 1981 herausgegebene Neufassung des Gesetzentwurfs hat die Einwände der Krankenhausträger berichtigt:

„Das neue Arbeitszeitkonzept besteht im wesentlichen darin, daß nur

Ärztewahlwahlen in Baden-Württemberg: Liste gegen reaktionäre Standespolitik

Mannheim. Zwischen dem 5. und 11. November finden in Baden-Württemberg die Wahlen zur Bezirksärztekammer statt. Zum ersten Mal kandidiert hier gegen die bisherige von standespolitischen Interessen und persönlichen Bekanntschaften geprägten Liste eine oppositionelle Ärzteliste auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform. In einigen Bundesländern (Hessen, NRW, Saarland, Hamburg) kandidierten solche fortschrittlichen Listen ebenfalls erstmals und mit großem Erfolg. Die baden-württembergische Plattform wurde auf mehreren Treffen diskutiert und beschlossen. Innerhalb kürzester Zeit fanden sich die notwendigen 80 Personen bereit, die Liste mit ihrem Namen zu unterstützen. Noch etliche erklärten die Bereitschaft, die Liste zu unterstützen, so daß aus dem bisher angesprochenen Personenkreis schon mit einer guten Wahlbeteiligung gerechnet werden kann. Veranstaltungen zur Klärung von Sachfragen sowie die Zusammenarbeit mit ähnlichen Listen anderer Bundesländer sind geplant.

Die Plattform richtet sich in der Hauptseite gegen die reaktionäre

Standespolitik, die innerhalb der Ärztekammer betrieben wird, nicht geklärt ist die Frage der Funktion und Notwendigkeit der Kammern überhaupt. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, unterstehen der staatlichen Aufsicht und haben dadurch erhebliche Machtbefugnisse und großen Einfluß auf alle das Gesundheitswesen betreffenden Gesetzesmaßnahmen. Ihre Aufgabe ist „die Vertretung und Förderung der Berufsinteressen, die Überwachung der Erfüllung der Berufspflichten, die Weiterbildung ... sowie die Behandlung aller Angelegenheiten, die den Beruf, die Pflege des Gemeinsinns innerhalb des Berufes, die Wahrung der Berufsehre und die Mitwirkung bei den in Betracht kommenden Gebieten der öffentlichen Gesundheitspflege und der Volkswirtschaft betreffen ...“.

Die „unabhängige Liste demokratischer Ärzte“ dagegen spricht sich ausdrücklich für eine „konstruktive Zusammenarbeit von Ärzteschaft, den anderen Berufsgruppen im Gesundheitswesen, den Sozialversicherungen und ihrer Gewerkschaften“ aus, um ihr Ziel, „soziales Gesundheitswesen mit demokratischen Arbeitsbedingungen“



zu erreichen, und hat dazu eine Reihe von Forderungen aufgestellt zu den Schwerpunkten Krankenhaus, Kassenpraxis, Aus-, Fort- und Weiterbildung, § 218, Psychiatrie, Medizin und Industrie, Umwelt und Gesundheit, Präventiv-, Arbeits- und Sozialmedizin sowie Kriegsgefahr und Gesundheitswesen. Die ÖTV unterstützt die Aktivitäten der Ärzte der unabhängigen Liste an verschiedenen Punkten. Eine Reihe der Ärzte, die kandidieren, sind gewerkschaftlich organisiert.

wenige Höchstgrenzen für die zulässige Arbeitszeit festgelegt werden und dieser Gesetzesrahmen durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen oder Arbeitsvertrag ausgefüllt werden kann. Zur weiteren betrieblichen Flexibilität sollen Ausnahmemöglichkeiten durch die zuständigen Überwachungsbehörden beitragen.“ (aus dem Kommentar zum Entwurf vom 21.7. 1982).

Ein Beispiel für die Handhabe dieses Konzeptes sind die Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages zur Neuregelung der Bereitschaftsdienste im Krankenhaus.

Erst in der fünften Runde der Verhandlungen einigten sich die Arbeitgeber und die Gewerkschaften auf eine Reduzierung der Bereitschaftsdienste auf höchstens siebenmal im Monat und auf eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden im Anschluß an einen zwölfstündigen Bereitschaftsdienst nach einem siebeneinhalbstündigen Tagdienst (ausschließlich Pausen).

Für die Ärzte ist eine Verkürzung der Dienstzeit von bisher 32 auf immerhin 24 Stunden vorgesehen. Die Erklärungsfrist für den Vertrag läuft bis zum 4.11. 1982. Wenn er tatsächlich in dieser Form abgeschlossen würde, wäre dies – obwohl nur Minimalforderungen durchgesetzt wären – ein Erfolg.

Die Arbeitgeber und die Krankenhausträger versuchen stets, die berechtigten Forderungen des Krankenhauspersonals als Angriff auf die Patienten hinzustellen und über diese Spaltung die Verbilligung der medizinischen Versorgung voranzutreiben.

Das Gerede von der Patientenversorgung und den „Bezugspersonen“ entpuppt sich als glatte Lüge angesichts der Überfüllung der Krankenhäuser und der Drangsalierung des Personals mit Überstunden. Nach der Plusminuslogik der Arbeitgeber leidet kein Patient, wenn er von völlig übermüdeten Ärzten operiert wird.

Der Patient, der zur Aufnahme ins Krankenhaus kommt und dort stundenlang ohne Mahlzeit auf einem harten Stuhl in der Halle auf sein Bett warten muß, soll glauben, die Schwestern hätten ihn vergessen. Daß bei der derzeitigen Personallage die Patienten ihre „Bezugsperson“ kaum zu Gesicht bekommen, entspricht in keinsten Weise den Vorstellungen des Personals von Krankenpflege.

Daß es zum Heben und Tragen der Patienten Apparaturen gibt und daß das Betten Schwerkranker mit drei Pflegepersonen statt einer auch für den Patienten angenehmer ist, das wissen die Krankenhausträger auch. Beides kostet aber Zeit und Geld, während sie die Gesundheit des Personals und der Patienten noch umsonst verschleißen können.

Rekrutengelöbnisse: Auch ohne Großer Zapfenstreich reaktionär

Braunschweig. Als eine seiner letzten Amtshandlungen hat SPD-Minister Apel neue Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr erlassen. Der Traditionserlaß von 1965 sei überholt und enthalte historisch unhaltbare Passagen. Der „Große Zapfenstreich“ sei eine „Überlieferung aus vordemokratischer Zeit“. Ihn soll es in Zukunft in Zusammenhang mit Eid und Gelöbnis nicht mehr geben.

Festhalten und ausbauen will Apel Rekrutengelöbnisse in Fabriken. Mit



Demonstration gegen die öffentliche Vereidigung in Osterode am 2.9. 1982

den Richtlinien solle den Soldaten klar gemacht werden, daß es keine „Werte des ewigen Soldatentums“, sondern nur Orientierung daran gebe, wofür Streitkräfte kämpfen. Maßstab für die Tradition der Bundeswehr sei der Geist des Grundgesetzes.

Die massive Durchführung von Rekrutengelöbnissen mit militärischem Zeremoniell in der Öffentlichkeit aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der Bundeswehr hatte 1980 zu scharfen politischen Auseinandersetzungen geführt. Dies war nicht nur in größeren Städten wie Bremen, Hannover usw. der Fall, sondern auch, als ländliche Gebiete mit einer Welle von Rekrutengelöbnissen überzogen wurden, zuletzt einige niedersächsische Städte an der Grenze zur DDR (s.a. Pol. Ber. 18 und 19/82). An diesen Gegenaktionen, die die feierlichen Gelöbnisse als Teil der Kriegsvorbereitungen der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie angegriffen, waren auch Teile der Gewerk-

schaftsbewegung und der Sozialdemokratie beteiligt.

Apels jetzige Maßnahmen, die vom niedersächsischen Bundesratsminister und CDU-Vorsitzenden Hasselmann, Hauptmann der Reserve, als „Beitrag zur Sinnentleerung von Eid und Gelöbnis“ angegriffen werden, als Zugeständnis an die Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen oder gar als politischen Rückzug zu werten, ist sicher verfehlt. Apel verlangt stärkere Orientierung auf den Geist des Grundgesetzes. In dessen „Geist“ lautet das Soldatengesetz (§7) und die Gelöbnisformel, der Soldat habe „Recht und Freiheit“ des „deutschen Volkes“ „tapfer zu verteidigen“.

Der Frage, was „deutsches Volk“ ist, geht ein Aufsatz in der „Neuen Zeitschrift für Wehrrecht“ 3/82 nach. Der Verfasser kommt nach Erörterung der Verwendung des Begriffs im Grundgesetz zu dem Schluß: „Es muß deshalb festgestellt werden, daß die Pflicht des Soldaten zur Verteidigung von Recht und Freiheit sich nicht nur auf das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland erstreckt, sondern auch auf den Teil des deutschen Volkes, der nicht innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik wohnt.“ Die Orientierung an solchen gesetzlich fixierten Kriegszielen, die nach wie vor *Inhalt* der Rekrutengelöbnisse sind, zu bekämpfen, bleibt eine wichtige Aufgabe.

Sozialgerichte Starke Zunahme der Klagen

München. Im ersten Halbjahr 1982 wurden bei den sieben bayerischen Sozialgerichten insgesamt 14445 Klagen erhoben, das sind 1654 Klagen oder 12,9% mehr als im ersten Halbjahr 1981. Am meisten zugenommen haben Streitsachen aus der Arbeitslosenversicherung (36,2%), der Rentenversicherung der Arbeiter (18,5%) und aus dem Schwerbehindertenrecht (17,1%). Schon 1981 betrafen von den neu eingereichten Klagen am häufigsten Angelegenheiten der Rentenversicherung (34%) sowie die Feststellung der Behinderteneigenschaft (21%).

Sozialminister Pirkel führt diese starke Zunahme der Klagen einfach auf die „lang anhaltende ungünstige Wirtschaftslage“ zurück. Daß die Ursache in den Gesetzesmaßnahmen der Bundes- und Länderregierungen und den verschärften Verfahrensbestimmungen z.B. der Arbeitsämter liegt, die zu enormen Kürzungen der Sozialleistungen geführt haben, darüber versucht er hinwegzutäuschen. Viele Arbeiter sind in eine solche Notlage geraten, die sie

durch einen Gerichtsentscheid hoffen, bessern zu können.

Sieht man sich allerdings den Ausgang der Prozesse 1981 an, so besteht keine große Hoffnung auf Besserstellung aufgrund eines Gerichtsentscheids. Insgesamt 45% wurden durch Zurücknahme der Klage „erledigt“. Einen vollen Erfolg erreichen nur 11% der Kläger vor den Sozialgerichten. Auch die Berufungen haben zugenommen vor den Landessozialgerichten. Hier endeten 1981 85% aller abgeschlossenen Verfahren ohne Erfolg.

Zeitlich dauern die Klagen so lange, daß schon deshalb viele Kläger müde werden. Von den 1981 erledigten Klagen lag bei jeder fünften Klage die Klageerhebung 12 bis 18 Monate zurück, und bei jeweils 9% der Verfahren mußten die Kläger 18 bis 24 Monate bzw. länger als zwei Jahre auf eine gerichtliche Entscheidung warten. Sind sie z.B. schwerbehindert, können eigentlich nicht voll arbeiten, müssen sie es aber, solange die Behinderung nicht anerkannt ist.

Zuständig sind die Sozialgerichte für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung, der Kriegsopferversorgung sowie anderer gesetzlich zugewiesener Rechtsgebiete, wie Lohnfortzahlung, Pflegegeld an Zivilblinde, Kindergeld, Schwerbehindertenrecht, Soldatenversorgung, Impfschäden und Entschädigung der Opfer von Gewalttaten.

Quelle: Statistische Berichte des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung Nr. 2/82 und Halbjahresstatistik 1982.

Niedersachsen

Abbau der Leistungen in Kindertagesstätten

Hannover. Knapp 6000 Eltern, Kinder und Erzieher nahmen am 27.9.82 an einem Laternenumzug zum Rathaus teil. Dort tagte zur gleichen Zeit der Jugendwohlfahrtsausschuß, auf dessen Tagesordnung drastische Kürzungen im Bereich der Kindertagesstätten (700000 DM weniger im Ansatz für 1983) standen. Aufgerufen hatten die ÖTV und die auf örtlicher Ebene inzwischen zusammengeschlossenen Elternvertreter.

Die geplanten Maßnahmen der Stadtverwaltung:

- Die Gruppenstärke soll heraufgesetzt werden, für die Krabbelstuben (18 Monate bis 3 Jahre) auf 15 Kinder (bisher 10); für den Kindergarten (3 bis 6 Jahre) auf 24 Kinder (bisher 20), für den Hort (6 bis 10 Jahre) auf 20 Kinder.

- Gleichzeitig sollen die Gruppen nicht mehr von zwei Fachkräften (einer



Demonstration am 27. September in Hannover

Erzieherin und einer Kinderpflegerin in Ganztagsgruppen), sondern nur noch von einer Fachkraft und einem Vorpraktikanten betreut werden.

- Die Reinigung soll privatisiert werden.

- Die Küchenhilfen sollen grundsätzlich nur noch drei Stunden täglich arbeiten dürfen.

Alles Maßnahmen, die jeglichen pädagogischen Ansatz in der Arbeit zunichte machen. Außerdem werden so Voraussetzungen geschaffen, in den Gebieten, wo ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung stehen, wegen „Unterbelegung“ Gruppen zu schließen. Das wird am schnellsten bei den Hortgruppen durchschlagen. Gleichzeitig wird durch die Reduzierung der Arbeitszeit beim Küchenpersonal nicht einmal mehr die körperliche Entwicklung der Kinder gewährleistet, da dann, wie schon in einigen Einrichtungen, überall auf Folienessen oder Gefrierkost zurückgegriffen werden muß.

Auf der Kundgebung vor dem Rathaus wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der diese Sparmaßnahmen angegriffen wurden und auch die seit 1.8.82 in Kraft getretene Erhöhung der Elternbeiträge (z.B. für einen Krippenplatz, 8 Wochen bis 18 Monate) von 140 DM/Monat auf 320 DM/Monat. Statt dessen wird gefordert, daß die Bedingungen der städtischen Kindertagesstätten, die relativ gut ausgestattet sind (und die schätzungsweise nicht einmal 8% der Kindergartenplätze stellen) im Gegensatz zu den Kindertagesstätten in freier Trägerschaft für alle erreicht werden. Eltern und Erzieher haben für die nächste Zeit regelmäßige Zusammenkünfte vereinbart, um geschlossen vorgehen zu können. Auf einer Delegiertenversammlung der Eltern aller hannoverschen Kindertagesstätten soll erstmals eine regelmäßig arbeitende Elternvertretung gewählt werden.

Studenten

Amnestiegesetz abgelehnt

Heidelberg. Im Landtag von Baden-Württemberg hatten SPD, FDP und Grüne Anträge für eine Amnestie zugunsten verurteilter Studentenvertreter und des Heidelberger Rechtsanwalts Härdle eingebracht. Der Gesetzentwurf der SPD sah eine Amnestie für alle Strafen im Bereich der Hochschulen für die Jahre 1975-1980 vor. Am 15.9.82 hat der Landtag abschließend über diesen Gesetzentwurf und ähnliche Anregungen von FDP und Grünen beraten. Nach Debatte wurden alle Anträge abgelehnt. 57 CDU Abgeordnete stimmten dagegen, 25 Abgeordnete der SPD, FDP und der Grünen dafür, 7 Abgeordnete von SPD und FDP enthielten sich. CDU-Mann v. Trotha sagte: „Wer die Hochschulreife – ich betone Reife – erworben hat, wer das Privileg wahrnimmt, zu studieren, und wer sich auf Führungspositionen in dieser Gesellschaft vorbereitet, von dem muß man auch die nötige Einsicht in das Gewaltmonopol des Staates erwarten können.“ Die CDU glänzte ansonsten durch beleidigende Zwischenrufe in der Debatte.

Der Abgeordnete Heimann (Grüne) schlug vor, das Motto „Dem lebendigen Geiste“ der Universität Heidelberg in „Dem toten Punkt“ umzubenennen. Er führte im einzelnen aus, für welche lächerliche Tatbestände, nämlich Diskussionsforderung, in Heidelberg Studenten zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Er setzte sich auch dafür ein, wenigstens vorliegende Gnadengesuche zu genehmigen. Solche Gesuche liegen zugunsten der ehemaligen Germanistikstudenten Sautmann, Koepsell und Schmitt vor, die rechtskräftig zu Gefängnisstrafen zwischen 17 und 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt sind. Bisher sind die Strafen nicht vollstreckt. Justizminister Eyrich antwortete darauf: „Wenn diese Fälle im Gnadenverfahren aufgegriffen werden ..., dann dürfen sie unter keinen Umständen anders behandelt werden, als andere Gnadenfälle, die wir haben, weil wir sonst möglicherweise eines Tages dem Vorwurf ausgesetzt werden, im Gnadenrecht die Gleichheit vor dem Gesetz nicht gewahrt zu haben.“

Im Klartext heißt dies, daß die CDU-Regierung die drohende Inhaftierung jetzt schnell durchsetzen will. Von Trotha: „Wir setzen auf die Durchsetzbarkeit und die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates auch und gerade an den Hochschulen. Wenn wir beides gewährleisten können, dann haben wir für den Rechtsfrieden das getan, was ihm wirklich dient.“

Ein halbes Jahr CDU-Politik in Neumünster: Die Liquidierung fortschrittlicher Jugendarbeit ist das Ziel

Neumünster ist eine der vier kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein und hat 85000 Einwohner. Seit der letzten Kommunalwahl im März 1982 hat die CDU die absolute Mehrheit in der Ratsversammlung. Schon in ihrer Wahlkampfzeitung hatte die CDU den fortschrittlichen Jugendverbänden den Kampf angesagt: „Jetzt kommt es darauf an, nach einer inhaltlichen Bestandsaufnahme dort Korrekturen vorzunehmen, wo die SPD mit Unterstützung der FDP ideologisch begründete Fehlentwicklungen verursacht hat. Dabei gilt für uns: Weniger staatliche ‚Beglückung‘, mehr freie Initiative!“

Einer der ersten Beschlüsse der neuen CDU-Mehrheit war, die städtischen Zuschüsse für die Jugendarbeit mit einer 15%-igen Haushaltssperre zu belegen. Die städtischen Bezirksjugendheime mußten Honorarkräfte für die Jugend- und Kinderarbeit entlassen und die Programmangebote einschränken. Betroffen davon ist auch der Stadtjugendring, der neben Seminararbeit jedes Jahr eine linke Theater- und Kulturveranstaltungsreihe „Programm mit Gift“ durchführt.

Der Hauptangriff der CDU richtet sich aber gegen die Aktion Jugendzentrum, die Träger des einzigen selbstverwalteten Jugendzentrums in Neumünster ist. Schon Anfang des Jahres hatte CDU-Bürgermeister Sawade erklärt, das Jugendzentrum würde nur von linksgerichteten Gruppen besucht und wäre auf die Dauer nicht die geeignete Einrichtung.

Die Aktion Jugendzentrum, die seit zehn Jahren provisorisch in einem ehemaligen Kino untergebracht ist, hatte vor über einem Jahr erneut die Einrichtung eines endgültigen selbstverwalteten Jugendzentrums gefordert, zumal der Mietvertrag für das Kino in vier Jahren ausläuft. Dieses Jugendzentrum soll nach den Vorstellungen der AJZ in einer ehemaligen Sonderschule, der Gustav-Hansen-Schule, eingerichtet werden. Die CDU lehnt diese Forderung ab, weil es ja bereits ein zentrales „Haus der Jugend“ gebe. Das „Haus der Jugend“ ist ein Projekt von Sawade und der CDU.

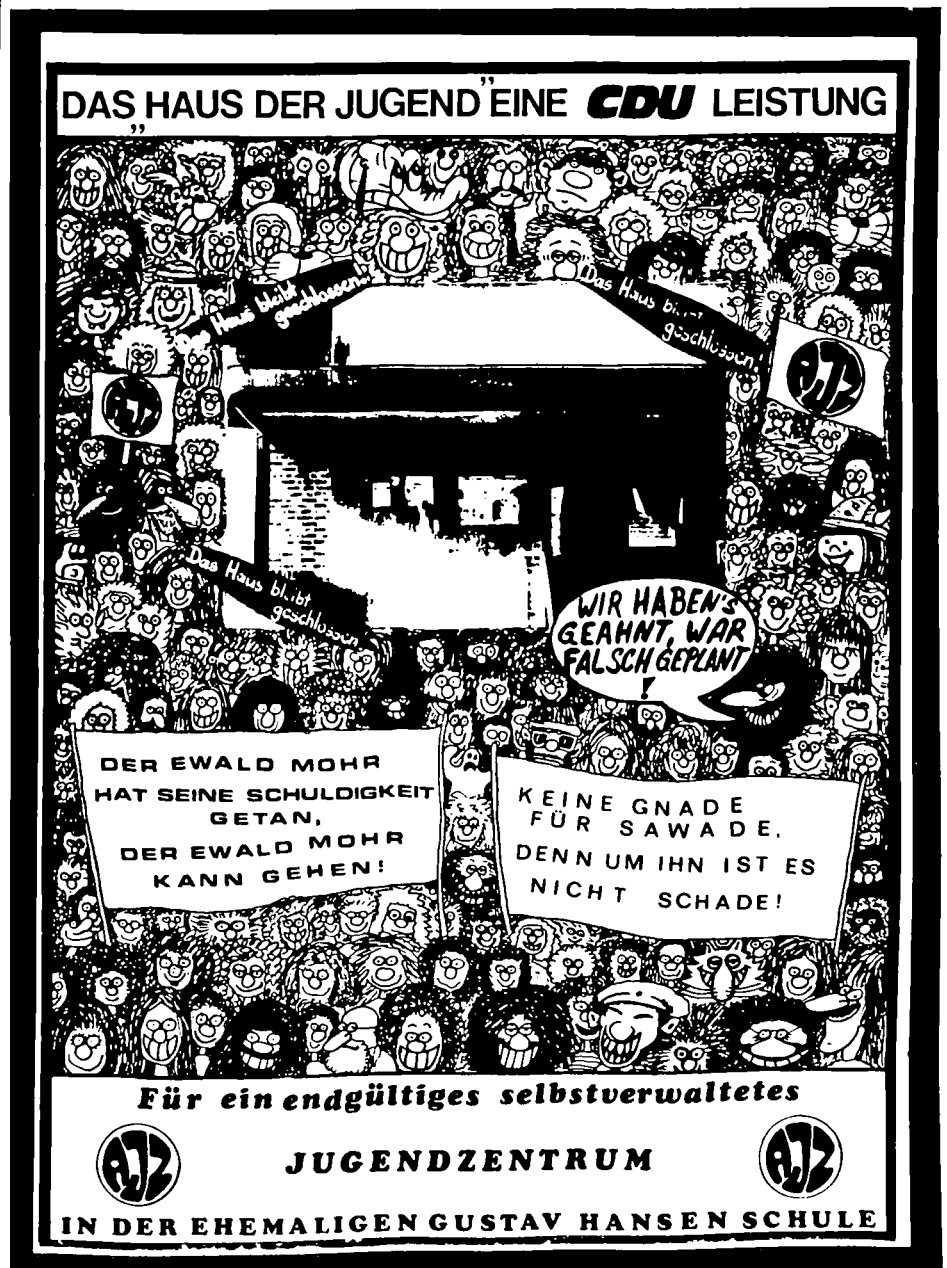
Ein fünfstöckiges Fabrikgebäude, in dem ein Jugendgästehaus, eine Jugendherberge und ein Jugendzentrum untergebracht sind. Dieses „Haus der Jugend“ ist bereits jetzt, 2 Jahre nach der Eröffnung, völlig am Ende. Im September mußte es geschlossen werden, weil zu Veranstaltungen entweder gar keine Besucher kamen, oder wenn

doch welche da waren, sie sich damit beschäftigten, die Toiletten und das Mobiliar auseinanderzunehmen. Das „Haus der Jugend“ ist zwar wieder geöffnet, bietet aber nur noch ein Kursprogramm an, ähnlich der Volkshochschule, wofür die Jugendlichen auch noch Gebühren bezahlen sollen.

Als Beispiel, warum das „Haus der Jugend“ nicht akzeptiert wird, berichtete ein Jugendlicher, er sei hingegangen, um dort mit Freunden Musik zu machen. Es gibt dort einen Übungsraum extra für Musikgruppen. Den haben sie aber nicht bekommen, weil sie einen Vertrag unterschreiben und sich damit verpflichten sollten, einmal im Monat im „Haus der Jugend“ öffent-

lich aufzutreten. Das haben sie natürlich nicht gemacht. Einer Theatergruppe ist es genauso ergangen. Im selbstverwalteten Jugendzentrum dagegen wird das Programm von den Jugendlichen bestimmt und auch selber durchgeführt. Bloß steht dort nur ein Raum zur Verfügung und Veranstaltungen müssen öfter wegen Überfüllung geschlossen werden.

Neben der Forderung nach einem neuen Haus hatte die Aktion Jugendzentrum die Einrichtung einer zweiten Planstelle beantragt. Die CDU besaß auf der Ratsversammlung im Juni nicht nur die Frechheit, diesen Antrag abzulehnen, sondern beschloß in ei-



nem Änderungsantrag, daß die Planstelle des Heimleiters gestrichen und dieser künftig von der AJZ selber eingestellt werden soll, wozu die Stadt dann einen Zuschuß zahlen will.

Auf einer Vorstandssitzung der AJZ am 10. September erklärte Ratsherr Joost (CDU), daß, wenn die AJZ nicht darauf eingehe, die CDU auf der nächsten Ratsversammlung im November die Kündigung des Nutzungsvertrages zwischen dem Jugendzentrum und der Stadt Neumünster beschließen werde. Schließlich würde sich die AJZ auch nicht an ihre vertraglichen Verpflichtungen halten. Sie verstoße gegen die FDGO, als Beweis holte er dann die Zeitung „Arbeiterkampf“, die im Jugendzentrum lag. Die Kündigung des Nutzungsvertrages würde die Schließung des Jugendzentrums im Juni 1983 bedeuten.

Am 20. September fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu der über 150 Jugendliche kamen. Es wurden eine Reihe von Gegenmaßnahmen beschlossen: Presseerklärungen, Flugblatt, Unterschriftensammlung, Aktionstage in der Stadt, Demonstration zur nächsten Ratsversammlung. Das nebenstehende Plakat wurde in der ganzen Stadt ausgehängt, worauf das Jugendamt eine Dienstanweisung an die Mitarbeiter herausließ, das Plakat in den städtischen Jugendheimen sofort wieder zu entfernen. Am 21. September wurde kurzfristig das Rathaus besetzt. Auf einer Vollversammlung des Stadtjugendrings wurden die Forderungen der AJZ einstimmig unterstützt. SPD und Alternative Liste wollen die Forderungen ebenfalls unterstützen.

Am 23. September führte die CDU eine Veranstaltung zu ihrem jugendpolitischen Programm für die Landtagswahlen durch. Neben zehn JU-Mitgliedern kamen 80 Jugendliche aus dem Jugendzentrum, um die CDU zur Rechenschaft zu ziehen. Ratsherr Joost mußte erklären, daß die CDU das Jugendzentrum auf gar keinen Fall schließen werde und ihm auch nicht finanziell das Wasser abgraben wolle. Die Stellung des Heimleiters sei für die CDU mehr eine prinzipielle Frage. Ihm wurde entgegengehalten, daß die Stadt bisher kein einziges Versprechen gehalten hat. Wenn sie das AJZ tatsächlich unterstützen will, soll sie die Gustav-Hansen-Schule zur Verfügung stellen, den Heimleiter belassen, eine zweite Planstelle einrichten und die Haushaltssperre aufheben.

Am 30. September hat der Magistrat beschlossen, die Haushaltssperre für alle festen Kosten des Jugendzentrums aufzuheben. Das sind immerhin zwei Drittel des Zuschusses, den das Jugendzentrum erhält (insgesamt 80000 DM). Doch die Erfüllung der anderen Forderungen steht noch aus.

10 Jahre Kampf für ein endgültiges selbstverwaltetes Jugendzentrum

Das ist der Titel einer Dokumentation der Aktion Jugendzentrum über die Geschichte der Jugendzentrumsbewegung in Neumünster. 1970 hatte sich eine Lehrlingsgruppe gebildet, die die Einrichtung eines Jugendzentrums forderte. Sie wandte sich an die Politiker, fand aber kein Gehör. Daraufhin wurde die „Bürgerinitiative Jugendzentrum“ gebildet, die im Februar 1971 eine Demonstration mit 1200 Jugendlichen durchführte. Jugenddezernent Stadtrat Tiemann (SPD) versprach den Jugendlichen, bis 1975 ein Jugendzentrum einzurichten. Bis dahin sollte ein Provisorium geschaffen werden.

Die Stadt mietete ein ehemaliges Kino an, das von den Jugendlichen in Selbsthilfe umgebaut wurde. Die Trägerschaft für das Jugendzentrum übernahm der eigens dafür gegründete Verein Aktion Jugendzentrum. Die Stadt schloß einen Nutzungsvertrag mit der AJZ ab, in dem sie sich verpflichtete, dem Verein einen jährlichen Zuschuß zu zahlen und einen Heimleiter einzustellen. Der Heimleiter sollte den Jugendlichen im Verein gegenüber verantwortlich sein und nicht der Stadt. Der Verein sollte auch ein Mitspracherecht bei der Einstellung des Heimleiters haben.

Im Verein ist das höchste Beschlußorgan die Mitgliederversammlung. Diese wählt den Vorstand, der über die Verwendung der Gelder und das Programm beschließt. Alle Jugendlichen können sich in den Vorstand wählen lassen. Die einzige Bedingung der Stadt war, daß sie selber durch zwei Ratsmitglieder im Vorstand vertreten ist. Diese haben aber keine Mehrheit und auch keinen Einfluß auf die Programmgestaltung. Die Aktion Jugendzentrum hat zur Zeit über 250 Mitglieder.

Als 1975 das versprochene Jugendzentrum noch nicht einmal geplant

war, bildete sich die „Initiativgruppe für ein endgültiges Jugendzentrum“. Sie forderte von der Stadt die ehemalige Gustav-Hansen-Schule als Jugendzentrum. Die Initiativgruppe führte Informationsstände durch und sammelte über 4000 Unterschriften für ihre Forderung. Der neue Jugenddezernent Bürgermeister Sawade (CDU) erklärte, daß er nicht zu Verhandlungen mit solchen „linken Randgruppen“ bereit sei. Er weigerte sich auch, die Unterschriftenlisten persönlich entgegenzunehmen. Auf einer Kundgebung der Initiativgruppe vor der Gustav-Hansen-Schule unterstützte ein Jugendpfleger der Stadt die Forderungen der Jugendlichen und wurde daraufhin ins Sozialamt strafversetzt. Ein zweiter wurde wegen seiner Tätigkeit im Vorstand der Aktion Jugendzentrum von der Stadt entlassen.

Die Aktion Jugendzentrum beschloß, im November 1975 erneut eine Demonstration durchzuführen. Am Tag der Demonstration lancierte Bürgermeister Sawade einen Artikel in die örtliche Presse mit der Überschrift: „Die Köstersche Fabrik wird ein Haus der Jugend“. Trotz dieses Spaltungsmanövers kamen 600 Jugendliche zu der Demonstration.

Mit den Stimmen der FDP konnte die CDU das Projekt „Haus der Jugend“ in der Ratsversammlung durchsetzen. Die Köstersche Fabrik wurde für 13 Mio. DM umgebaut. Die Eröffnungsfeier 1980 fand unter Polizeischutz statt. Jugendliche hatten keinen Zutritt. Schon wenige Monate später zeigte sich, daß das „Haus der Jugend“ eine totale Pleite war. Von fortschrittlichen Jugendorganisationen wurde es boykottiert, andere Besucher wurden durch die sterile Atmosphäre und eine Reihe von Vorschriften vergrault. So kamen zu teuren Musikveranstaltungen nicht einmal zehn Besucher.



Demonstration der AJZ mit 500 Jugendlichen im Februar 1982

Schleswig-Holstein als CDU regiertes Land ist Beispiel reaktionärer Bildungspolitik, wie sie knallhart gegen Schüler, Eltern, Lehrer und Gewerkschaften durchgesetzt wird.

Unterrichtsausfall wird beharrlich vertuscht. Ein Ausbau der Berufsschulen wird seit Jahren mit dem Hinweis auf den Rückgang der Geburtenzahlen verhindert. Die Forderung des DGB und der Schülervertretungen nach 2 mal 6 Stunden Berufsschulunterricht wird ignoriert, die veraltete Berufsausbildung finanziell ausgehungert und die Lehrmittel landesweit gekürzt. Das 10. Hauptschuljahr mit berufsbildenden Bestandteilen wird verweigert. Die Aufwertung der beruflichen Bildung (z.B. Realschulabschluß nach Abschluß der Lehre) hat die CDU mit allen Mitteln verhindert. Die bestehenden Gesamtschulen sind gegen den Elternwillen wieder aufgelöst und für gescheitert erklärt worden. Stattdessen christlich-reaktionäre Ausrichtung der Unterrichtsinhalte und verschärfte Auslese.

CDU will Schulen auf christlich-reaktionäre Bildungsziele festlegen

Da bislang niemand so richtig die christlich-reaktionären Erziehungsziele, wie sie im § 4 des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes seit 1978 festgelegt sind, anwenden will, hat der CDU-Kultusminister Bendixen derzeit einen 80-seitigen Entwurf über „Grundsätze für Bildung und Erziehung“ zur Diskussion vorgelegt. Bis Ende August hat sie eine Frist gesetzt, dann sollen sie beschlossen werden.

Zum Beispiel ein Versuch, das gegliederte Schulwesen ideologisch zu untermauern. Da heißt es:

Die „Würde als Mensch und Bürger“ erfordere „die gerechte Behandlung des Menschen“. Das bedeutet ihrer Meinung nach die „Anerkennung von Unterschiedlichkeiten“ wie „z.B. in ihrer Leistungsfähigkeit, in ihrer Belastbarkeit, in ihren Interessen“.

Also müsse das Schulwesen „aus menschlichen Erwägungen differenzierend verfahren“ (d.h. Aufspaltung, d. Red.). Und zwar, „im unterschiedlichen Grad von Zuwendung, Aufgabenstellung und Förderung“. (Die „unverwechselbare Persönlichkeit ernstgenommen“ nennen sie das). Und dies ginge am besten durch „differenziertes Angebot von Schule“, also „im gegliederten Schulwesen“, um „auf ein erfülltes Leben vorzubereiten“. Es soll dem Schüler die Chance bieten, an seinem Platz in der Schule ... eigenständig etwas leisten zu können ... zu sich und zu anderen zu finden“.

Hinter dem Gerede der Reaktionäre von „Würde und Persönlichkeit des Einzelnen“ und „Förderung des Individuums“ steckt nichts anderes als kaltblütiges Profitinteresse. Denn das gegliederte Schulwesen liefert den Kapitalisten billigste Arbeitskräfte und verfassungstreue Staatsdiener. Im ganzen 80-seitigen Entwurf ist kein Wort darüber zu lesen, wie das Bildungsniveau gehoben und gewährleistet werden soll. Eine Festlegung auf ein Ausbildungsminimum ist nirgends zu finden. Stattdessen liest man um so ausführlicher über zu erhaltende überlieferte Moralvorstellungen, Prinzipien der Unterordnung, Notwendigkeit der Auslese, Achtung der Staatsgewalt und der Rechtsnormen und Bindung an das christlich-humanistische Wert- und Normensystem. Wenn es um „Haltungen, Werte und Tugenden“ geht, dann müsse mit der sonst so gelobten „Pluralität“ und der „Differenzierung“ Schluß sein. Es geht der CDU darum, die bürgerlichen Wertvorstellungen aufrechtzuerhalten gegen die Interessen der Arbeiterbewegung nach Verbesserung der Bildung.

Hartnäckiger Kampf gegen die Herabqualifizierung der Erzieherausbildung

Einen hartnäckigen Kampf führen die Erzieherfachschüler in Schleswig-Holstein seit über vier Jahren gegen die Angriffe der CDU-Landesregierung auf die Erzieherausbildung.

Als erstes Bundesland wurde in Schleswig-Holstein die Erzieher-Fachschulausbildung zur Berufsfachschule abqualifiziert. Die Konsequenz war die Streichung des BAföG um die Hälfte bzw. ganz. Für viele Schüler wurde diese Ausbildung finanziell unmöglich. Demonstrationen, Streiks und Prozesse führten die Schüler landesweit für den Erhalt des Status der Erzieherausbildung an

echten Fachschulen. Seit August 1982 hat das Kultusministerium eine Veränderung der Ausbildungsinhalte angeordnet, um die Herabqualifizierung auch inhaltlich durchzuführen. Der pädagogische und sozialpolitische Unterricht soll gestrichen und stattdessen Gesundheits- und Ernährungserziehung Schwerpunkt werden.

Die Möglichkeit, die Fachhochschulreife mit Abschluß der Erzieherausbildung zu erreichen, will das Kultusministerium nahezu abschneiden. Die Leistungsanforderungen wurden so hoch gesetzt, daß nur wenige dies erreichen können. Die Erzieherfachschüler setzen beständig ihren Kampf fort.



Demonstration Januar 1981 in Kiel: Wir wollen keine billigen Arbeitskräfte sein! Praxisorientierte Ausbildung an Fachschulen für Sozialpädagogik!

CDU zur Jugendarbeitslosigkeit: Wer keine Lehre findet, ist „unterbelichtet“

„Obwohl Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern die weitaus höchste Zunahme an Schulabgängern zu verzeichnen hat, konnte die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bisher befriedigt werden.“ schreibt die CDU in ihrem Wahlprogramm zu den Landtagswahlen. Die CDU würde für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz finden, hatte sie großspurig verlauten lassen. Nun ist es bereits Oktober und die Ausbildungen haben im August begonnen.

„Die CDU wird trotz der angespannten Finanzlage alle Anstrengungen unternehmen, damit jedem ausbildungswilligen Jugendlichen auch in Zukunft ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann.“ So wollten die „Kieler Nachrichten“ als CDU-nahe Zeitung in dieser Sache dienlich sein und gab die Möglichkeit einer kostenlosen Anzeige für Lehrstellensuchende. Ergebnis: Allein in Kiel meldeten sich am 2. September über 300 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Zwei volle Zeitungssseiten!

Selbst nach Angaben des Landesarbeitsamtes gibt es in Schleswig-Holstein 1963 Jugendliche, die bis Ende August keinen Ausbildungsvertrag hatten und demgegenüber 847 offene Stellen. Die Zahlen vermitteln „kein vollständiges und kein abschließendes Bild über die tatsächliche Situation.“ Viele Jugendliche sind gar nicht beim Arbeitsamt gemeldet.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren lag schon im April 1982 bei 10882, d.h. 4254 mehr als im Vorjahr, das sind 8,4% der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein.

Die Reaktionäre haben die Erklärung parat: Wer jetzt noch keine Lehrstelle hat, der ist eben nicht leistungswillig oder gar nicht ausbildungswillig. Und daß es immer noch 847 offene Stellen gibt, erklärt die CDU mit dem Wahlprogramm: „Die Berufswünsche der Jugendlichen konzentrieren sich auf wenige Modeberufe“. Tatsächlich sinkt die Zahl der zukunftssträchtigen Ausbildungsplätze in der Industrie, während die Zahl der Lehrstellen im Handwerk leicht steigt, wo die Jugendlichen vor allem als billige Arbeitskräfte vernutzt werden und hinterher arbeitslos sind.

Im Jugendlexikon der CDU Landesregierung liest sich der Lehrstellenmangel so: „Eine Auswahl wie im Supermarkt. Wer nicht zu unterbelichtet ist, um sich zu informieren, kann das hundertprozentig passende finden.“ Und zur Jugendarbeitslosigkeit: „Leute, die keinen Bock auf Leistung haben, kommen zuerst dran.“

Erneute Senkung der Stahlquoten

Die EG-Kommission Stahl will im letzten Quartal 1982 die Produktions- und Lieferquoten erneut senken. Zur Begründung gibt Präsident Davignon den weiteren Rückgang der Aufträge an, verursacht durch Umstellung der Abnehmer – Automobilindustrie, Maschinenbau und Wehrtechnik – auf andere Werkstoffe. Die Produktion wird für das letzte Quartal 1982 auf 25,6 Mio. t geschätzt, ein Drittel weniger als der Durchschnitt des von den Stahlkapitalisten als gut angesehenen Jahres 1974. Die Quoten sollen bei Warmbreitband, unbeschichteten Blechen und Quattroblechen auf 41–44% unter die Referenzmenge gesenkt werden. Die westdeutschen Stahlkonzerne versuchen, noch möglichst hohe Subventionen nach dem EG-Beihilfekodex mitzunehmen. Bis 30.6. hatten sie Investitionen in Höhe von 16 Mrd. DM angemeldet, die sie zu 10–30% durch Beihilfen gedeckt haben wollen. Subventioniert wird der Kapazitätsabbau. Die von den Mitgliedsländern bis 30.9. eingereichten Anträge würden zu einem Abbau um 20–25 Mio. t

Hongkong ist Teil Chinas

Die britische Premierministerin Thatcher hatte bei ihrem Besuch in der VR China Ende September die Absicht, die chinesische Regierung zur Anerkennung der britischen Kolonialherrschaft über Hongkong zu zwingen. Sie schlug vor, Gespräche über die Zukunft Hongkongs nach 1997 zu führen. Dann endet der britische Pachtvertrag über die „New Territories“ (ein Teil der Kolonie Hongkongs, den übrigen Teil betrachtet die Regierung von Großbritannien als unabtrennbare Kolonie). Dieser Pachtvertrag wurde 1898 von britischen Kanonen-



booten dem chinesischen Kaiserreich abgepreßt, wie bereits seit 1864 Hongkong als Kolonie von Großbritannien besetzt war. Die VR China erkennt diesen Vertrag, wie alle ungleichen Verträge, die die Imperia-

listen früheren chinesischen Regierungen oder Kaisern abgepreßt haben, nicht an. Thatcher erklärte zur Verhandlungsgrundlage: Die Verträge blieben „nach internationalem Recht gültig, können jedoch modifiziert werden“. Die chinesische Regierung antwortete darauf: China wird Hongkong zurückgewinnen, „wenn die Bedingungen dafür reif sind“. Thatcher erreichte nicht mehr als eine Vereinbarung, daß diplomatische Gespräche mit dem Ziel, „Stabilität und Wohlstand“ Hongkongs zu erhalten, geführt werden sollen. Die Hongkonger Börsen reagierten auf diese Abfuhr für Thatchers Kolonialambitionen mit Kurseinbrüchen.

Rohstahl führen. Die Kommission will jedoch bis 1985 doppelt so viel abbauen. Danach sollen nur Betriebsschließungsbeihilfen gezahlt werden.

Azanische Dockarbeiter streiken

Nach wie vor dauert der Streik der schwarzen Hafenarbeiter in Port Elizabeth für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft und die Durchsetzung von

Lohnerhöhungen an. Zur gleichen Zeit streiken in Port Elizabeth noch immer die Arbeiter in zwei Automobilfabriken, bei VW und Ford. Der Streik hat die Widersprüche zwischen den Kapitalisten zum Tanzen gebracht. Der Verband der Automobilkapitalisten verlangt von den Hafenkapitalisten nachzugeben, damit die Auslieferung der auf Halde produzierten Autos gelingen könne. Ebenfalls fehlen jetzt Rohmaterialien.

Albanien vernichtet Invasorentrupp

Nachdem in der Nacht zum 25. September eine Bande faschistischer Emigranten an der albanischen Küste gelandet war, gelang es den Sicherheitskräften und der Bevölkerung, sie innerhalb von fünf Stunden zu vernichten, als sie in das Land eindringen wollten. Die Bande hatte automatische Waffen, US-Dollar, italienisches und albanisches Geld bei sich, außerdem Verkleidungen und Radios. Da der Landungsversuch kläglich gescheitert war, verbreiteten die imperialistischen Nachrichtenagenturen zunächst, die Information der albanischen Nachrichtenagentur sei mysteriös. Radio Tirana stellte dagegen fest, daß der Anführer der Emigrantenbande zwischen den USA, Italien und anderen imperialistischen Ländern hin- und hergependelt war. Die Organisation der gescheiterten Invasion darf in Frankreich weiterhin ihrer verbrecherischen Tätigkeit nachgehen. Der Leiter der Organisation ist der Sohn des albanischen Exkönigs Zogu, der bei dem Überfall Italiens auf Albanien April 1939 aus dem Land geflohen war. Die albanische sozialistische Revolution hat die Rückkehr der Emigrantenbande verhindert. 1949 hatten die Emigranten zum letzten Mal größere Invasionsversuche gestartet, die das albanische Volk erfolgreich niederschlug. Der Sohn des Exkönigs erklärte jetzt in Paris, er hätte den Invasoren geraten, die „selbstmörderische Aktion“ zu verschieben.

Parteitag der britischen Labour-Partei

Mit 5,1 Millionen gegen 1,5 Millionen Stimmen beschloß der Parteitag der britischen Labour-Partei am 27. September die Einrichtung eines „Registers der innerhalb der Partei arbeitenden Gruppen“. Entscheidend in der Abstimmung waren die Blockstimmen der großen Gewerkschaften. Nach der Satzung der Partei ist die Arbeit von Gruppen in der

Partei innerhalb der Satzung erlaubt. Das Register richtet sich vor allem gegen die „Militant“-Gruppe innerhalb der Ortsparteien. „Militant“ ist eine trotzkistische Zeitung und Organisation innerhalb der Labour-Partei, die für die sozialistische Revolution eintritt und deshalb nach Ansicht der Parteiführung nichts in der Labour-Partei zu suchen hat. Zur

„Militant“-Gruppe gehören u.a. 9 der 600 Labour-Parlamentskandidaten und der Jugendbeauftragte der Partei. Jetzt sollen die führenden „Militant“-Mitglieder ausgeschlossen werden. Ob die Ortsvereine – die die „Militant“-Mitglieder ausschließen müssen – das mitmachen werden, bleibt zu sehen. Insgesamt brachte der Parteitag die Stärkung des rechten Parteiflügels, der für die NATO eintritt. Anträge auf Austritt aus der NATO wurden abgelehnt. Gegen den Widerstand des rechten Parteiflügels wurde eine Resolution zur Anerkennung der PLO angenommen, allerdings mit dem Zusatz, Israels Existenzrecht müsse gesichert werden. Der Parteitag sprach den Beschäftigten im Gesundheitswesen seine Unterstützung aus (unser Bild zeigt Parteiführer Foot und Gewerkschaftsführer auf dem Aktionstag am 22.9.). Für den Fall einer künftigen Labour-Regierung will die Parteispitze aber Lohnbegrenzungen und einen „Sozialpakt“ durchsetzen.



Spadolini flankiert Kapitalisten: Plünderpaket und keine Tarifverträge

Die italienischen Arbeiter nennen es eine „stangata“, einen Knüppel: das Plünderpaket gegen die Arbeiterbevölkerung, das die Regierung Spadolini bei ihrem Sturz Anfang August hinterließ. Einen Teil der Maßnahmen hatte die Regierung noch wenige Tage zuvor durch Dekret in Kraft gesetzt, u.a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer um durchschnittlich zwei Prozentpunkte und höhere Verbrauchssteuern auf Benzin, Bier und Bananen.

Der gleichzeitig verabschiedete Entwurf des Finanzgesetzes für 1983 sieht weitere drastische Einschnitte in Versicherungsleistungen und Gemeindefinanzen vor: höhere „Selbstbeteiligung“ an den Krankheitskosten, wahrscheinlich Verdoppelung der Lohnabhängigenbeiträge zur Krankenversicherung; schrittweise Erhöhung des Rentenalters von jetzt 60 auf 65 Jahre; Senkung der Leistungen der Kurzarbeitergeldkasse nach zwei Jahren um vierteljährlich 10%. Die Zuweisungen an die Gemeinden sollen 1983 nur um die „geplante Inflation“ von 13% steigen. Dieses Jahr waren 16% geplant, dann hat die Regierung durch die Mehrwertsteuererhöhung die Inflation auf über 18% getrieben. Die Zuschüsse an die Nahverkehrsunternehmen werden gesenkt, die Tarife entsprechend erhöht. Die Löhne der Beamten sollen eingefroren und Planstellen abgebaut werden.

Inzwischen ist die Regierung Spadolini wieder – in unveränderter Zusammensetzung und mit unverändertem Programm – im Amt. Aber die Dekrete sind nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Monaten vom Parlament bestätigt worden und damit verfallen. Erzdemokratischer Ausweg: Die Regierung hat dieselben Dekrete erneut erlassen, sie gelten damit zunächst für weitere zwei Monate. „Angenehmer“ Nebeneffekt der durch die Mehrwertsteuer angekurbelten Inflation: da eine vorgesehene Lohnsteuererstattung zum Jahresende nur gezahlt wird, wenn die Löhne nicht stärker als 16% steigen, stehen die Arbeiter jetzt vor der Wahl: Reallohnsenkung *trotz* Steuererstattung oder Reallohnsenkung *durch* Steuererhöhung.

Inzwischen sind die – dreijährigen – Tarifverträge in den wichtigsten Industriezweigen seit einem dreiviertel Jahr ausgelaufen, und die Kapitalisten weigern sich weiter, Verhandlungen aufzunehmen. Den Tarifvertrag über die Inflationszuschläge haben sie ge-

kündigt, er läuft zum Jahresende aus. Forderung der Kapitalisten: Erst „Entschärfung“ der Inflationszuschläge, dann Tarifverhandlungen. Die Regierung hatte sich von dieser Erpressung zunächst gewunden distanziert, jetzt erklärt Schatzminister Andreatta unumwunden, bei den Löhnen seien „Einschnitte“ nötig.

Die Gewerkschaften hatten zunächst einheitlich die Position bezogen, über die „Arbeitskostenstruktur“ erst nach Abschluß der Tarife zu verhandeln. Aber prompt sind die seit anderthalb Jahren schwelenden Differenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften erneut aufgeflammt. Um endlich Tarifverhandlungen zu erreichen, will die katholische CISL (ca. 3 Mio. Mitglie-



Über 30000 demonstrieren während des Streiks am 30.9. in Mailand.

der) den Kapitalisten eine „Übergangslösung“ anbieten: Beschränkung der Inflationszuschläge für ein oder zwei Jahre auf einen vorher vereinbarten Höchstbetrag. Die größte Gewerkschaft CGIL (über 4 Mio. Mitglieder) lehnt das ab und hat ihrerseits ein Modell vorgeschlagen, nach dem durch Lohnsteuersenkung die Arbeitskosten gedrückt werden sollen, ohne die Nettolöhne anzugreifen. „Alternativ“ wäre auch an eine Differenzierung der jetzt für alle gleichen Inflationszuschläge nach Lohnhöhe zu denken.

Ein Ende des Streits ist nicht abzusehen, zumal die CISL sich nicht einer Urabstimmung über die Differenzen stellen will. Die sich fortwährend verschärfende Wirtschaftskrise erschwert die Kampfbedingungen zusätzlich:

Letzte Woche hat der staatliche Stahlkonzern für 16000 Arbeiter unbefristete Kurzarbeit angekündigt. Die Regierung hat jetzt *gleichzeitige* Verhandlungen über Tarife und „Arbeitskosten“ ab 7. Oktober vorgeschlagen. Die Gewerkschaften haben akzeptiert, die Kapitalisten melden trotz dieses Zugeständnisses noch allerlei Vorbehalte an.

Auf eine Einigung der Gewerkschaften drängen vor allem die Branchenverbände der Industrie. Für den 30.9. hatten sie zu einem zweistündigen Streik für Tarifverhandlungen aufgerufen. Der Streik wurde allgemein gut befolgt, an vielen Orten auch über die zwei Stunden hinaus verlängert.

Quellenhinweis: L' Unità v. 1.8.82 und Ausgaben September 1982

Großbritannien Gute Wirkungen der Solidaritätsstreiks

Der Vorstand der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM beschloß am 4. Oktober, die Bergarbeiter ab sofort in den Überstundenstreik zu rufen und am 28./29.10. eine Urabstimmung über einen allgemeinen Streik gegen das „letzte Angebot“ der staatlichen Kohlebehörde durchzuführen. Die Kohlebehörde hatte 8,2% angeboten, die Gewerkschaft fordert eine „erheblich höhere Lohnerhöhung“.

Ob der kampfstarken Bergarbeitergewerkschaft gelingt, trotz mehr als 3,2 Millionen Arbeitslosen (die gerade in den traditionellen Kohlegebieten wegen der Stahlwerksschließungen besonders zahlreich sind) und bei sinkender Inflationsrate (jetzt offiziell bei 9%) das Lohnsenkungsangebot der staatlichen Kohlebehörde zurückzuweisen, ist von entscheidender Bedeutung für die kommenden und bereits stattfindenden Lohnkämpfe der Industriearbeiter und der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst.

Die Aussichten sind nicht schlecht. Denn die großen Solidaritätsaktionen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen haben dazu beigetragen, daß die muffige, passive Defensivhaltung in vielen britischen Gewerkschaften schwindet.

An den Solidaritätsstreiks für die mehr als eine Million Beschäftigten im Gesundheitswesen am 22.9. beteiligten sich mehrere Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, darunter fast alle Bergleute, die Hafenarbeiter, die meisten Beschäftigten im öffentlichen Dienst. In den Industriebetrieben war



120000 demonstrierten am 22.9. in London

die Unterstützung regional stark unterschiedlich. Mehr als 250000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten in verschiedenen Städten des Landes, 120000 allein in London.

Der Aktionstag ist deswegen so bedeutend, weil er ausdrücklich sich gegen die weitere Lohnsenkung für Beschäftigte mit Niedriglöhnen richtete – die Mehrzahl der Krankenhausbeschäftigten gehört zu den unter 1200 DM im Monat bezahlten Arbeitern – und einen Fortschritt gegen Thatchers Antistreikgesetz aus dem Jahr 1980 brachte.

Nach diesem Gesetz können die Kapitalisten Solidaritätsstreiks verbieten lassen und von den Gewerkschaften Schadensersatz fordern. Als vor sechs Wochen die Elektriker der Zeitungen streikten, wurde ihr Gewerkschaftsgruppenvorsitzender verurteilt. Am 22.9. erschienen überhaupt keine Zeitungen, aber die Kapitalisten haben keine Verfolgungsanträge gestellt.

Quellenhinweis: Socialist Worker, 2.10.; Economist, 25.9.; Financial Times, versch. Ausgaben

Belgien

Regierung fordert Arbeitslosengeld zurück

Einen „Rekordzuwachs“ des Aktienkapitals belgischer Kapitalisten meldete am 5.10. das „Handelsblatt“. Seit März ist das Kapital belgischer Aktiengesellschaften um 35 Mrd. bfr. auf über 360 Mrd. bfr. (ca. 19 Mrd. DM) gestiegen. Der Grund für diesen plötzlichen Reichtum der Kapitalisten: Seit März sind bis zu 40000 bfr. ihres Einkommens steuerfrei, wenn sie es zum Kauf neuer Aktien verwenden. Zudem hat die Regierung die Steuer auf

Dividenden für neue Aktien gesenkt. Grund genug für die belgischen Kapitalisten, einen Teil ihres Reichtums in den Kauf belgischer Aktien zu stecken.

Um das weitere Gedeihen dieses Reichtums zu fördern, hat die Regierung ihren Haushalt 1983 (siehe Pol. Ber. 18/82, S. 29) jetzt um weitere Grausamkeiten bereichert. So sollen Lohnabhängige, die 1982 arbeitslos waren und 1983 wieder einen Ausbeuter finden, ihr Arbeitslosengeld zurückzahlen. Die Regierung berät noch über zwei Modelle: entweder Rückzahlung des Arbeitslosengeldes, wenn das Monats-Familieneinkommen 2766 DM brutto übersteigt, oder, wenn der Monatsbruttolohn des erneut ausgebeuteten einzelnen Lohnabhängigen über 1670 DM liegt. Im ersten Fall müßten Familien, in denen die Frau 1982 Arbeitslosengeld bezogen hat, selbst dann das Arbeitslosengeld zurückzahlen, wenn die Frau weiter arbeitslos ist, der Mann aber über 2766 DM verdient. In beiden Fällen würde der ohnehin gesenkte Lebensstandard der Lohnabhängigen insbesondere in den unteren Lohngruppen, die den Hauptteil der 450000 Arbeitslosen stellen, erneut brutal gesenkt, der Druck auf diese Lohnabhängigen, jede noch so schlecht bezahlte Beschäftigung anzunehmen, weiter erhöht.

Trotz dieser erneuten Angriffe haben die belgischen Gewerkschaften die Spaltung zwischen dem christlichen Gewerkschaftsbund ACV und dem sozialistischen ABVV noch nicht überwinden können. Zwar führten die Eisenbahner am 30.9. einen eintägigen Streik gegen Entlassungs- und Lohnsenkungspläne der Regierung bei den Eisenbahnen durch. Aber gleichzeitig erklärte der ACV sich bereit, auch weitere Lohnsenkungen hinzunehmen, wenn dadurch „Arbeitsplätze geschaffen“ würden. Um so erfreulicher ist, daß der ABVV sich deutlicher von chauvinistischen Gemeinsamkeiten mit den Kapitalisten distanziert. ABVV-Generalsekretär Debunne erklärte: „Die Belgier haben am längsten standgehalten bei der Verteidigung ihrer Kaufkraft. Heute sind sie, was die Löhne betrifft, am tiefsten gesunken, die Wettbewerbsfähigkeit dagegen ist gestiegen. Morgen kann die niederländische Regierung das Argument der belgischen Konkurrenzfähigkeit aufgreifen, um im eigenen Land die Löhne zu senken. Übermorgen ist die Reihe an den Deutschen ... Wir müssen den Teufelskreis durchbrechen, in dem jedes Land die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Nachbarland als Vorwand nimmt, um die Löhne weiter zu senken.“

Quellenhinweis: Handelsblatt, 5.10.82; Solidair, Zeitung der Partei der Arbeit Belgiens (PvdA), 15.9., 22.9., 28.9.

Frankreich

Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Trotz des Defizits von 37 Mrd. FF in diesem Jahr will die französische Regierung ihr Versprechen an die Kapitalisten einhalten, den Beitrag der Kapitalisten zur Sozialversicherung in diesem und im kommenden Jahr nicht zu erhöhen. Die Kapitalisten müssen zur Zeit 70% des Krankenversicherungsbeitrages der Lohnabhängigen zahlen. Weitere Erhöhungen der Lohnkosten und der Lohnnebenkosten schmälerten ihre Wettbewerbsfähigkeit, führten die Kapitalisten ins Feld und drohten mit weiteren Entlassungen. Die Regierung ließ sich erpressen. Der Ministerrat beschloß am 29.9. eine Reihe von Maßnahmen, die die Ausgaben der Krankenversicherung beschränken und die Einnahmen der Versicherung durch höhere Zahlungen der Versicherten steigern sollen.

Mit der Einführung einer Sondersteuer auf die Arzneimittelwerbung und einem Preisstopp für Arzneimittel trifft die Regierung nur einen kleinen Teil der Kapitalisten. Die Versicherten müssen in Zukunft für die ersten 14 Tage des Krankenhausaufenthaltes 20 FF (1 FF = 0,36 DM) pro Tag zahlen, den über 55-jährigen Frührentnern wird in Zukunft statt 2 insgesamt 10% ihrer Rente als Beitrag für die verschiedenen Sozialversicherungen abgezogen. Die Bauern, Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden müssen bis zu 16% mehr Beitrag in die Krankenversicherung zahlen. Mit einer Sondersteuer auf Tabak und Alkohol zugunsten der Krankenversicherung trifft die Regierung vor allem die arbeitenden Klassen.

Weitere Kostensenkung verspricht sich die Regierung von der Begrenzung der Etatsteigerung der Krankenhäuser auf 8%, dem Einfrieren der Arzthonorare und dem für den gesamten öffentlichen Dienst ausgesprochenen Lohnstopp sowie Beschränkungen für Lohnerhöhungen auf 3% in diesem und 8% im nächsten Jahr im öffentlichen Dienst. Gegen diese Maßnahmen rief eine Ärztevereinigung zum Streik auf. In verschiedenen Krankenhäusern wurde vom 23. bis zum 30.9. nur ein Notdienst aufrechterhalten, am 30.9. schlossen ein Teil der niedergelassenen Ärzte ihre Praxis, ebenso die Apotheken. Demagogisch unterstützten die reaktionären Parteien die Aktion der Ärztevereinigung und mobilisierten für den „Streik“.

Die beiden größten Gewerkschaftsverbände CGT und CFDT haben bisher nicht zu Kampfmaßnahmen gegen das Regierungsprogramm aufgerufen,

obwohl sie die Maßnahmen, die Angriffe auf die Lohnabhängigen bedeu-
ten, verurteilen. Lediglich die Be-
schränkungen für die Pharmaziekon-
zerne begrüßten sie, unterstützten aber
die Aufforderung Mitterands, ein
„starkes und reiches Frankreich“ zu
schaffen.

Quellenhinweis: Le Monde v. 23.9. – 1.10.82; l' Humanité
v. 24. – 30.9.82; Handelsblatt v. 8.9.82

Japan

Regierung versucht dra- stische Lohnsenkungen

Nachdem die japanische Regierung
schon mit dem Haushalt 1982/83 er-
hebliche Kürzungen im Sozial- und Bil-
dungsbereich durchgesetzt hatte, ver-
sucht sie jetzt, einen weiteren Raubzug
gegen die Lohnabhängigen durchzu-
führen. Am 20. September beschloß
das Kabinett unter Premierminister Su-
zuki, die Löhne und Gehälter der
Staatsangestellten einzufrieren, und
empfohl den Städten und Gemeinden



Verschiedene Gewerkschaften des öf-
fentlichen Dienstes unterstützen die
Aktionen der Arbeiter im Kohleberg-
bau gegen Rationalisierungen mit eigen-
en Warnstreiks. Bild: Kundgebung
von 4000 Bergarbeitern und Lehrern in
Yubari.

dieselbe Maßnahme. Zum ersten Mal
seit 33 Jahren wendet sich eine japa-
nische Regierung gegen eine Empfehlung
des Zentralen Arbeitsausschuß, der zu
gleichen Teilen mit Vertretern des
Staates, der Industrie und der Gewerk-
schaften besetzt ist.

Der Zentrale Arbeitsausschuß hatte
im August eine Erhöhung der Löhne
und Gehälter um 4,58% über die ge-
setzliche Lohnanpassung von 2% im
öffentlichen Dienst beschlossen. Selbst
eine Erhöhung der Bruttoeinkommen
um insgesamt 6,58% würde real Lohn-
senkung bedeuten, denn die derzeitige
Inflationsrate liegt bei 7%. In der In-
dustrie konnten die Gewerkschaften in
diesem Jahr Lohnerhöhungen von im

Durchschnitt 7,2% durchsetzen. Der
Vorschlag des Ausschuß setzt die Ten-
denz der letzten zehn Jahre fort, in de-
nen die Lohnerhöhungen im öffentli-
chen Dienst um 0,5 – 1% niedriger wa-
ren als in der Industrie, so daß derzeit
der Durchschnittslohn im öffentlichen
Dienst mit 191908 Yen um 6% niedri-
ger ist als der Durchschnittslohn der
Industrie. Kann sich die Regierung mit
ihren Lohnsenkungsabsichten durch-
setzen, so hätte sie mit 3,5 Mio. Be-
schäftigten 8% der japanischen Lohn-
abhängigen erheblich unter das allge-
meine Lohnniveau gedrückt. Der japa-
nische Kapitalistenverband reagierte
begeistert auf den Regierungsbeschluß
und setzte mit der Forderung nach Be-
seitigung der Dienstaltersanpassung
der Gehälter nach.

Die Gewerkschaften führten sofort
am Tag nach dem Regierungsbeschluß
erste Warnstreiks und Demonstrationen
während der Arbeitszeit durch. Die
Beschäftigten in den staatlichen
Verkehrs- und Wasserversorgungsun-
ternehmen streikten in den Morgen-
stunden, Lehrer und Behördenange-
stellte beteiligten sich an den Kundge-
bungen. Die vier größte Gewerk-
schaftsverbände beschlossen, gemein-
sam gegen die Regierungsmaßnahmen
vorzugehen. Sie erklärten, sie würden
zu weiteren Kampfmaßnahmen grei-
fen, obwohl für alle Staatsbeschäftig-
ten Streikverbot besteht und die Koali-
tionsrechte eingeschränkt sind.

Der Vorsitzende des Gewerkschafts-
bundes Sohyo, der die meisten Be-
schäftigten im öffentlichen Dienst or-
ganisiert, wandte sich mit einem Auf-
ruf an alle Gewerkschaften des Lan-
des, forderte sie auf, die Aktionen der
Lohnabhängigen im öffentlichen
Dienst zu unterstützen und – falls die
Regierung die geforderte Lohnerhö-
hung nicht auszahlt – einen General-
streik in allen Branchen vorzubereiten.

Quellenhinweis: The Japan Times v. 17.9., 21.9., 22.9.;
The Oriental Economist, Ausgaben v. Mai, Juni, Juli
1982; Annual Statistical Survey 1980, Tokyo 1981

Indien

Zunehmende Klassen- auseinandersetzungen

Im Zusammenhang mit der Erfüllung
der Auflagen des Internationalen Wäh-
rungsfonds versucht die indische Re-
gierung, jetzt härter vorzugehen gegen
die Gewerkschaften, kleinen Händler
und Bauern. Gegenüber den seit sieben
Monaten streikenden Textilarbeitern in
Bombay werden jetzt verstärkt Streik-
brecher eingesetzt und eine Pressekam-
pagne gegen die den Streik führende
Gewerkschaft des Dr. Datta Samant
durchgeführt. In der Presse wird da-

von gesprochen, daß die Zahl der Ar-
beitswilligen steige. Andererseits läßt
sich die reguläre Polizei in der Regel
nicht mehr gegen streikende Textilar-
beiter einsetzen, so daß paramilitäri-
sche Einheiten herangezogen werden
müssen. Bisher ist es allerdings nicht
gelungen, den Streik für höhere Löhne
zu brechen, obwohl die Regierung die
Textilfabrikanten massiv mit Krediten
unterstützt.

Im Bundesstaat Bohar wurde am 10.
September ein Generalstreik durchge-
führt, der von allen Gewerkschaften
und oppositionellen Organisationen
unterstützt und weitgehend befolgt
wurde. Er richtete sich gegen Gesetzs-
maßnahmen der in diesem Bundesstaat
regierenden Congress Partei (I), die ei-
ne weitgehende Pressezensur und Um-
setzung des Streikverbots in wichtigen
Industriezweigen sowie dem Öffentli-
chen Dienst vorsieht. Nach dem neuen
Pressegesetz kann jeder Journalist aus
Bohar verhaftet werden, egal ob er sich
innerhalb oder außerhalb des Bundes-
staates aufhält. Bihar ist einer der Bun-
desstaaten mit der ausgeprägtesten
Korruption, und bisher wurden schon
mehrere Journalisten verhaftet, die da-
gegen Stellung bezogen haben. Das
Pressegesetz soll nach Meinung der in-
dischen Regierung auf ganz Indien aus-
gedehnt werden.

Der Generalstreik wurde auch von
großen Teilen der Händler unterstützt,
die an diesem Tag die Geschäfte ge-
schlossen hielten. Tags zuvor waren ei-
nige Korrespondenten von Tageszei-
tungen, die über den Streik informiert
hatten, verhaftet und festgesetzt wor-
den.

Im Bundesstaat Kerala haben sich
jetzt die verschiedenen Gewerkschaf-
ten der Landarbeiter zusammengetan
und eine Liste von Forderungen, unter
anderem nach einer Unfallversiche-
rung und nach einer gesicherten Rente
erstellt. Inzwischen hat die Zahl der
Menschen, die unter der Armutsgrenze
existieren müssen, weiter zugenom-
men. Sie liegt jetzt nach offiziellen An-
gaben der indischen Regierung bei
32%, ca. 316 Millionen. Im Zusam-
menhang mit den Tilgungen für die
IWF-Kredite hat die indische Regie-
rung jetzt auch Unterstützungen für
die einzelnen Bundesstaaten zurückge-
schraubt.

Die Zeitung der CPI (M) (Kommu-
nistische Partei Indiens (Marxisten))
schreibt: „In den meisten Staaten, au-
ßer es sind Linksgerichtete an der Re-
gierung, wandert das meiste der Unter-
stützungen in die Taschen von Unter-
nehmern oder anderen Zwischenhänd-
lern. Aber wenn bisher immer noch ein
wenig für die Massen durchkam,
kommt es jetzt nicht mehr durch.“

Quellenhinweis: Peoples Democracy, Zeitung der CPI
(M), 19.9.82; Times of India, Bombay, 20.9.82

„Es gibt kein häßlicheres Monster als den modernen Nationalstaat“

Vor Beginn des Interviews erläuterte Dave Monture, Mohawk vom Reservat der sechs Nationen, daß die indianischen Nationen sich in einem komplizierten Kampf der Entwicklung einer eigenen Ideologie befinden und nicht in den ideologischen Kampf zwischen Ost und West verwickelt werden wollen.

Interview mit Dave Monture, Politischer Berater des Nationalen Häuptlings der Versammlung der Ersten Nationen, Ottawa, Ontario.

– Seit dem geographischen Irrtum von Christoph Columbus nennen euch die Weißen Indianer. Wie nennt ihr euch selbst?

– In Kanada nennen wir uns die Ersten Nationen. Ich gehöre der Mohawk-Nation an. Wir sind die Ersten Nationen von Kanada. Von unserem Standpunkt aus sind die Franzosen und Engländer die zweiten und dritten. Wir haben alle unsere eigenen Namen für unsere eigenen Nationen, z.B. die Dene-Nation in den Nordwest-Territorien.

– Weshalb waren die europäischen Siedler in der Lage, euch das Land zu rauben?

– Es war ein langer Prozeß des Kolonialismus, und unser allererster Fehler war eine mangelhafte Einwanderungspolitik der Ersten Nationen. Eines ist sicher, es geht um das Land. Darum ist es immer gegangen. Wir haben es. Sie wollen es, und das soll man nicht vergessen. Ich möchte hinzufügen, daß Kolonialismus weit mehr ist als ein Eindringen in das Land eines Volkes. Es ist ein umfassendes Eindringen in die Würde eines Volkes, in seine Politik, seine geistige Natur, seine Herzen, seinen Verstand, selbst seine Gene.

– Wieviel von dem kanadischen Land gehört euch heute noch?

– Ungefähr 30 Prozent der kanadischen Landmasse, einschließlich dem angrenzenden Meeresboden und vielen Binnengewässern.

– Gibt es in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen den kanadischen Provinzen und den Territorien Yukon und Nordwest-Territorien?

– Hier haben wir zwei Kolonien innerhalb Kanadas.

– Kanada beansprucht, eine andere „Indianerpolitik“ zu treiben als die Vereinigten Staaten, nämlich humaner. Was ist euer Urteil?

– Kanada und andere Nationalstaaten beanspruchen vielerlei im Rahmen von Nord-Süd-Verhandlungen, im Rah-

men ihrer Eigenschaft als Unterzeichner der UNO-Menschenrechtskonvention, der Erklärung über Selbstbestimmung, Entkolonisierung usw. Kanada brüstet sich mit seiner Rolle im Nord-Süd-Dialog und seiner Hilfe für die Dritte Welt. Ich kann euch versichern, es gibt eine „Vierte Welt“ des Raubes an der Urbevölkerung und des Kolonialismus innerhalb der kanadischen Grenzen.

– Kanada hat kürzlich von Großbritannien die politische Souveränität erhalten. Was bedeutet das für euch?

– Großbritannien hat sich seiner historischen Beziehung zu den indianischen Völkern und seiner Ehre entledigt und hat sich zu den Falkland-Inseln begeben.

– Wie seht ihr den Konflikt zwischen Frankokanadiern und Anglokandianern? Historisch gesehen scheinen eure Beziehungen zu den französischen Siedlern ein bißchen besser gewesen zu sein.

– Ein populärer Roman beschreibt Kanadas „Zwei Einsamkeiten“. Das sind die Zwei Einsamkeiten der Engländer und Franzosen. Ich glaube, daß es in Wahrheit drei Einsamkeiten gibt, wobei die erste die der Ersten Nationen Kanadas ist. Man gibt uns zunehmend das Gefühl der politischen Isolierung vom kanadischen nationalen Bewußtsein. Und die Kluft wird in vieler Hinsicht größer. Es ist unsere Hoffnung, daß die Engländer und Franzosen sich einigen und sich *uns* in unserem Kanada anschließen. Kanada ist schließlich ein indianisches Wort. Keiner kennt die wahre Natur Kanadas besser als seine ersten Einwohner. Sie, die europäischen Kanadier, haben die Verbindung mit der schönen Mystik und dem Wunder dieses großartigen Landes verloren, mit seiner unberührten Natur und dem großen Versprechen, die Fehler, die auf dem Rest der Welt begangen wurden, nicht wiederholen zu müssen. Sie hören dem Land nicht zu und haben keine Verbindung zu den kleinen Gemeinden in Kanada. In vieler Hinsicht haben die Indianer Mitleid mit ihnen. Was das französische Kanada betrifft, so können wir deren Wunsch nach Selbstbestimmung sicherlich verstehen, ebenso wie ihre Entscheidung, keine „sanftmütigen durchschnittlichen Mittelklassenkanadier“ zu werden. Ich muß aber darauf hinweisen, daß auch das Haus von Quebec nicht in Ordnung ist, was seine Urbevölkerung betrifft, seine „Autochthonen“.

Immerhin ist „autochthon“ jetzt im allgemeinen Wortschatz üblicher als das französische „sauvage“ (Wilde).

– Wie viele „Reservate“ gibt es derzeit?

– Es gibt mehr als 2200 Reservate in Kanada. Ihre Größe liegt zwischen knapp 2000 Quadratmetern und mehreren hundert Quadratkilometern.

– Was sind dort die dringendsten Probleme?

– Statistisch gesehen haben unsere Leute die niedrigsten „Lebenschancen“ von allen Bevölkerungsgruppen in Kanada. Politisch muß ich sagen, daß der Kolonialismus eine äußerst schmerzliche Erfahrung war, als wir in den Vorgang eingetreten sind. Ich kann versichern, es ist heute doppelt so schmerzhaft, uns von diesem tödlichen Prozeß zu befreien. In Südamerika gibt es den schnellen Tod des Völkermords. In Kanada gibt es den langsamen Tod – ebenso schmerzhaft – durch die Assimilierungspolitik der Bundesregierung.

– Welche Rechte habt ihr auf den Reservaten?

– Wir sagen, wir haben Rechte. Die Bundesregierung und die Provinzen sagen, wir hätten nur Privilegien, nämlich die Privilegien, daß unsere Bundesregierung die Politik verfolgt, unser Volk auf ein akzeptables Niveau der Armut und der „Gleichheit“ zu bringen. Sie verstehen den Begriff der Kollektivrechte nicht: daß wir Nationen in Kanada sind, mit kollektiven und politischen Rechten. Sie verstehen nicht, daß wir vielleicht beschlossen haben, nicht so zu sein wie jedermann sonst, daß wir in Kanada koexistieren wollen, mit unserer eigenen intakten Souveränität, die respektiert werden muß.



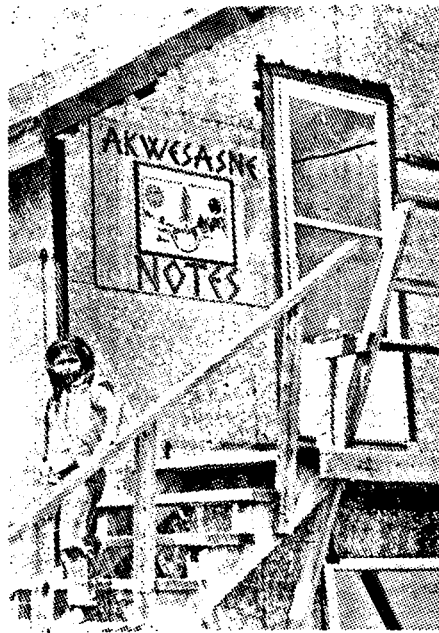
Der wilde Reis in Ontario wird seit Menschengedenken von den Indianern geerntet.

– Welche Gelder erhaltet ihr von der Regierung und wer entscheidet über deren Verwendung?

– Wir, also die nationale indianische politische Institution, erhalten von der Bundesregierung Gelder in zweierlei Weise: wir erhalten einen „Kernfonds“, der es uns ermöglicht, ein politisches Büro für Verhandlungen und Maßnahmen gegenüber den kanadischen Regierungen innerhalb des sogenannten „pluralistischen politischen Modells“ zu unterhalten. Ferner erhalten wir Programmgelder zur Durchführung unserer politischen Arbeit auf Gebieten wie Gesundheitswesen, Unterricht, Wohnungen, wirtschaftliche Entwicklung. Wer entscheidet, wie das Geld verwendet wird? Das tun wir. Ich muß sagen, daß die kanadische Regierung die Gelder in vollem Bewußtsein dessen zur Verfügung stellt, daß sie dafür auch „Prügel“ einstecken muß. Vielleicht hat sie nicht damit gerechnet, daß die Indianer sich so schnell organisieren. Wir hoffen, daß andere Nationalstaaten sich an dem Beispiel der kanadischen Regierung orientieren, in die politische Entwicklung ihrer Urbevölkerung zu investieren. Manche mögen das ein aufgeklärtes Eigeninteresse nennen, insofern die Regierung eine nationale Organisation braucht, um mit der Unzufriedenheit umgehen zu können. Jedenfalls hat es aber die kanadische Regierung für richtig gehalten, ein gewisses Risiko einzugehen. Ich möchte auch hinzufügen, daß die kanadische Regierung es für richtig gehalten hat, den Rat Eingeborener Völker der Welt finanziell zu unterstützen. Das ist eine internationale nichtstaatliche Organisation, die weltweit die Interessen der Vierten Welt vertritt. Dafür hat Kanada wiederum auf der internationalen Ebene Prügel bezogen. Die skandinavischen Staaten haben ebenfalls geholfen – man muß Anerkennung aussprechen, wo sie am Platz ist.

– Was bedeuten die Ausdrücke „Status-Indianer“ und „Vertrags-Indianer“?

– In Kanada ist es rechtlich definiert, was ein Indianer ist. Ich habe zum Beispiel eine Nummer von der Bundesregierung – Oberer Mohawk 1454 – das ist meine Beziehung zur kanadischen Bundesregierung. Es gibt etwa 300000 Status-Indianer. Der Ausdruck Vertrags-Indianer bezieht sich auf Bürger solcher indianischer Nationen, die förmliche Verträge mit der britischen oder kanadischen Krone abgeschlossen haben. Übrigens kenne ich keinen Vertrag, der nicht gebrochen wurde. Ein berühmter Häuptling der Nez Perce hat gesagt: „Sie haben nur ein einziges Versprechen gehalten. Sie haben versprochen, unser Land wegzunehmen. Und sie haben es genommen.“



Redaktion der Zeitung auf dem Reservat der Sechs Nationen.

– Im Krieg von 1812 zwischen England und den Vereinigten Staaten haben die Ersten Nationen um die Begrenzung der Besiedelung auf bestimmte Gebiete gekämpft. Sie haben verloren. Kämpft ihr immer noch um ein zusammenhängendes Territorium der Ersten Nationen oder ist dieser Kampf ein für allemal verloren?

– Dieser Kampf hat erst begonnen. Es gibt in Kanada noch die Möglichkeit, indianische Heimatländer in Selbstverwaltung zu errichten, die innerhalb der kanadischen Konföderation koexistieren würden. Tatsächlich betrachten wir jedes unserer Reservate als Heimatland. Theoretisch müssen Föderationen flexible staatliche Abmachungen sein, die regionalen Interessen und Kollektivrechten Rechnung tragen. Dafür gibt es heute in der Welt zahlreiche Beispiele, etwa die Schweiz. Es gibt viele derartige Verfassungsmodelle. Wir haben auch das Modell der Selbstverwaltung in Grönland. Grönland ist heute ein Beispiel für eine sichtbar selbstbestimmende Regierung durch die Urbevölkerung. Es gibt kein häßlicheres Monster als den modernen Nationalstaat. Und wenn diese Nationalstaaten nicht aufwachen und sich mit den Interessen der kleinen Völker dieser Welt befassen, dann ist die nukleare Zerstörung nicht das einzige Problem der Zukunft.

– Ihr habt kürzlich einen weltweiten Kongreß der Ersten Nationen abgehalten. Was waren die Ergebnisse?

– Die Eingeborenen Völker der Welt sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Friede und die Würde in der Welt nicht mehr von Nationalstaaten abhängig sein dürfen. Ein neuer politischer Realismus und eine neue Reife sind aus der Weltversammlung der Ersten Na-

tionen hervorgegangen. Die Beschlüsse und Empfehlungen werden von dem Rat der Eingeborenen Völker der Welt in die Tat umgesetzt. Es wurde auch ein Entwurf für einen Vertrag über die Rechte eingeborener Völker erörtert. Wenn es über 30 Jahre gedauert hat, ehe die Vereinten Nationen eine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet haben, dann sind wir nicht so naiv zu glauben, daß die Nationalstaaten innerhalb von sagen wir fünf Jahren Schritte zu einem solchen Vertrag unternehmen werden. Die Vereinten Nationen werden eine langfristige, systematische Anstrengung unternehmen.

– Habt ihr Verbindungen zu den Ländern der Dritten Welt, zur Blockfreienbewegung, zu den Vereinten Nationen?

– Ja.

– Die indianische Lebensweise ist seit jeher für viele Europäer attraktiv gewesen, wegen ihrer gesellschaftlichen Kooperation und dem Mangel an Privateigentum. Wie seht ihr die Zukunft der Ersten Nationen und der kapitalistischen Gesellschaften?

– Wenn nicht Ost und West oder Nord/Süd aufwachen und die Wirklichkeit einer kranken Welt erkennen, ist es sicher, daß sie die eingeborenen Völker mit sich reißen werden. Wenn sich die Menschen nicht darüber klar werden, daß man ohne sauberes Wasser innerhalb von vier Tagen stirbt, wenn sie nicht begreifen, daß sie in das große Mysterium hineinpfeuschen, mit dem Ergebnis der nuklearen Zerstörung – dann wird die eingeborene Welt nur wimmern können. Andererseits: wenn die Nationalstaaten wenigstens etwas aufgeklärtes Eigeninteresse dahingehend entwickeln, auf das Wissen der Eingeborenen zu hören, dann könnte das dazu führen, daß die Welt sicherer, friedlicher und etwas würdiger wird.

– Wenn die Menschen in Westdeutschland Interesse an weitergehenden Informationen haben, was sollen sie dann tun?

– Die Menschen in Westdeutschland könnten sich überlegen, ob sie eine Delegation bilden, die einem Querschnitt der deutschen Interessen entspricht, mit Vertretern von Technik, Kultur, Medizin, Wirtschafts- und Politikwissenschaftlern. Die Ersten Nationen würden sie empfangen, um gemeinsame Interessen an einer besseren Welt herauszufinden. Zweifellos sind bereits heute viele unserer indianischen Regierungen bereit, über Handel, natürliche Ressourcen, Technik, Tourismus usw. zu sprechen. Meine einzige Warnung ist, daß die Delegation nicht mit Karl-May-Naivität belastet sein sollte. Ich glaube, daß eine solche Delegation von den indianischen Nationen freundlich aufgenommen würde.



Costa Gavras „Vermißt“

Menschliches gegen die amerikanische Bourgeoisie und die Militärs in Chile

Der Film „Vermißt“, der jetzt in den westdeutschen Kinos spielt, ist von Costa-Gavras, der das Drehbuch geschrieben hat und auch Regisseur ist. „Vermißt“ beruht auf wahren Sachverhalten und zeigt die Geschichte eines us-amerikanischen Industriellen, der mit seiner Schwiegertochter seinen Sohn in Chile sucht, der während des Militärputsches gegen die Regierung Allende verschleppt und schließlich ermordet wird.

Costa-Gavras hat in diesem Film die Perspektive gewechselt. Sein Film „Z“, der in der Studentenbewegung sehr bekannt war, handelt von einem Anwalt, der – zwar mit bürgerlichen Mitteln – die faschistische Diktatur in Griechenland bekämpft. Der Film zeigt die Ausweglosigkeit auf, mit „rechts-staatlichen“ Mitteln gegen eine Diktatur zu kämpfen. Costa-Gavras nächster bekannter Film „Der unsichtbare Aufstand“ schildert den Kampf von Guerilleros in einem lateinamerikanischen Land gegen die Militärdiktatur und den US-Imperialismus. Ein amerikanischer Militärberater, der sich in der Öffentlichkeit hinter dem Image eines gut-bürgerlichen Familienvaters tarnt, wird entführt und schließlich erschossen, weil die Regierung die Forderung nach Freilassung der inhaftierten Guerilleros nicht erfüllt.

In „Vermißt“ wird die Vorbereitung des Putsches in Chile unter direkter Beteiligung der US-Regierung aufgedeckt. Der

Fabrikant Horman, der die Wahrheit sucht und ein Mitglied der Christlichen Wissenschaft ist, muß feststellen, daß die US-Botschaft in Chile lügt und ihn hinhält, um die wahren Sachverhalte bei der Ermordung seines Sohnes zu vertuschen, mit der Absicht, die Zusammenarbeit der US-Regierung mit den Militärs nicht aufzudecken.

Waren in den anderen Filmen von Costa-Gavras die Elemente des Kampfes gegen die Militärdiktaturen hervorgehoben, im „Unsichtbaren Aufstand“ eindeutig die Sympathie mit den Guerilleros und der Haß gegen den US-Imperialismus Ausgangspunkt, so werden in „Vermißt“ diejenigen Aspekte betont, die die Suche eines Vaters und einer Ehefrau nach dem verlorenen Sohn und Mann zeigen. Der Film versucht, die Gefühle des Betrachters auf den Familienzusammenhalt zu lenken. Was von diesem Gesichtspunkt her dazu taugt, die Schweinereien der US-Regierung und der chilenische Militärs aufzudecken, wird aufgedeckt. Alles andere wird in der Tendenz abgestumpft. Die Szene, in der ein Armeehubschrauber mit Flutlicht in den engen Straßenschluchten von Santiago ganz offensichtlich die Leute auf der Straße zusammenreibt und abschießt, wird von der sicheren Terasse eines Restaurants für reiche Ausländer eingeblendet, ohne daß man erfährt, worum es geht. Die Gefühle, als Beth Horman, Ehe-

frau des Vermißten, unter hunderten von Leichen von chilenischen Widerstandskämpfern die Leiche eines amerikanischen Freundes entdeckt, gelten der Tatsache, daß Beth einen Freund verloren hat. Die Gefühle werden mobilisiert für Horman, der im Stadion unter tausenden Gefangenen seinen Sohn mit Hilfe eines Mikrofons suchen darf: „Weißt du noch, als wir zusammen ...“. Absichtlich werden die Gefühle auf das Vater-Sohn-Verhältnis gelenkt, und die Widerstandskämpfer in Stadion sind nur Kulisse. Als ein Gefangener ans Gitter gelaufen kommt und sich beschwert, daß sein Vater ihn nicht suchen kommen darf, wirkt das eher befremdend.

Der Film ist nicht reaktionär. Die Vorbereitung des Putsches durch die US-Regierung wird aufgedeckt, und daß sich Leute gegen die Bourgeoisie wenden, weil ihren Familienmitgliedern etwas angetan worden ist, passiert häufig. Aber Ausgangspunkt des Filmes ist die menschliche Tatsache, daß Reich und Arm Kinder aufziehen und dabei bestimmte Gefühle entwickeln. Und von diesem Ausgangspunkt allein wird die Kritik am US-Imperialismus entwickelt, was das Interesse am politischen Kampf gegen die US-Regierung und die chilenischen Militärs abgeschwächt. So bietet der Film der Reaktion eine offene Flanke für allerlei Schabiges im Interesse der Familie.

Zusammengestückelte Denunziation der RAF

Wenn in einem Krimi der Handlungsablauf davon abhängt, daß ein Fingerabdruck des Bösen auf einen Brief gedrückt wird, dann könnte Nick Knatterton seine Freude daran haben. Der Verfasser des rororo-thrillers „Katenkamp und der Briefträger“ schreibt bierernst, was er für wirklichkeitsnah hält. Wie das Leben so konstruiert: Ein Mitglied der „Aktionsgruppe Absoluter Anarchismus“ hat sich von der Gruppe abgesetzt und wohnt, wie er zu seinem Schrecken bemerkt, über der Wohnung eines Kriminalbeamten. Der frühere Sprengstoffexperte hinterläßt prompt seinen Fingerabdruck auf einem Brief, der für den Kripomann bestimmt ist. Der Brief ist ein Erpresserbrief, der Kripomann untersucht gerade einen Mord an einem Briefträger, der direkt vor dem Haus des Kripobeamten erschossen wurde. Da der Fingerabdruck die Handlungsabläufe zusammenfädelt, können jetzt die Fahndungsmühlen mahlen. Was die schöne Häufung von Wahrscheinlichkeiten dem Verfasser an Platz auf der einen Seite einräumt, kann der Schreiber dann mit allen Klischees füllen, die er während der letzten Jahre über die Mitglieder der RAF finden konnte. Diese Behauptungen, insbesondere der völligen moralischen Verkommenheit, spuken dem früheren Mitglied der Aktionsgruppe als Selbstverurteilung im Kopf herum. Da er den Handlungsablauf und die Klischees so offensichtlich zusammengestückelt hat, verfehlt der Schreiber die beabsichtigte denunziatorische Wirkung.

D. Wolff, Katenkamp und der tote Briefträger, rororo 2603, 4,80 DM

Danzer auf der Suche nach dem Glück

Der Österreicher Georg Danzer, in der BRD bekannt als Musiker, hat eine Reihe von Erzählungen und Betrachtungen geschrieben. Seine Stärke in dieser Prosa ist das Aufspüren und Angreifen von bürgerlichen Vorurteilen, die er allerdings den Kleinbürgern in die Schuhe schiebt statt den Kapitalisten.

Zum Beispiel läßt er einen Spießbürger in der Sauna rasonieren: „Und heutzutage mit den ganzen Entführungen und so, nicht einmal hochgestellte

Persönlichkeiten sind da sicher, obwohl man beim Papst ja nicht so genau weiß, ob das überhaupt die Kommunisten waren, bitte, nicht daß ich die verteidigen möchte, aber es gibt auch noch andere ...“ Stärker verarbeitet sind oft die gleichen Themen und Überlegungen in seinen Liedertexten. In der „Bürgerwehr“ arbeitet er die reaktionäre Zielrichtung der bürgerlichen Hetze heraus:

„Ich hab nix gegen lange Haare / nur gepflegt müssen sie sein / ich hab nix geg'n junge Leute / wenn sie folgsam sind und rein / ...“

Nieder mit dem ganzen G'sindel / stellt's einfach alle an die Wand / die zersetzen unsre Werte / die verspotten unser Vaterland / ...“

Schwach und albern sind dagegen seine Vorschläge, wie etwas an den Verhältnissen zu ändern wäre. Er schwankt zwischen dem romantischen Konzept, daß die Hauptsache für den Menschen ist, immer auf der Suche zu sein, statt zu einem Ziel zu kommen, und der schwächlichen Vorstellung, daß nur genügend Leute einsehen müssen, daß sie erstmal aussteigen und dann abwarten müssen, bis sie nicht nur bloß viele, sondern eben alle sind. Die Abschaffung von bürgerlichen Politikern, Generälen und dergleichen kann er sich nur durch eine alle erlösende Katastrophe, zum Beispiel eine atomare, vorstellen. „Der Herr Präsident hat es bis zum Schluß nicht glauben können. Na ja, dann hat er auch dran glauben müssen.“ Bloß hat dann auch keiner mehr einen Nutzen von solchen Späßen.

G. Danzer, Die gnädige Frau und das rote Reptil, Heyne TB, 7,80 DM

Reinwaschung von Kriegsverbrechern

„Gemäß dem 1939 geltenden Völkerrecht ist Krieg kein strafrechtlich verfolgbares Verbrechen. Das Statut stellt ein erst nach der Tat geschaffenes Recht dar. Die Richter sind nur von der einen Kriegspartei gestellt, die Schöpfer der Gerichtsverfassung und der Strafrechtsnormen sowie Ankläger und Richter zugleich.“ Diese Erklärung der Verteidiger der im Nürnberger Prozeß 1945/46 angeklagten Kriegsverbrecher stellt Michael Burk als Motto an den Anfang seines Romans „Das Tribunal“. Tatsächlichen Verlauf und Dokumente mischt er mit Erfundenem, um den Ein-

druck zu erwecken, die in Nürnberg Verurteilten seien nicht alle Kriegsverbrecher gewesen, sondern der Rache der Sieger zum Opfer gefallene Politiker. Dazu wird der erfundene Angeklagte Berger „menschlich“ nahe gebracht. Er hat Sorgen um seine Familie, kämpft mit dem Gewissen und ringt sich dazu durch, sein „Nichtschuldig“ zu widerrufen. Seine Taten werden verharmlost. Als „Generalbevollmächtigter für Fragen der Wirtschaft und des Arbeitseinsatzes in den besetzten Gebieten des Ostens“ ist er dem Generalgouverneur von Polen H. Frank nachempfunden. Frank (auch er bekannte im Prozeß „schreckliche Schuld“) wurde für die rücksichtslose Plünderung Polens und die brutale Organisation von Zwangsarbeit zum Tode verurteilt. Berger erhält im Roman lebenslänglich. Er sei als „wirtschaftspolitischer Fachmann“ benutzt worden. Seine Frau: „Du hast dein Leben ausgefüllt mit Arbeit, mit verantwortungsvoller, schwieriger Arbeit. Daß du jetzt hier bist, dafür trifft dich keine Schuld.“ Berger fühlt sich aber schuldig, weil er wußte, daß es KZs gab. Dieser Seelenschmerz (Berger lernt auch wieder beten) endet damit, daß ihn sein Verteidiger dazu überredet, ein Gnadengesuch zu stellen, denn: „Sind nicht mit Schacht die gesamte Aufrüstung und ihre Finanzierung, die Wirtschaftler und Bankleute aus der Kategorie ‚Verbrechen‘ herausgenommen worden? Stehen nicht mit Speer die Techniker und mit Papens Freispruch weite politische und Beamtengruppen im besseren Licht?“ Nachdem so die Bourgeois und der Staatsapparat von der Verantwortung für den Krieg und die Kriegsverbrechen eingewaschen wären, blieben noch die tatsächlichen Verbrecher, die fanatischen Nazis. Burk verkörpert sie in einer Gruppe ehemaliger SS-Männer, die ein Attentat auf den Gerichtshof planen. Er stellt sie als verrohte, dumme Kerle dar mit den nicht weiter aufgeklärten Idealen „Ehre und Treue“. Dagegen die „anständigen Deutschen“. Burk legt wie schon bei der Figur von Berger viel Wert auf die Schilderung ihrer Gefühle, Leidenschaften und Schwächen. Das „Allzumenschliche“ deckt zu, wer und warum die verbrecherische Politik der Nazis betrieben hat.

Michael Burk, Das Tribunal, Moewig-Roman 2118, 7,80 DM

GAL Hamburg

Auf der Parlamentsbühne einige Tritte gegen rechts

Seit dem 6. Juni sind Vertreter der Grün Alternativen Liste (GAL) Hamburg in der Bürgerschaft vertreten. Als „Hamburger Zustände“ wird bekanntlich eine Lage bezeichnet, wo weder die CDU noch die SPD die absolute Mehrheit haben, die FDP als Mehrheitsbeschaffer rausfiel und die SPD zusieht, wie sie durch teilweise Unterstützung durch die GAL an der Regierung bleiben kann. In Hessen sind solche „Hamburger Zustände“ auch eingetreten, und für den Fall einer baldigen Bundestagswahl wird ähnliches für die Zusammensetzung des Bundestages erwartet.

Die Bourgeoisie verfolgt das Ziel, die GAL in das bürgerliche Parteiensystem zu integrieren. SPD-Bürgermeister von Dohnanyi nennt es einen Ausbildungs- und Erziehungsvorgang, „die Schwierigkeiten der GAL, sich von einzelnen Interessengruppen zu lösen und das Wohl der ganzen Stadt im Auge zu behalten“, zu meistern. Diese Taktik der Bourgeoisie wird mit verteilten Rollen verfolgt. Um Kohl herum gibt es die Meinung, Grüne/Alternative seien Feinde der Republik, sie gefährdeten das westliche Bündnis; Brandt rechnet mit ihnen für ein Bündnis links von der CDU, wobei völlig offen ist, wie „links“.

Auch wenn nach so kurzer Zeit nicht beurteilt werden kann, wie sich die Arbeit der GAL im Parlament weiterentwickeln wird, eins kann man feststellen: Anfragen in der Bürgerschaft zwingen die bürgerlichen Parteien in bestimmtem Umfang, ihre Karten auf den Tisch zu legen, stören ihr stillschweigendes Übereinkommen, nützen in gewisser Weise der Kontrolle des Staatsapparates und können die Aktionseinheit gegen die staatliche Unterdrückung fördern. So kann z.B. die Polizei sicher sein, daß jeder Einsatz sein parlamentarisches Nachspiel hat. Die GAL hat wegen Polizeiterrör gegen Punker verschiedene Anfragen gestellt wie auch zum Polizeieinsatz gegen Türken und Kurden, zum Einsatz in Moorburg während Abbrucharbeiten, wegen Anwesenheit eines Polizisten in Zivil in der Bezirksversammlung in Harburg.

Selbstverständlich antwortete der Hamburger Senat jeweils, die Polizei sei ihrem gesetzlichen Auftrag, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, nachgekommen. Trotzdem wird eine Wirkung auf die Polizeitruppe nicht ausbleiben, wenn jedesmal der Einsatz im einzelnen und personenbezogen überprüft wird. Die Anfrage 10/211 „Henkerschlinge im Heckfenster eines Polizeimannschaftswagens“ anläßlich der Libanon-Demonstration brachte den Hamburger Senat und die Polizeiführung jedenfalls in die Verlegenheit, den bzw. die Polizisten nicht decken zu können, sondern erklären zu müssen, dafür zu sorgen, daß solche oder ähnliche Vorfälle nicht wieder vorkommen.

Mit der Frage nach den Steuerrückständen wurde offengelegt, daß sie von 705 Mio. DM im Jahr 1977 auf 941 Mio. DM im Jahr 1981 angewachsen sind und daß der Hamburger Senat den Kapitalisten unter der Hand hohe Kredite gewährt. Da mag ein Arbeiter seine Miete nicht bezahlen können, aber die Lohnsteuer wird auf jeden Fall abgezogen. Bei den Kapitalisten hingegen werden die hohen Zinsen und Liquiditätsschwierigkeiten berücksichtigt und wird von der Steuereintreibung abgesehen.

Anläßlich des Antikriegstages am 1. September stellte die GAL verschiedene Anträge, die die kriegsvorbereitende Propaganda in Hamburg einschränken sollten: keine öffentlichen Gelöbnisse in Hamburg, keine militärtechnischen Ausstellungen, Friedenserziehung in den Schulen, kein Zutritt für Jugendoffiziere in den Schulen und kein Kasernenbesuch von Schulklassen sowie keine Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet Hamburgs. Die Anträge wurden alle abgelehnt. In der hitzigen Debatte warf GAL-Fraktionsführer Ebermann der CDU und Teilen der SPD vor, sie würden bei ihrer Politik den „Krieg mit einkalkulieren“. Eher harmlos, kommentierte der „Arbeiterkampf“ dies zu Recht, weil die bürgerlichen Parteien den Krieg ja vorbereiten. Die Drohung von SPD-Bürgerschaftsmitgliedern, sie würden nicht mehr mit der GAL reden, hat die GAL veranlaßt, sich darauf zurückzuziehen, auch SPD-Mitglieder äußerten ähnliche Kritik.

Solche Drohungen der SPD machen Eindruck, solange die GAL damit beschäftigt ist, „politikfähig“ zu werden und an der Macht teilzuhaben. Deshalb konnte die SPD auch als Erfolg verbuchen, daß sie mit den Stimmen der GAL einen Sonderkredit von 684 Mio. DM bewilligt erhielt und der angeblich drohende

Staatsbankrott abgewendet ist. Wo die Steuerschuld der Kapitalisten noch höher liegt, kann der Staatsbankrott nicht so dicht vor der Tür gestanden haben. Da die GAL ihre Zustimmung mit der notwendigen Zahlung von Weihnachtsgeld an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst begründet, kann man fragen, warum sie nicht die erforderlichen 300 Mio. DM zweckgebunden bewilligt hat. Zugeständnisse hinsichtlich Rücknahme von Sparmaßnahmen hat es von Seiten des Hamburger Senats lediglich im Umfang von etwa 5 Mio. DM gegeben. Ansonsten gibt es nur das Versprechen des Hamburger Senats, die eingeschlagene Haushaltspolitik fortzusetzen, was weitere Einsparungen im sozialen Bereich und Gebührenerhöhungen (z.B. ab 1.1.83 für den Nahverkehr) bedeutet.

Die GAL orientiert sich an der Durchsetzung von einzelnen Reformen und Verhinderung von besonderer staatlicher Unterdrückung. Daher können sich GAL und SPD in den Verhandlungen um die Tolerierung des SPD-Minderheitsensatzes weitgehende Übereinstimmung bestätigen und um Einzelfragen streiten. Die GAL strebt einen „Reform-Block“ gegen die CDU an und will zu diesem Zweck die SPD nach links ziehen, was tatsächlich ohne „außerparlamentarische Basis“ und verstärkten Angriff auf die Politik der CDU schwer ist.

Quellenhinweis: Sämtliche parlamentarischen Anfragen der GAL in der Hamburger Bürgerschaft; FAZ, div. Ausgaben September 1982

Großdeutschland

Hausse für die Steigbügelhalter eines neuen Ostlandtrittes?

Zu den widerwärtigen Erscheinungen der politischen Entwicklung in den letzten Monaten und Jahren zählt das Aufkommen einer nicht geringen Zahl von politischen Glücksrittern und Spekulant, die aus den Fehlern und Dummheiten, mit denen die grün-alternative Bewegung nahezu zwangsläufig behaftet ist, Kapital zu schlagen versuchen – Leute wie Günther Ammon, Dr. Peter Brandt, Daniel Cohn-Bendit, Christian Semmler, Hans-Gerhart Schmierer und andere der gleichen Sorte, mehr oder weniger bekannt und „erfolgreich“. Dieser Vorgang ist an sich nichts Außergewöhnliches, sondern Effekt der Degradation von Teilen der neuen Mittelklasse, so wie die Degradation von Teilen gesellschaftlicher Klassen immer schon allerlei Sumpfpflanzen hervorgebracht hat. Zwei Gründe lassen uns die Befassung mit diesen Leuten als dringend geboten erscheinen:

Erstens ist von Interesse, in welchen Wind sie ihre Fahnen hängen, und zwar vor allem wegen der Windrichtung. Anders ausgedrückt, für die Revolutionäre kann nicht gleichgültig bleiben, wie die Reaktion die grün-alternative Bewegung für ihre Expansionsinteressen einzuspannen versucht; das aber erschließt sich u.a. aus den Bemühungen solcher Leute.

Zweitens sind etliche von ihnen einstmals für andere Ziele und Zwecke angetreten als für die, die sie jetzt verfolgen. Und wenn sie bis heute einen gewissen Einfluß ausüben können, als „Linke“ oder gar als „Kommunisten“, dann wegen ihrer früheren und trotz ihrer heutigen Tätigkeit, aber genau mit ihren heutigen Positionen und nicht mit ihren früheren.

Speziell ist die Rede von den Überresten des KBW um Hans-Gerhart Schmierer. Der politische Betrug, in dem sie leben, ist manifest in dem erheblichen Vermögen, von dem sie leben. Von Tausenden von KBW-Mitgliedern als Hilfsmittel im Kampf gegen die Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie geschaffen, dient es heute einigen wenigen dazu, der Position der Unterordnung unter die inneren und äußeren Expansionsziele derselben westdeutschen Monopolbourgeoisie Einfluß zu erkaufen. Daß der politische Betrug, dies nur nebenbei, den meisten der KBW-Mitgliedern, die 1980 das Programm über Bord warfen, inzwischen vage aufgedämmert ist und sie den KBW verlassen haben, stört Schmierer und seine verbliebenen Mit- (und Gegen)spieler allerdings kaum: Zwar vermindert sich damit das laufende Einkommen, aber das Pro-Kopf-Vermögen steigt.

Vor einem halben Jahr bereits (Pol. Ber. 8/82) haben wir aus Anlaß einer Anzeige für die national-sozialistische Zeitschrift „Wir selbst“ in der „Kommunistischen Volkszeitung“ auf gefährliche Tendenzen beim KBW hingewiesen, der den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie durch den Kampf gegen „fremde Mächte“ zu ersetzen begonnen hatte. Inzwischen hat er nicht nur seinerseits beim „Wir selbst“-Publikum für „Kommunismus und Klassenkampf“ geworben, sondern seine nationale Befreiungstheorie weiter ausgearbeitet und angewandt.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die von H.G. Schmierer ausgegebene Losung: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist der Leitfaden im Kampf gegen den Krieg“ („KVZ“ 24/82, S. 15) „Eine einheitliche Front gegen die beiden Supermächte und für die Auflösung ihrer Militärblöcke kann nur gebildet werden, wenn innerhalb dieser Frontbildung das Selbstbestimmungsrecht anerkannt wird und alle Widersprüche dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind untergeordnet und durch Verhandlungen gelöst werden.“ Unmittelbar diente dieser Artikel dazu, den britischen Aggressionskrieg gegen Argentinien zu rechtfertigen, ja direkt zu begrüßen: Denn schließlich habe Argentinien des regionalen Hegemoniestrebens wegen und in Mißachtung des „Selbstbestimmungsrechts der Falkländer“ der „einheitlichen Front gegen die beiden Supermächte“ geschadet, Großbritannien hingegen „am meisten den USA“, damit ja der „Front gegen die beiden Supermächte“ genutzt. Wir wollen uns nicht lang damit aufhalten, daß derselbe H.G. Schmierer nur ein Jahr zuvor („Kommunismus und Klassenkampf“ 6/81) Kriege der europäischen Länder gegen Länder der Dritten Welt für zwar „unwahrscheinlich“, im Falle des Stattfindens aber für reaktionär erklärt hat. Damals konnte er womöglich noch nicht so recht überschauen, daß „deutsche Interessen“ in solchen Kriegen, gleich welche europäische Macht sie führt, unmittelbar mit auf dem Spiele stehen, was der Krieg um die Malwinen dann aber gründlich aufklärte und was ihm schließlich gute Gründe für die Rechtfertigung des Krieges und Propaganda des Sieges genug sind.

Mittelbar und in der Hauptabsicht jedoch zielte die neue Losung darauf, die von verschiedenen KBW-Autoren schon lange für „offen“ erklärte „deutsche Frage“ nunmehr als Frage des „Selbstbestimmungsrechts“ des deutschen Volkes so richtig systematisch aufzurollen. Prompt erschien in „Kommunismus und Klassenkampf“ 8/82 ein „grundlegender“ Artikel über „Die Verschiebung der deutschen Ostgrenze 1945, Gerechte Strafe oder Annexion?“, geschrieben vom ehemaligen Oberleutnant Martin Hentschel aus dem „Arbeitskreis DDR, Hamburg“.

Schon der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist bemerkenswert. Erstens hatten Brandt/Ammon seit geraumer Zeit mit verschiedenen Veröffentlichungen über die „deutsche Einheit“ und den „Patriotismus von links“ Lorbeeren geerntet, z.B. in der „Welt“; hier voll einzusteigen, konnte also als erfolgversprechend gelten. Zweitens hatte die CDU/CSU nur wenige Wochen zuvor mit zwei Großen Anfragen im Bundestag (s. Pol. Ber. 17/82) eine neue „deutschlandpolitische Initiative“ angekündigt. Zunächst also benötigte man im KBW, um an dem nun zu erwartenden deutschlandpolitischen Boom teilzuhaben, eine Erklärung dafür, daß man fortan die „Vertretung der Selbstbestimmung“ nicht mehr der CDU/CSU überlassen dürfte. Die besorgte besagter Artikel, man mache sich unglaublich, wenn man die „Empörung gegen den Verursacher“ (der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts) „in der Bevölkerung“ abtue. Drittens veröffentlichte der „Welt“-Chefredakteur Kremp am 29.9. einen „Hintergrundartikel“ zum Regierungswechsel, in dem er mit der blutig entschlossenen Selbstsicherheit, die nur auf dem Konsens der herrschenden Klassen beruhen kann, zu einer „neuen Epoche“ läutet, für die die Einverleibung der DDR ohne jeden „Gewaltverzicht“ schnörkel zur Hauptaufgabe erklärt wird. Dies alles mag nicht nur als Anzeichen dafür verstanden werden, daß die politische Spekulation von Schmierer und Konsorten auf einen deutschlandpolitischen Boom immerhin aufgehen kann. Es deutet außerdem an, daß an ihrer „Deutschlandpolitik“ ausschließlich originell ist, daß sie in „kommunistisch“ bezeichneten Publikationen vertreten wird.

Anders als – noch indirekte – Propaganda für Großdeutschland ließen sich die Klagen – ja nicht über die faschistische Aggression, sondern die Folgen ihrer Niederlage gar nicht verstehen. Zwar tritt man noch ein für die „Anerkennung der jetzt bestehenden Grenzen“, „weil das dem Selbstbestimmungsrecht der heute dort ansässigen Polen entspricht“. Schon aus dieser Begründung aber wird klar, daß von der Anerkennung der DDR nicht die Rede ist, denn „dort“ sind „ansässig“: Deutsche. Und daß der Deutschen „Selbstbestimmungsrecht“ sich überhaupt nur in der „Wiedervereinigung“ verwirklichen kann, ist nicht nur grundgesetzlich klar, sondern auch in „Kommunismus und Klassenkampf“ 6/81 lang ausgeführt. Und: Ist der Verlust der „Ostgebiete“ erst einmal als „Unrecht“ gegen das „Selbstbestimmungsrecht“ des deutschen wie des polnischen Volkes, das angeblich dort nicht „ansässig“ war und werden wollte, und als „großrussisch-machtpolitische Aktion verurteilt“, was eigentlich steht

dann einer Propaganda im Wege, wie sie H.G. Schmierer allgemein ja schon vorzeichnete? Daß nämlich „Deutsche“ und Polen im Sinne „einer einheitlichen Front gegen die beiden Supermächte“ und „in Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts“ ihre „Widersprüche dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind unterordnen“, konkret, „gemeinsam“ die Verhältnisse von 1937 wiederherstellen sollten, als nämlich Westpolen noch „deutsch“ und die westliche Sowjetunion für einen relativ kurzen Zeitraum polnisch waren. Schon die Tatsache, daß sich ein KBW-„Arbeitskreis DDR“ so ausführlich mit der Ostgrenze der DDR befaßt, läßt Schlimmstes befürchten.

Selbst auf den Anschein, man habe beim Kampf für das „Selbstbestimmungsrecht“ noch irgendwie ein sozialistisches Ziel im Sinne, verzichtet man beim KBW. Das Ziel ist schlicht und einfach – Großdeutschland; der Weg – die „Befreiung“. Glühend erwärmt sich Hentschel in deutschem „Nationalstolz“, beklagt die schändliche Tradition der Linken, „Nationalismus und Chauvinismus als identisch zu bekämpfen, und damit sämtliche Momente kultureller Tradition und Identität nicht als Triebkräfte der Befreiung zu gewinnen ...“ Allerdings geht man im KBW wahrscheinlich nicht davon aus, daß dem angestrebten Vierten Reich durch die Entfaltung solcher „Momente kultureller Tradition und Identität“, wie sie sich etwa auf den Vertriebenentagen darstellen, näherzukommen ist. Die eingeschlagene „Richtung unserer Arbeit“ legt Schmierer, ebenfalls in „Kommunismus und Klassenkampf“ 8/82, dar. Zur Schlußfolgerung, daß sich die „europäischen Völker“ mit dem US-Imperialismus erst einmal verbinden müssen, um den Sozialimperialismus zu schlagen, ist er schon ein gutes Jahr zuvor (6/81) gekommen. Nun folgt die theoretische Begründung. Und die lautet, knapp zusammengefaßt, so:

Die tatsächliche Entwicklung habe Lenin, der 1916 den (alten) Imperialismus als monopolistisches Stadium des Kapitalismus und als solches als parasitären, verfaulenden Kapitalismus bezeichnet hat, widerlegt. Tatsächlich habe der Kapitalismus weitgehend seinen Monopolcharakter verloren und, entgegen allen Erwartungen, sämtliche Verhältnisse revolutioniert und sich überhaupt schwingungsvoll weiterentwickelt. Allerdings sei neben diesen „modernen Kapitalismus“ der (sowjetische) Staatsmonopolismus getreten, als Ergebnis der Oktoberrevolution, der in sich alle dem (alten) Imperialismus zugesagten Eigenschaften vereine und auf die Spitze treibe und sich „mit ... Fäulnis und Stagnation im Gegensatz zu Kapitalismus und Sozialismus verträgt.“

Woher also weht der Wind?

Die internationale Widersprüche haben sich in den letzten Jahren erheblich verschärft und werden sich weiter verschärfen. Die Bourgeois wissen das und bereiten sich auf die gewaltsame Lösung vor. Viele sehen diese Entwicklung und sind entsetzt, sie zu verhindern, aber unsicher, wie. Hier beginnt für Leute wie Schmierer, Dr. Peter Brandt usw. das Geschäft.

Auf keinen Fall durch den Sturz der eigenen Bourgeoisie! Die Revolution, so Schmierer, sei jedenfalls, das könne man aus dem Ergebnis der russischen Oktoberrevolution lernen, eine schreckliche Gefahr, der Status Quo dank der Fähigkeit des Kapitalismus zu Wachstum und Blüte, die ihn vom sowjetischen Staatsmonopolismus unterscheidet und die er mit dem Sozialismus teile, bei weitem vorzuziehen. Aber niemand brauche die Hoffnung aufzugeben! Denn diese liege im Kampf für das „Selbstbestimmungsrecht“, das der „Leitfaden im Kampf gegen den Krieg“ ja sei! – Hier trifft sich der ehemalige Kommunist Schmierer mit dem politischen Chamäleon P. Brandt, wenngleich sich ihre „Begründungen“ für den Kampf für „Wiedervereinigung“ im Einzelnen auch unterscheiden mögen. Gemeinsam ist ihnen ihr Bestreben, in der Verschärfung der internationalen Widersprüche für die Gesundung des deutschen Volksbewußtseins zu wirken und in der Krise des Kapitalismus die Hoffnung auf eine großdeutsche Konjunktur zu wecken. Kurzum eine sozialchauvinistische Begründung für einen neuerlichen Ostlandritt zu verbreiten.

Einiges deutet darauf hin, daß Teile der grün-alternativen Bewegung für großdeutsche Propaganda nicht ganz unempfänglich sind. Die süßliche Brüderlichkeitsschwärmerei, die dieser Bewegung zu eigen ist, erleichtert den großdeutschen Propagandisten das Geschäft, denn wo sich alle als Brüder nahe stehen, da steht der deutsche Bruder am nächsten. Ob die Rechnung der politischen Spekulanten wie Schmierer, Brandt u.a. also aufgehen wird? Mit Sicherheit nicht. Selbst wenn ihre politische Linie Fuß fassen sollte, haben sie keine Zukunft. Es wird sich ganz einfach rumsprechen, daß sie nichts sind als die Werkzeuge anderer.

Quellenhinweis: „Kommunismus und Klassenkampf“ 6/81 und 8/82; „Kommunistische Volkszeitung“ 24/82; „Wir selbst, Zeitschrift für Nationale Identität“ 2/82

Gertrud Höhlers Zeitgeist

Christlich-abendländische Werte psychologisch aufbereitet

Dregger wollte die parteilose Lyrik-Professorin Gertrud Höhler als Wissenschaftsminister für Hessen berufen. Eines ihrer Bücher – „Gesinnungskonkurrenz der Intellektuellen“ – läßt erkennen, was an dieser Professorin für die Reaktion interessant ist.

Als „über den Parteien und über den Schwaden der Ideologie, über den Dunstschleier des Interesses“ stehende Kritikerin erhebt sie den Anspruch, die „Gesinnungskonkurrenz zwischen linken und rechten Intellektuellen“ zu analysieren. Sie kommt zu dem Schluß: „Der intellektuelle Beobachter der Konfrontation von Linken und Rechten müßte die moralischen Ansprüche der Linken in ihrer formalistischen Lebensfeindlichkeit enttarnen, er müßte im gleichen Atemzug der Rechten die Zumutung vorwerfen, die in den kommentarlos Zitierten eines Wertgeflechts liegt, das ohne überlegene Ordnungsprinzipien nicht mehr als Ordnungsentwurf kenntlich wird.“ Wie kann die Reaktion der Jugend ein Wert- und Ordnungsgebäude bieten, welches „lebendige, statt abstrakter Bezüge herstellt“? Diese Frage will die Autorin klären helfen. Als „unverplanter Beobachter“ will sie sowohl aus der „Faszination der Jugend für linke intellektuelle Tagträume“ als auch aus der Analyse des „Dilemmas der Konservativen“ – ganz unparteiisch – Ansatzpunkte dafür entwickeln.

„Die linke Intelligenz bindet die glühenden Geister unter den Jungen, die mit ihrem Kopf etwas anfangen wollen. In der Regel sind es jene, die voll Zorn und Ungenügen nach Eindeutigkeit suchen, weil das pluralistische Bildungssystem ihnen diese verweigert. Die erwachsenen Verwalter der Heils- und Ordnungsangebote unserer Gesellschaft mögen sich die Verantwortung für eine derartig mißlungene Freiheit teilen. In Epochen wie der unseren, welche die emotional bedürftige Mitte des Menschen freigeben, indem sie jedes verbindliche Religionsangebot zurücknehmen, müssen Ideologen, die das Glaubenspotential der Zeitgenossen besetzen, folgenreich werden.“ Unter der Hand hat also die linke Theorie das von der Religion hinterlassene Vakuum besetzt. Der Gedanke, dagegen den abendländischen Sitten- und Moralkodex wieder zu einem wichtigen Lernziel in den Schulen zu machen, ist nicht neu und wird in den unionsregierten Ländern schon verwirklicht. Nach Meinung der Frau Professor ist aber für eine ideologische Offensive des Konservatismus mehr nötig. Der Hinweis auf die Bedeutung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie auf einzelne bedeutende Rechte und Pflichten sei nicht ausreichend. Die Attraktivität der Linken stamme von ihrer „wissenschaftlichen Zukunftsbotschaft“. Die Rechte könne ihren Einfluß nur vergrößern, wenn sie entsprechende „Verführungsqualitäten“ entwickle. Dabei müsse sie den Zwang abwerfen, „eine Theorie zu verkaufen, weil den Gegner eine solche zum Erfolg führte; wissenschaftlich im Sinne der Erkenntnistheorie zu argumentieren, wo sie anthropologisch und psychologisch ein zureichendes Instrumentarium fände.“ Die Konservativen hätte die „gesunden Vorurteile“ und die Traditionen des „Guten und Rechten“ auf ihrer Seite. „Heute, so scheint es, wird die Aufarbeitung dieser Bestände durch die intellektuellen Vordenker der Rechten dringlich.“ Die Auseinandersetzung müsse auf dem Feld der ethischen Werte und des Sittlichen gesucht werden.

In dieser Darstellung fehlt scheinbar jeder Sachbezug. Doch das täuscht. Die Autorin versucht sich an einem philosophisch-psychologischen Gerippe, welches von der Reaktion mühelos auf die Wirklichkeit angewandt werden kann und angewandt wird. Zielgruppe sind die Intellektuellen und über diese die alternativgrüne Wahlbewegung. Da werden durchaus Möglichkeiten gesehen: „Die Kritik materiellen Genußstrebens hat die Rechte schon vertreten, als die Fortschrittsideologen noch mit der Optimierung der materiellen Existenz beschäftigt waren.“ Da die Abstraktionen der linken Theorie auch nichts anderes seien als Verzichtsforderungen und asketische Ideale, gehe es jetzt darum, solche Energien umzuleiten, ohne die jugendlichen Träume zu verbieten und so zu einer „Synthese von linker Zukunftspoesie und rechter Realitätsprosa“ zu kommen. Wenn auch nicht als Regierungschef in Hessen, so doch als Fraktionsleiter der CDU im Bundestag kann Dregger auf dieses Konzept zurückgreifen.

Quellenhinweis: G. Höhler, Gesinnungskonkurrenz der Intellektuellen, Edition Interform AG, Zürich, 1978

Großbetriebe: Erst mehr, dann weniger Beschäftigte

Große Kapitalmassen suchen profitable Anlage in Niedriglohnbereichen, wo eine hohe Verzinsung lockt. Allein im letzten Jahr verschoben die westdeutschen Kapitalisten 10,5 Mrd. DM als Direktinvestitionen ins Ausland und einen erheblichen Teil davon in die sogenannten Niedriglohnländer. Innerhalb der BRD und Westberlins findet eine ähnliche Kapitalbewegung statt in kleinere Unternehmen, wo die Lohnkosten niedrig und die Ertragsrate hoch ist. Denn in wichtigen Branchen der Investitionsgüterindustrie, im Maschinenbau und in der Elektroindustrie, wuchsen die Beschäftigtenzahlen von 1975 auf 1979, bei anziehender Konjunktur, nur noch in kleineren Unternehmen (s. Pol. Ber. 20/82), während sie in der Großindustrie bestenfalls stagnierten. Diese Entwicklung muß schwerwiegende Folgen für das Reallohniveau der Arbeiterklasse und besonders die großen Belegschaften haben, solange es nicht gelingt, die niedrigeren Effektivlöhne in der Kleinindustrie anzuheben.

Ein Mangel des Datenmaterials war, daß der Untersuchungszeitraum begrenzt war und weder die jüngste Entwicklung noch die Beschäftigungsveränderung zu Zeiten des sog. Wirtschaftswunders verfolgt werden konnte. Man könnte nämlich gegen die Ergebnisse einwenden, daß über längere Zeiträume gemessen sich die Beschäftigung nach Größenklassen anders entwickelt.

In den nebenstehenden Schaubildern ist die Beschäftigungsentwicklung von 1961 auf 1971 und von 1971 auf 1981 gegenübergestellt. Es sind Daten über Betriebe, wie sie von den Stat. Landesämtern jährlich erhoben werden. Ähnliche Erhebungen gibt es auch von Industrie- und Handelskammern. Als Betriebe werden örtliche Unternehmenseinheiten erfaßt. Es kann ausgeschlossen werden, daß die in den bisherigen Unternehmensuntersuchungen festgestellten Trends nicht auch für Betriebe gelten, zumal die meisten Unternehmen sog. Ein-Betriebs-Unternehmen sind. Die Erhebungsmerkmale Betrieb bzw. Unternehmen sind weitgehend gleich. Die Ergebnisse:

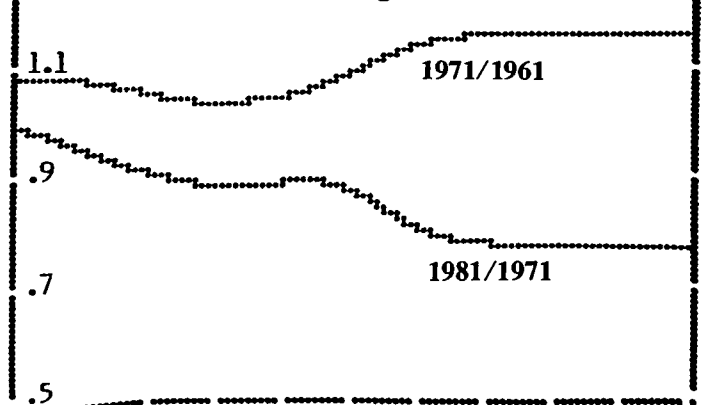
- Noch eindeutiger als für die Beschäftigungsentwicklung von 1975 auf 1979 bestätigt sich für die Vergleichsjahre 1971 und 1981, daß die großen Kapitale Arbeitskräfte entlassen haben, während die Beschäftigung in Kleinbetrieben anstieg oder zumindest stagnierte. In den Großbetrieben der Elektroindustrie und des Maschinenbaus NRW waren 1981 30% weniger beschäftigt als 1971. Ebenso gilt für die gesamte Investitionsgüterindustrie, daß insbesondere Großbetriebe entlassen haben. Das liefert nützliche Hinweise für die IGM-Kampagne "Unternehmer auf dem Prüfstand", in der der Zusammenhang von Lohnabbau, Entlassungen und Kapitalexpert aufgedeckt werden soll.

- Für die Vergleichsjahre 1961 und 1971 ist der Trend umgekehrt. Vor allem in Großbetrieben wächst die Beschäftigung, so in der Elektroindustrie und im Fahrzeugbau und der gesamten Branche.

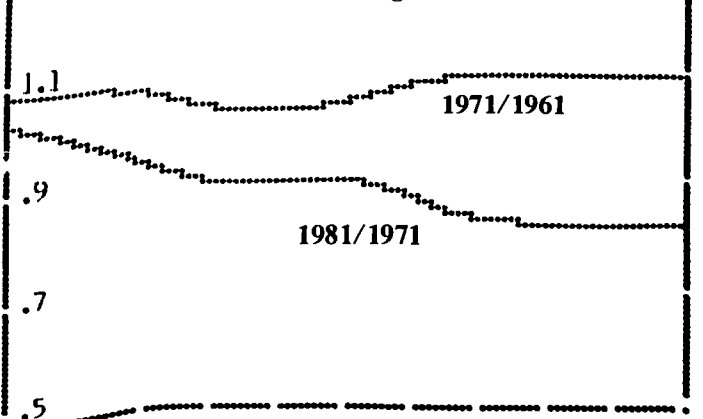
Es ist unwahrscheinlich, daß diese direkt entgegengesetzten Trends auf Zufälligkeiten beruhen und z.B. bei der Wahl anderer Vergleichsjahre nicht auftreten. Allerdings geht nicht daraus hervor, wann genau die Kapitalbewegung in Richtung Großindustrie "umkippt" ist - mit der Krise 66/67 oder Anfang der 70er Jahre? Mögliche Gründe dafür: Mit modernsten Anlagen, billiger Energie und vor allem niedrigen Lohnkosten im internationalen Vergleich machten die BRD-Konzerne in den 60er Jahren nicht nur enorme Profite, sondern erzielten auch eine hohe Profitrate. Diese Bedingungen - gefördert durch die Unterbewertung der DM gegenüber dem Dollar - waren aber in den 70er Jahren nicht mehr gegeben.

Quellenhinweis: Stat. Jahrbuch NRW, div. Jahrgänge

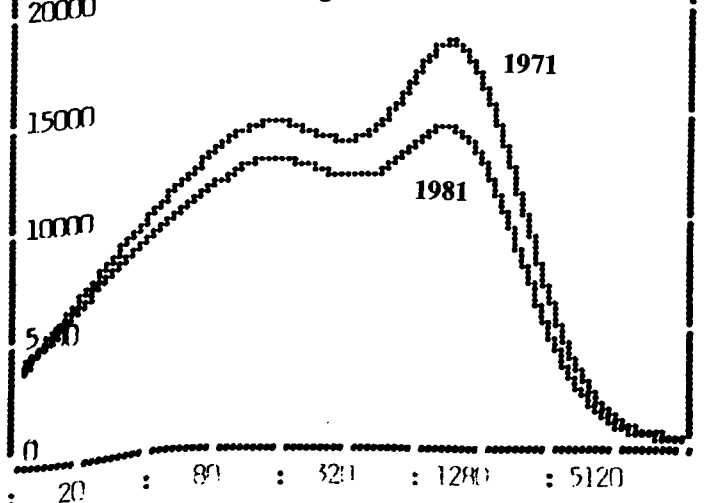
Investitionsgüterindustrie NRW
Entwicklung der Beschäftigtenzahlen 1971 zu 1961 und 1981 zu 1971 nach Betriebsgrößenklassen

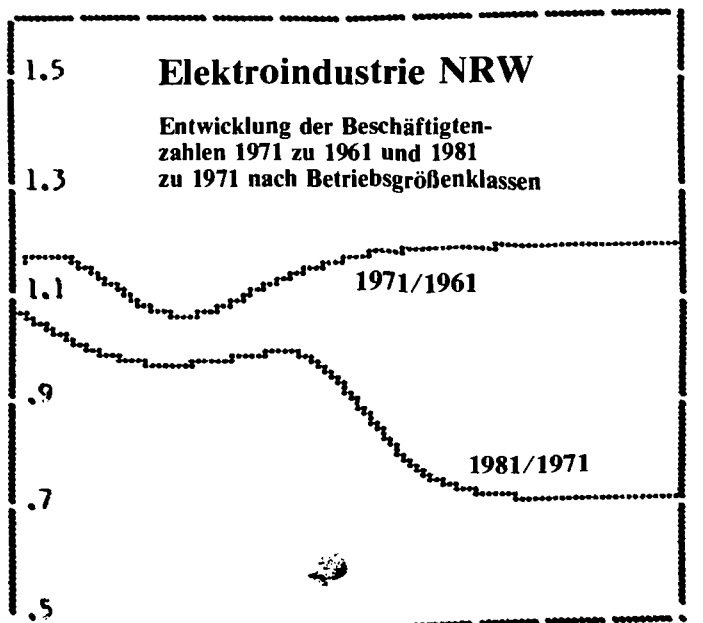
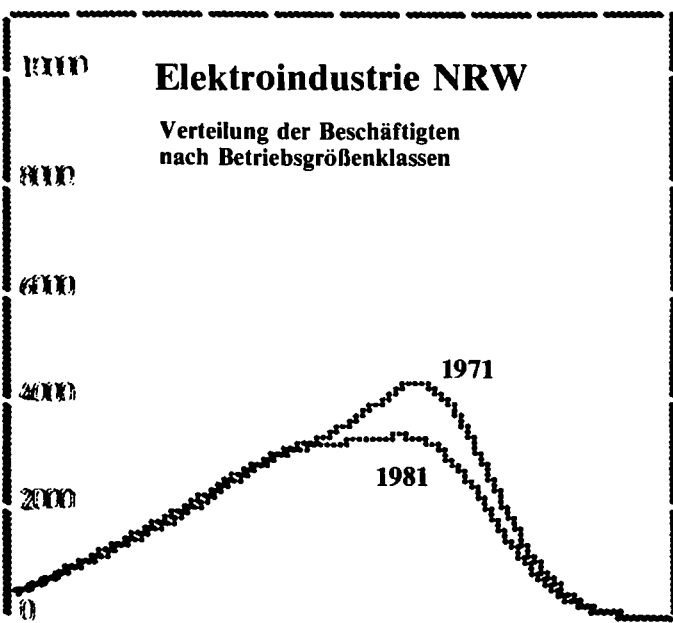
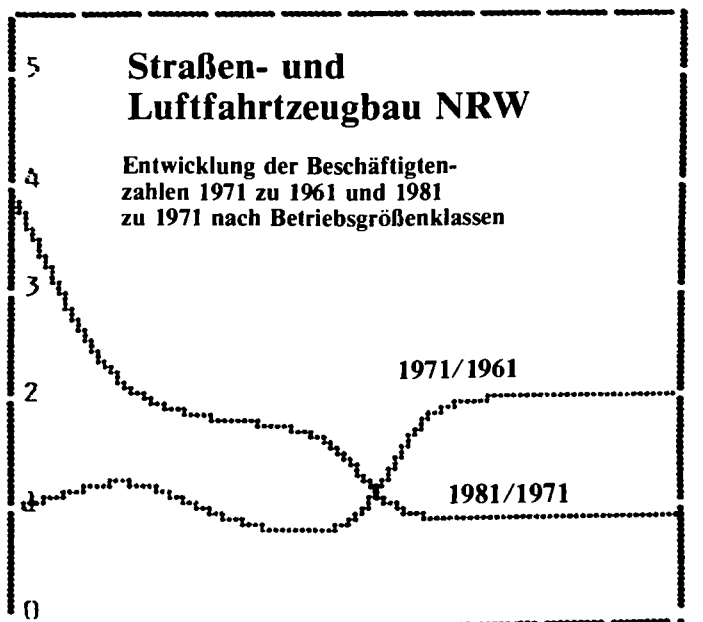
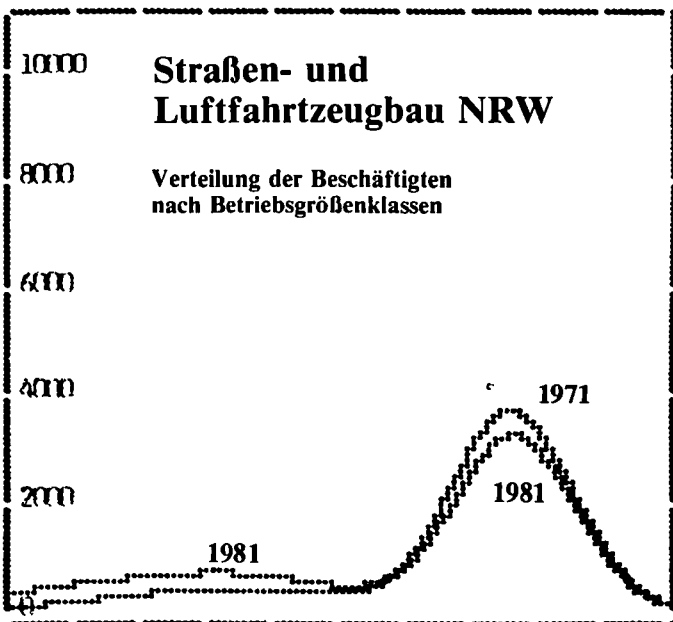
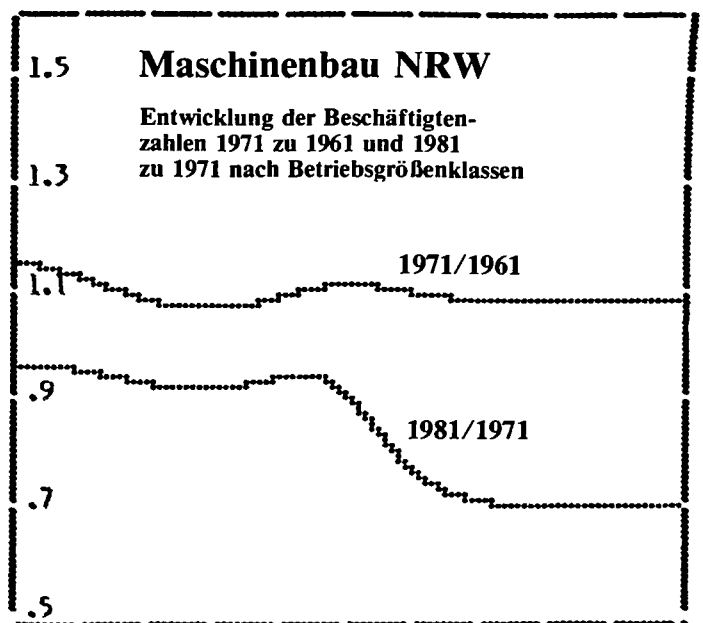
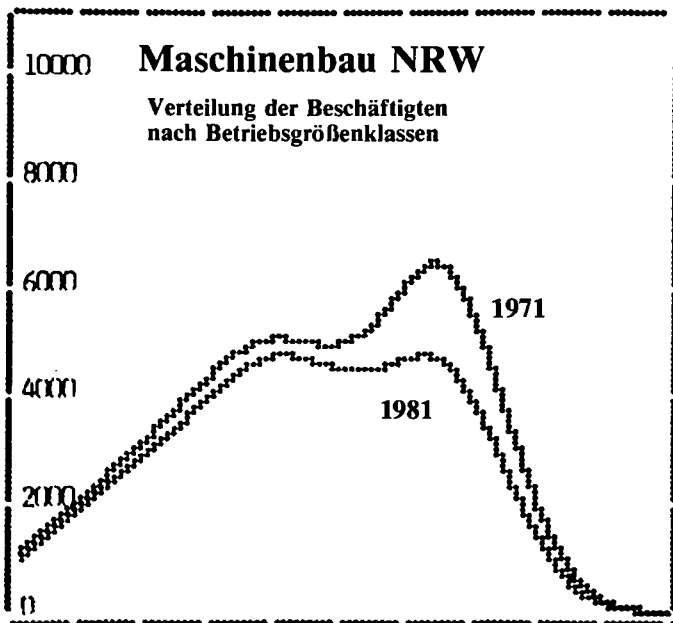


Investitionsgüterindustrie NRW
Entwicklung der Zahl der Betriebe 1971 zu 1961 und 1981 zu 1971 nach Betriebsgrößenklassen



Investitionsgüterindustrie NRW
Verteilung der Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen





BRD

Die bürgerlichen Parteien wollen Neuwahlen



Die bürgerlichen Parteien kottieren. Sie wollen Neuwahlen. Die Gebrüder Vogel, bei CDU und SPD, wollen die Verfassung ändern, damit sich der Bundestag auflösen kann. Mit Neuwahlen wollen sich die bürgerlichen Parteien von den Wählern ein reaktionäres Mandat übertragen lassen, weitere erkämpfte soziale und politische Rechte der Arbeiterklasse erheblich einzuschränken. Wie können in dieser Lage die Revolutionäre am besten die Reaktion bekämpfen?

Bürgerliche Krisentheorien

„Die Korrektur beim Reallohn“ wird „die schwierigste Seite der Sanierung“

Bonn sei zwar nicht Weimar und die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht mit der von 1929 zu vergleichen, aber der „organisierte Interessenausgleich“ sei nur die zweitbeste Art der Krisenbewältigung, denn „die organisierten Gruppeninteressen (sprich: die Gewerkschaften, d. Verf.) bleiben bestehen“. So vor wenigen Tagen „Wissenschaftler“ des Kieler Weltwirtschaftsinstituts

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Je hilfloser die bürgerlichen Krisentheoretiker, deren sachverständige Ergüsse jetzt massenhaft unter die Lohnabhängigen ausgeküttelt werden, den Ursachen der neuerlichen Wirtschaftskrise gegenüberstehen, um so dreister und brutaler sind ihre Vorschläge zur Überwindung der neuerlichen Krise der kapitalistischen Profitwirtschaft.



Privatisierung

Umfangreich rationalisieren und den Lohnstandard senken



Stärker denn je sind die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten mit dem gebieterischen Ruf der Kapitalisten nach Privatisierung konfrontiert. Doch ist der Umfang der bisherigen Privatisierungsmaßnahmen nur ein kleiner Teil gegenüber den offen geäußerten Absichten. Bei jeder Privatisierung verfolgen die Privatisierer den Zweck, die

Rationalisierung voranzutreiben und den von der ÖTV erkämpften Lohnstandard, z.B. liegen die Frauenlöhne im öffentlichen Dienst deutlich über denen der Industrie, einzureißen. Die Senkung der Löhne durch Privatisierung wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, gerade im Bereich der unteren Lohngruppen, gewaltig verschärfen.

Azania

Aufgaben im Kampf gegen das Siedlerregime

Der PAC (Pan Africanist Congress) ist eine der Organisationen, die den Kampf für den Sturz des Siedlerregimes führen. Er stellt fest, „daß das Siedlerregime ... sich auf die Macht bewaffneter Formationen stützt. Um dieses Regime vom Sockel zu stoßen, muß man sich schon an die Formationen heranmachen“. Interview mit dem Vertreter des PAC in der BRD über die Bedingungen und die Fortschritte des Kampfes in Azania.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457